



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Die (Un)Freiwilligkeit von Teilzeitarbeit?
Analyse des medialen Diskurses um die Teilzeitarbeit bei Frauen
in Österreich

verfasst von | submitted by

Lena Kaiserseder BA BA MA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 905

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Soziologie

Betreut von | Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Ulrike Zartler-Griessl Privatdoz.

Danksagung

Einen besonderen Dank möchte ich meiner Betreuerin, Univ.-Prof. Mag. Dr. Ulrike Zartler-Griessl, aussprechen, deren Motivation und Unterstützung bei der Erstellung meiner Masterarbeit sehr wertvoll waren.

Von Herzen bedanken möchte ich mich vor allem bei meiner Familie und bei meinem Freund, die mich immer unterstützen, mich anfeuern und mir mit Rat, Tat sowie Motivation helfend zur Seite stehen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	<i>Forschungsinteresse.....</i>	<i>1</i>
1.2	<i>Fragestellung und Methode</i>	<i>2</i>
2	Geschlechterspezifische Arbeitszeitverteilung	4
2.1	<i>Ist Vollzeit noch die Norm?</i>	<i>4</i>
2.1.1	Definition „Normalarbeitszeit“	5
2.1.2	Flexibilisierung der Arbeitszeit	8
2.1.3	Definition „Teilzeitarbeit“ und ihre Ausprägungen	10
2.2	<i>Arbeitszeitverteilung nach Geschlecht</i>	<i>12</i>
2.2.1	Teilzeit oder Vollzeit?	13
2.2.2	Zeitverwendung von Frauen und Männern	14
2.2.3	Gründe für Teilzeitarbeit bei Frauen	17
3	Geschlechterspezifische Arbeitsmarktbeteiligung im Wandel und ihre Auswirkungen	20
3.1	<i>Erwerbstätigkeit und Familienmodelle im Wandel</i>	<i>22</i>
3.1.1	Ausgangslage: Unterscheidung zwischen Privat und Öffentlichkeit	22
3.1.2	Vom Male-Breadwinner zum Adult-Worker-Modell	24
3.1.3	Entwicklungen bis in die Gegenwart	26
3.2	<i>Zwischen Selbst- und Fremdbestimmung</i>	<i>28</i>
3.2.1	Doppelte Belastung der Frau (Regina Becker-Schmidt)	28
3.2.2	Habitus und männliche Herrschaft (Pierre Bourdieu)	30
4	Die Frage der Freiwilligkeit	34
4.1	<i>Wohlfahrtsstaatliche Rahmenbedingungen</i>	<i>34</i>
4.1.1	Sozialstaat und Arbeitsmarkt in Österreich	35
4.1.2	Ein feministischer Blick auf das sozialstaatliche Sicherungssystem	38
4.2	<i>Rahmenbedingungen für Erwerbsarbeit von Müttern und Handlungsempfehlungen</i>	<i>40</i>
4.2.1	Institutionelle Rahmenbedingungen: Kinderbetreuung und Pflege	40
4.2.2	Politikempfehlungen zur Vermeidung unfreiwilliger Teilzeitarbeit	43
5	Methode und Prozess: Medialer Diskurs um die „(Un)Freiwilligkeit“ von Teilzeitarbeit	47
5.1	<i>Methode: Diskursanalyse</i>	<i>47</i>
5.1.1	Was ist Diskurs?	48
5.1.2	Korpus	50
5.2	<i>Methodische Vorgehensweise: qualitative Inhaltsanalyse auf Grundlage diskursanalytischer Leitfragen</i>	<i>55</i>
5.2.1	Das Kategoriensystem	56
5.2.2	Beschreibung der Kategorien	58
6	Ergebnisse	61
6.1	<i>Kategorie „Grund für Teilzeit“</i>	<i>61</i>
6.2	<i>Kategorie „Akteur:innen“</i>	<i>64</i>
6.3	<i>Kategorie „Folgen und Herausforderungen“</i>	<i>66</i>
6.4	<i>Kategorie „Diskursive Rahmung“</i>	<i>68</i>
7	Diskursive Muster und ihre Interpretation	71
7.1	<i>Frauen als passive Akteurinnen im Diskurs</i>	<i>71</i>
7.2	<i>Narrative und Rahmungen der Gründe für Teilzeitarbeit</i>	<i>75</i>

7.3	<i>Teilzeitarbeit – Individualisierung eines strukturellen Problems</i>	79
8	Zusammenfassung	83
Literatur		89
	<i>Print- und Online-Quellen</i>	89
	<i>Abbildungen</i>	97
	<i>Zitierte Korpus-Medien</i>	98
Anhang		100
Abstract		107

1 Einleitung

Wirtschaft und Politik sehen sich angesichts der Arbeitsmarktsituation vor zahlreichen Herausforderungen. Mit Blick auf die demografische Entwicklung in Österreich wird es in den kommenden Jahren eine hohe Zahl an Pensionierungen geben. Die sogenannte Babyboomer-Generation geht in Pension und viele Stellen müssen nachbesetzt werden. Angesichts des Personal- und Fachkräftemangels werden Stimmen aus der Wirtschaft laut, die sich politische Initiativen und gezielte Maßnahmen wünschen, um den Bedarf besser decken zu können (vgl. AMS Berufslexikon 2024). Das Thema Teilzeitarbeit und die Erwerbstätigkeit von Frauen rücken dabei immer wieder in den medialen Diskurs, so auch in folgender Debatte ersichtlich:

Der österreichische Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher ließ angesichts der geschilderten Arbeitsmarktlage Anfang Februar 2023 in einem Kurier-Interview aufhorchen: Vollzeitbeschäftigung müsse attraktiver gestaltet werden, so der Minister. „Eine geringere Abgabebelastung und noch treffsicherer Einsatz von Sozialleistungen“¹ wären mögliche Lösungsansätze. „In Österreich wird wenig unterschieden bei Sozial- und Familienleistungen, ob jemand 20 oder 38 Stunden arbeitet. Wenn Menschen freiwillig weniger arbeiten, dann gibt es weniger Grund, Sozialleistungen zu zahlen“.² Mit diesen Aussagen stieß der Minister bei der Opposition und Sozialpartnern sowie beim AMS auf Kritik, so in Medienberichten zu lesen.³ Dieses Interview erreichte breites mediales Aufsehen. Offen bleibt vielfach aber die Frage, wie es eigentlich Frauen in Teilzeitarbeit geht. Welche Folgen und Herausforderungen ergeben sich nicht nur für die Wirtschaft, sondern vor allem auch für die Gesellschaft und die individuellen Lebensläufe und Lebensrealitäten? Diese mediale Debatte sowie die offenen Fragen gaben Anlass für den Untersuchungsgegenstand dieser Masterarbeit.

1.1 Forschungsinteresse

Verschiedenste wissenschaftliche Arbeiten widmen sich bisher dem Thema „Frauen in Teilzeitarbeit“ über die Perspektive der ungleichen Arbeitsteilung von Männern und Frauen.

¹ Hager, Johanna; Hammerl Michael (14.02.2023): Kocher: „Dann gibt es weniger Grund für Sozialleistungen“. In: *Kurier*, URL: <https://kurier.at/politik/inland/kocher-dann-gibt-es-weniger-grund-fuer-sozialleistungen/402327540> (Zugriff: 20.02.2024).

² ebd.

³ Bauer, Gernot (19.02.2023): Part-Time-Lovers. In: *Profil*, URL: <https://www.profil.at/oesterreich/teilzeitarbeit-part-time-lovers/402333702> (Zugriff: 22.05.2023).

Kristina Binner und Fabienne Décieux (2023) beleuchten soziale Ungleichheit im Zusammenhang mit ungleicher (Sorge-)Arbeit-Verteilung. Gabriele Winker (2015) thematisiert die Prekarisierung der Lebensumstände, die die ungleiche Verteilung von Arbeit bewirkt. Caroline Berghammer geht in ihren Studien (2013; 2014; 2020) vor allem auf die Rollenverteilung in der Familie und deren Veränderung im Laufe der Zeit ein. Vor dem Hintergrund, dass Frauen auch heute noch den Großteil der Care-Arbeit übernehmen, wird untersucht, welche systemischen Strukturen dahinterstehen und was die Gründe für Teilzeitarbeit sind. Welchen Einfluss eine Arbeitszeitverkürzung- oder Verlängerung bringen würden, wie die Arbeitsteilung empfunden wird und was eine bessere Kinderbetreuung bewirken würde, untersuchen etwa Arbeiten von Monika Köppl-Turyna und Nikolaus Graf (2023) sowie Analysen von Schönauer et al. (2016). Eine Analyse des medialen Diskurses über Teilzeitarbeit in Österreich bleibt bisher weitgehend unbehandelt. Auch der Fokus auf Frauen in Teilzeitarbeit ist in vielen Arbeiten nicht gegeben. Daraus ergibt sich eine lohnende Forschungslücke, die im Zuge dieser Masterarbeit betrachtet werden soll.

Diese Masterarbeit thematisiert den medialen Diskurs über Teilzeitarbeit in Österreich. Besonderes Augenmerk liegt darauf, ob und inwiefern in der medialen Diskussion die Frage der „(Un)Freiwilligkeit“ von Teilzeitarbeit eingebunden wird. Denn geschlechtsspezifische Segregation und Ungleichheiten in der Arbeitswelt bewirken oftmals, dass sich vor allem Frauen bzw. Mütter in einer Teilzeitbeschäftigung befinden (vgl. Statistik Austria 2025f). Daraus können Herausforderungen wie Doppelbelastung, Fragen der Vereinbarkeit oder Prekarisierungen resultieren. Darum besteht ein wesentliches Ziel dieser Arbeit darin, die „(Un)Freiwilligkeit“ von Teilzeitarbeit und wie diese im medialen Diskurs in Österreich artikuliert wird, zu beleuchten.

1.2 Fragestellung und Methode

Ziel dieser Masterarbeit ist die qualitative Analyse des medialen Diskurses über die (Un)Freiwilligkeit von Teilzeitarbeit in Österreich. Dabei liegt der Fokus auf erwerbstätigen Frauen. Folgende Forschungsfragen sollen ausgehend vom skizzierten Untersuchungsgegenstand in dieser Masterarbeit beantwortet werden:

- Wie gestaltet sich der mediale Diskurs über Teilzeitarbeit von Frauen in Österreich?
- Welche Rolle spielt die „(Un)Freiwilligkeit“ von Teilzeitarbeit im medialen Diskurs?

- Welche weiteren Themen bzw. Herausforderungen werden im medialen Diskurs um die Teilzeitarbeit genannt?

Theoretischer Teil

Eine Kombination aus Theorien soll eine umfassende Analyse der strukturellen und sozialen Mechanismen, die die Arbeitsbedingungen von Frauen beeinflussen, ermöglichen. Aspekte der Geschlechterungleichheit und der Arbeitsmarktbedingungen werden beleuchtet. So liefert Pierre Bourdieus Theorie der „Männlichen Herrschaft“ („La domination masculine“, 1990) einen wichtigen Beitrag, um strukturelle Werte und institutionelle Normen zu verstehen, die Frauen in bestimmte Rollen drängen. Regina Becker-Schmidts Konzept der „Doppelten Vergesellschaftung der Frau“ (2008) ergänzt die oftmals belastenden Wechselwirkungen zwischen der unbezahlten Sphäre der Sorgearbeit und der Erwerbsarbeit. Gabriele Winkers Blick auf Prekarisierungsprozesse (2010) beleuchtet zunehmende Unsicherheiten und strukturelle Veränderungen, die zu prekären Arbeitsbedingungen führen können. Die Kombination dieser Theorien soll ein Verständnis für die komplexen Wechselwirkungen zwischen Geschlecht, Arbeit und sozialen Strukturen schaffen, um diese Aspekte im anschließenden empirischen Teil dieser Masterarbeit zu analysieren.

Zudem sollen in diesem Teil der Arbeit, angeführte, soziologische Theorien um wichtige Kennzahlen des österreichischen Arbeitsmarktes ergänzt, sowie Herausforderungen, Veränderungen und Besonderheiten aufgezeigt werden. Im Fokus stehen dabei Frauen und Mütter in Österreich.

Empirischer Teil

Die zentralen Methoden, die dem empirischen Teil dieser Arbeit zugrunde liegen sollen, sind zum einen die strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Udo Kuckartz und Stefan Rädiker (2022) – diese liefern Anleitungen zum Forschungsprozess und Methodik – sowie zum anderen die qualitative Diskursanalyse nach Reiner Keller (2011), der die diskursanalytische Intention dieser Masterarbeit prägt. Von ausgewählten Zeitungsberichten wird der mediale Diskurs um die Erwerbsarbeitssituation von Frauen in Österreich untersucht und Ungleichheitsstrukturen beleuchtet. Die Auswertung wird demnach eine inhaltsanalytische und eine diskursanalytische Komponente beinhalten. Dieses Zusammenspiel soll durch die Betrachtung von Besonderheiten und Redundanzen lohnende Ergebnisse bringen.

2 Geschlechterspezifische Arbeitszeitverteilung

In diesem ersten Kapitel der Masterarbeit soll der Fokus auf dem Konzept *Arbeit* im Verständnis einer modernen Gesellschaft liegen. Augenscheinlich wird, dass sich dieses Konzept im Laufe der Zeit wandelt. Das Konzept *Zeit* steht unweigerlich mit *Arbeit* in Verbindung, wird Arbeit doch im allgemeinen Verständnis in „geleistete“ Arbeitszeit gemessen. Zeit kann zudem auch als eine soziale Konstruktion gesehen werden. Arbeitszeit ist einem ständigen gesellschaftlichem Wandel unterlegen und wird durch ein Zusammenspiel sozialer Praktiken und gesellschaftlicher Strukturen definiert. Gesellschaftliche Machtverhältnisse und soziale Ordnung tragen ihren Teil dazu bei, festzulegen, wie und von wem Zeit organisiert wird (vgl. Altreiter et al. 2016: 15 ff.). „Damit sind Fragen der (Arbeits)Zeit unmittelbar auch Fragen sozialer Ungleichheit“ (Altreiter et al. 2016: 15). Diese Aspekte machen die Beschäftigung mit Arbeitszeit auch für die soziologische Forschung relevant.

In einem ersten Abschnitt soll das Konzept der *Normalarbeitszeit* dargestellt werden. Um in weiterer Folge auf die Thematik der *Teilzeitbeschäftigung* eingehen zu können, ist es wichtig zu verstehen, wie sich Arbeitszeitkategorien im Laufe der Zeit entwickelten und welche gesellschaftlichen Folgen diese Entwicklungen mit sich brachten und bringen. Es soll also gezeigt werden, dass heute durch eine zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit nicht mehr von einem „Normalarbeitsverhältnis“ gesprochen werden kann, wie das noch vor wenigen Jahrzehnten der Fall war. In weiterer Folge soll auf die Auswirkungen dieser Flexibilisierung und damit in vielen Fällen auch Prekarisierung von Arbeit eingegangen werden. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang immer die Analyse von Machtverhältnissen. Liegt die Entscheidung für das jeweilige Arbeitsverhältnis nur bei der arbeitenden Person selbst? Gibt es Einflussfaktoren, welche über das ausgeführte Beschäftigungsverhältnis bestimmen? Ein besonderes Interesse wird dabei auf den geschlechterspezifischen Ungleichheiten liegen und auf den Beweggründen und der Motivation, ein sogenanntes Normalarbeitsverhältnis oder Teilzeitarbeit einzugehen.

2.1 Ist Vollzeit noch die Norm?

Gemeinhin wird jener Zeitraum, den Menschen mit Arbeit verbringen, als „Arbeitszeit“ bezeichnet. In dieser Dauer wird nicht nur durch den Erwerb von finanziellen Mitteln die Grundlage für Lebensbedingungen geschaffen, sondern auch die Reproduktion der Arbeitskraft

selbst hergestellt. Generell wird unter „Arbeitszeit“ je nach Kultur und Gesellschaft Unterschiedliches gefasst. Kurz gesagt ist Arbeit das, was unter diesem Begriff in der jeweiligen Gesellschaft aufgefasst wird. Unterschieden wird beispielsweise zwischen bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit im Privaten (vgl. Lehdorff & Hermann 2022: 95). An dieser Unterscheidung orientiert sich auch die Bemessung des *Werts* der Arbeit. In der Theorie Karl Marx‘ sollte der „Wert der Arbeitskraft“ mit der Reproduktion bzw. dem, was die arbeitende Person zum Leben braucht, einhergehen (vgl. Flecker 2017: 101 f.). Die Definition von „Arbeit“ umfasst demnach sowohl die entlohnte Erwerbsarbeit als auch die meist unbezahlte Care- und Hausarbeit. Die Vereinbarkeit eben dieser verschiedenen Sphären der Arbeits- und damit auch Lebenswelt ist entscheidender Bestandteil des soziologischen Forschungsinteresses. Denn durch die zeitlich unterschiedliche Ausprägung verschiedenster Formen der Arbeit kommt es zu sozialen und auch ökonomischen Ungleichheiten, die sich beispielsweise auch auf Geschlechter auswirken (vgl. Flecker 2017: 99 f.). Im Rahmen dieser Masterarbeit soll im Besonderen auf Frauen in Österreich fokussiert werden.

2.1.1 Definition „Normalarbeitszeit“

Unter dem „Normalarbeitsverhältnis“ versteht man

„jene historisch besondere Form des internalisierten Beschäftigungsverhältnisses, das eine stabile, unbefristete Anstellung in Vollzeit beinhaltet, die der Sozialversicherungspflicht, den Kollektivverträgen und dem Arbeitsrecht unterliegt und eine Einbindung in einen Betrieb und häufig eine Vertretung durch einen Betriebsrat mit sich bringt“ (Flecker 2017: 79).

Laut Statistik Austria ist ein Normalarbeitsverhältnis durch eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung und eine vollumfänglich arbeitsrechtliche und sozialrechtliche Absicherung charakterisiert (vgl. Statistik Austria 2025: 23). Diese kollektivvertragliche Absicherung von Arbeit ist besonders wichtig, da in kapitalistischen Gesellschaften – so Altreiter und Atzmüller (2023) – soziale Ungleichheit in Arbeitsverhältnissen und Produktionsweisen fest verankert ist. Das lässt sich mit der Theorie von Karl Marx erklären, die besagt, dass die ungleiche Verteilung der Produktionsmittel zwangsläufig ein Ungleichgewicht zwischen jenen bringt, die über Besitz und somit Macht verfügen, und jenen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Dabei ist ein zentraler Punkt, dass der Verkauf der eigenen Arbeitskraft das notwendige Einkommen zur Sicherung der Existenz liefern solle (vgl. Altreiter & Atzmüller 2023: 15). In der Marxschen Theorie sollte also der Wert der Arbeitskraft mit ihrer Verwertung im Arbeitsprozess einhergehen. Würde darüber hinaus gearbeitet – also

Mehrarbeit verrichtet – entstehe kein Mehrwert für den Arbeitenden/ die Arbeitende, sondern vielmehr lediglich eine Vermehrung des Kapitals des Arbeitgebenden (vgl. Flecker 2017: 101 f.). Kommt es zu einem Ungleichgewicht in den Produktionsverhältnissen, so mündet das in sozialer Ungleichheit. In weiterer Folge kommt es zu verschiedenen Klassenlagen (vgl. Altreiter & Atzmüller 2023: 15).

Flecker konstatiert, dass die Herausbildung des Normalarbeitsverhältnisses in Europa „Ausdruck der Verbindung von kapitalistischer Marktwirtschaft und Sozialstaat“ (Flecker 2017: 79) ist. Die Basis des kapitalistischen Produktionssystems bilden institutionelle Systeme, die die Art der Arbeitshaltung aufrechterhalten. Auch die gesellschaftliche Akzeptanz wird dadurch gesichert. Geregelt wird somit beispielsweise, unter welchen Arbeitsbedingungen und wie viele Stunden pro Tag gearbeitet werden darf (vgl. Altreiter & Atzmüller 2023: 16 f.).

Die Diskussion über die Länge der täglichen Arbeitszeit war stets ein zentrales Thema in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sowie zwischen politischen Parteien und Interessenvertretungen. In Österreich wurde das auch auf Basis gewerkschaftlicher Mitbestimmung geregelt, die nicht nur auf betrieblicher Ebene, sondern traditionell auf gesamtwirtschaftlicher bzw. gesamtgesellschaftlicher Ebene stark ausgeprägt ist (vgl. Ritter 2010: 166). Im Jahr 1975 wurde in Österreich schließlich die 40-Stunden-Woche per Gesetz eingeführt (vgl. Tálos 2016: 7 ff.). Ab den 1980er Jahren wurde die sogenannte Normalarbeitszeit in einigen Kollektivverträgen auf 38,5 Stunden reduziert (vgl. Altreiter et al. 2016: 15 ff.). Eine weitere gesetzliche Reduktion der Wochenarbeitszeit wurde trotz vieler gewerkschaftlicher und politischer Bestrebungen in Österreich⁴ bis heute nicht durchgesetzt (vgl. Tálos 2016: 16 f.).

Aufgrund unterschiedlicher Arbeitszeitmodelle stellt sich nun die Frage, ob es überhaupt eine allgemeingültige Normierung der Arbeitszeit gibt. Altreiter et al. (2016) konstatieren, dass die Analyse bzw. Gegenüberstellung von Durchschnittsarbeitszeiten zu kurz gegriffen sein kann, da sich „Arbeitszeitrealitäten“ für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sehr verschieden

⁴ vgl. Gepp, Joseph (26.07.2023): Für und Wider: Braucht es die 32-Stunden-Woche? URL: <https://www.derstandard.at/story/3000000180440/fuer-und-wider-braucht-es-die-32-stunden-woche> (Zugriff: 13.02.2025).

vgl. oegb.at, 32-Stunden-Woche bei gleichem Gehalt. URL: <https://www.oegb.at/themen/arbeitsrecht/arbeitszeit/32-stunden-woche-bei-gleichem-gehalt-> (Zugriff: 13.02.2025).

vgl. wko.at (2023): Was eine Reduktion auf eine 32-Stunden-Woche bewirken würde. URL: <https://www.wko.at/oe/news/medienservice-was-reduktion-auf-32-stunden-woche-bewirken-wuerde> (Zugriff: 13.02.2025).

gestalten und auswirken können – beispielsweise unter Geschlechtern (vgl. Altreiter et al. 2016: 16 f.) Lehdorff (2010) schreibt, dass es heute keine gesellschaftliche Normierung mehr zu geben scheint. Denn, während die klassische 40-Stunden-Woche zu einem sehr großen Anteil auf Männer entfällt, gestalten sich die Arbeitszeitmodelle von weiblichen Beschäftigten stark differenziert. Damit wird auch eine mangelnde Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt deutlich und eine Wahlfreiheit, die Arbeitszeit betreffend, ist selten selbstverständlich. Lehdorff konstatiert vielmehr, dass Arbeitszeiten von Frauen indirekt, etwa durch die Steuerpolitik, (mangelnde) Kinderbetreuung oder Pflege – also institutionell – vorgegeben werden. Eine Folge dieser indirekten Regulierung von Beschäftigungsverhältnissen zeichnet sich einerseits in der Arbeitsfähigkeit und andererseits in der Chancengleichheit von Frauen ab (vgl. Lehdorff 2010: 95 ff.).

Daraus lässt sich schließen, dass soziale Ungleichheiten hinsichtlich der Arbeitszeit nicht ausschließlich auf einem Ungleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital basieren. Geschlechterspezifische Unterschiede sind ebenfalls von Bedeutung. Das äußert sich beispielsweise deutlich in der ungleichen Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Care-Arbeit zwischen Männern und Frauen. In Österreich ist das vor allem an der hohen Teilzeitquote bei Frauen klar ersichtlich. Auf die Arbeitsform der Teilzeitarbeit wird im Kapitel 2.1.3 genauer eingegangen.

Neben der ungleichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist des Weiteren anzumerken, dass der Arbeitsmarkt horizontal und vertikal segregiert ist und das ebenfalls geschlechterspezifische Ungleichheit zur Folge hat. „Horizontale“ Segregation meint die unausgeglichene Aufteilung der Geschlechter auf verschiedene Berufsgruppen und Wirtschaftszweige. So werden manche Berufe als „typisch weiblich“ gesehen, während andere als „typisch männlich“ gelten (vgl. Flecker 2017: 127 ff.). Besonders verstärkt sich das beispielsweise im Berufsfeld der Kinderbetreuung. So liegt etwas der Frauenanteil für das Studium der Elementarpädagogik in Österreich bei 97,3 Prozent (vgl. Bergmann et al. 2024: 9 f.). Grund dafür ist auch, dass die Ausbildung zur Kindergartenpädagogin/ zum Kindergartenpädagogen hierzulande lange nicht für Männer möglich war, an einer „Zuweisung der Sorgetätigkeit an Frauen“ (Binner & Décieux 2023: 37) wurde somit „festgehalten“ (ebd.: 37). Dementsprechend gestaltet sich auch das Ansehen und die Bezahlung in diesem Berufsfeld (vgl. Binner & Décieux 2023: 37 f.).

Es gibt auch Berufsgruppen, die auf den ersten Blick eine Ausgeglichenheit zwischen den Geschlechtern aufweisen. Auf den zweiten Blick macht sich hier oftmals bemerkbar, dass auch hier Ungleichheit zwischen Männern und Frauen zu finden ist. Die „vertikale“ Segregation betrachtet verschiedenste Hierarchien innerhalb von Berufsgruppen oder auch Unternehmen, die geschlechterspezifisch aufgeteilt sind (vgl. Flecker 2017: 127 ff.). So finden sich Frauen mit rund 35 Prozent in Führungspositionen wieder, obwohl sie rund die Hälfte aller unselbständig Beschäftigten in Österreich ausmachen (vgl. frauenfuehren.at 2025). Ein weiterer Indikator ist die Anstellung in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis, wovon auch häufiger Frauen betroffen sind (vgl. Flecker 2017: 130).

Wie die vorangegangenen Punkte sichtbar machen, wirken sich geschlechterspezifische Ungleichheiten am Arbeitsmarkt und im Arbeitsleben in verschiedenster Weise aus. Eine flexiblere Ausgestaltung von Arbeitszeit kann diese Ungleichheit verstärken oder auch Erleichterung bringen, wie im folgenden Kapitel aufgezeigt wird.

2.1.2 Flexibilisierung der Arbeitszeit

Mit der Deregulierung von Arbeitszeitformen kommt es auch zu einer zunehmend flexibleren Arbeitszeitgestaltung. Zunächst lässt sich ganz grundlegend sagen, dass eine Ausdehnung der Arbeitszeit natürliche und gesellschaftliche Grenzen sichtbar machen kann: Denn einerseits benötigt der menschliche Körper Erholung, um leistungsfähig zu sein. Andererseits legen gesellschaftliche Normen moralische Grenzen fest, wodurch sich äußert, was als zumutbar und angemessen angesehen gilt (vgl. Flecker 2017: 103 f.) Damit ist – so beschreibt es auch Marx – die „Variation des Arbeitstages“ durch „physische und soziale Schranken“ (Marx 1962 [1867]: 246 f.; zit. n. Flecker 2017: 103) begrenzt.

„Flexibilisierung“ im Zusammenhang mit Arbeitszeit kann dabei unterschiedlich aufgefasst werden: Darunter fällt beispielsweise der gezielte Einsatz von Personal, um auf die Marktnachfrage speziell reagieren zu können. Zudem stellt sich auch die Frage, zu welcher Tageszeit und von welchen Mitarbeitenden Erwerbsarbeit verrichtet wird (vgl. Altreiter et al. 2016: 17). Eine deregulierte Arbeitszeitgestaltung bringt vor allem für Unternehmen betriebswirtschaftliche Vorteile. So können Mitarbeitende punktuell zum Einsatz kommen, wenn die Auftragslage günstig ist. „Leere“ Arbeitszeiten bzw. Überstunden und damit Zuschläge werden auf diese Weise umgangen. Kritisch wird laut Flecker (2017) gesehen, dass es somit zu einer sozialen Beschleunigung und allen ihren Folgen kommt. Ein Resultat ist

beispielsweise das Wegfallen „kollektiver“ Wochenenden und damit eine zunehmende Unvereinbarkeit von Beruf und Familie. Neben individuellen negativen Auswirkungen bringt das auch gesellschaftliche Folgen mit sich (vgl. Flecker 2017: 106 ff.).

Des Weiteren kann mit Flexibilisierung eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung samt Arbeitsbedingungen gemeint sein – und das ist die Form von Arbeitsflexibilisierung, die für diese Masterarbeit besonders relevant ist (vgl. Altreiter et al. 2016: 17). Seit 1997 macht es eine Novelle des Arbeitszeitgesetzes in Österreich möglich, die gesetzlich geregelte Normalarbeitszeit temporär zu variieren. Bedingung ist, dass diese Abweichungen zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen in den Kollektivverträgen ausgehandelt und damit festgelegt werden. Diese Regelung bringt zunehmend mehr Flexibilisierung in die Arbeitswelt, Gleitzeitregelungen oder All-in-Verträge sind beispielsweise möglich (vgl. Altreiter et al. 2016: 17).

Mit dem Thema der Arbeitszeitflexibilisierung in Österreich hat sich im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz das Institut für Soziologie der Universität Wien beschäftigt. Es wurde eine Erhebung zum Thema „Überstunden und Mehrarbeitsstunden in Österreich“ (2016) durchgeführt. Untersucht wurde, welche Personen, wann und wo Mehrarbeit oder Überstunden leisten und welche Konsequenzen bzw. Auswirkungen das mit sich bringt. Ganz allgemein zeigt sich, dass in Österreich die Arbeitszeit und die Anzahl an geleisteten Überstunden von Vollzeitbeschäftigten sinken. Hingegen steigt der Anteil der in Teilzeit beschäftigten Arbeitskräfte im Land (vgl. Schönauer et al. 2016: 43 f.).

Lange Arbeitszeiten verschlechtern nicht nur die Work-Life-Balance, erhöhen gesundheitliche Risiken, vermindern die Arbeitsproduktivität und verstärken Geschlechterungleichheiten, sondern haben auch negative Folgen für Sozialversicherungssysteme und den staatlichen Haushalt (vgl. Altreiter et al. 2016: 22). In Erhebungen der Europäischen Kommission (2010) wird analysiert, dass in EU-Mitgliedstaaten längere Arbeitszeiten oft mit einer niedrigeren Produktivität pro Stunde einhergehen. Angesichts annähernd gleichbleibender Arbeitsvolumen und einer wachsenden Erwerbsbevölkerung wird zudem auch die Frage nach einer zukunftsfähigen Verteilung von Arbeit präsent (vgl. Altreiter et al. 2016: 22 f.) Die Diskussion über eine gerechtere Arbeitszeitverteilung ist eine sehr lange. Als Anfang des 20. Jahrhunderts die Einführung des 8-Stunden-Tages diskutiert wurde standen wirtschaftspolitische

Überlegungen im Fokus. Zitiert werden kann hier der Sozialpolitiker Hanusch, der bemerkte, dass „zehntausende Menschen länger als acht Stunden, zehn und elf Stunden arbeiten, während andererseits viele zehntausende Menschen vollständig arbeitslos sind“ (Sten. Protokolle der provisorischen Nationalversammlung, 22. November 1918: 124; zit. n. Tálos 2016: 10).

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass Arbeitszeit seit jeher eine Frage der Verteilung, Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit ist – wie auch an dem eben eingebrachten Beispiel erkennbar ist. Im Rahmen dieser Masterarbeit wird der Fokus diesbezüglich vor allem auf der Verteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern liegen, wobei Frauen im Fokus stehen. Von besonderem Interesse ist darum das Arbeitszeitmodell der „Teilzeitarbeit“, was im folgenden Kapitel beleuchtet wird.

2.1.3 Definition „Teilzeitarbeit“ und ihre Ausprägungen

In Österreich wird „Teilzeitarbeit“ folgendermaßen definiert: Wurde eine kürzere Arbeitszeit als die gesetzlichen 40 Arbeitsstunden pro Woche oder in manchen Kollektivverträgen z.B. 38,5 Stunden pro Woche festgelegt, so spricht man von einer Beschäftigung in Teilzeit (vgl. arbeiterkammer.at 2024). Es handelt sich also um ein Beschäftigungsverhältnis, das von der Arbeitszeit her kürzer ist als die als Norm definierte 40-Stunden-Woche.

Vor allem ab den 1980er- Jahren haben sich diese, von der sogenannten „Normalarbeitszeit“ abweichende Formen von Erwerbsarbeit, herausgebildet. Unter diese atypischen Beschäftigungsformen fallen beispielsweise befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigungen oder freie Dienstverhältnisse. Auch die Teilzeitarbeit fällt unter atypische Beschäftigungsform. Anders als die zuvor genannten Vertragsformen, ist die Teilzeitarbeit im Hinblick auf arbeitsrechtlicher und sozialrechtlicher Absicherung der Normalarbeit allerdings gleichgestellt (vgl. Flecker 2017: 73 f.). Das heißt, Teilzeitarbeitende dürfen gegenüber Vollzeitbeschäftigten in Unternehmen nicht benachteiligt werden. So müssen beispielsweise auch Sonderzahlungen in Relation zur geleisteten Arbeitszeit ausgezahlt werden. Auch Urlaubs- und Weihnachtsgeld steht Teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter:innen in Relation zum Stundenausmaß zu. Werden mehr Stunden gearbeitet als im Vertrag festgelegt, so kommt es zwischen Vollzeitarbeit und Teilzeitarbeit zu Unterschieden. Überstunden liegen dann vor, wenn die tägliche bzw. wöchentliche Arbeitszeit (Normalarbeitszeit) von 40 Stunden überschritten wird. Dafür gibt es einen Überstundenzuschlag von 50 Prozent für jede Stunde. Je nach Kollektivvertrag kann dieser Zuschlag auch höher ausfallen. Bei Teilzeitarbeit wird in

der Regel von Mehrarbeit gesprochen, wenn mehr als die vereinbarte Arbeitszeit aber weniger als die gesetzliche Normalarbeitszeit gearbeitet wird. Für jede geleistete Mehrstunde wird ein Zuschlag von 25 Prozent bezahlt (vgl. Arbeiterkammer 2025: 11 ff.). Auch wenn Teilzeitarbeit sozialrechtlich nicht schlechter gestellt ist als Vollzeitarbeit, so führt die kürzere geleistete Arbeitszeit in der Woche dennoch dazu, dass Teilzeitarbeit oft als prekärer, mit weniger Karrieremöglichkeiten und geringerer Verantwortung in der beruflichen Position eingestuft wird. Das ist darauf begründet, dass Teilzeitarbeit nicht der typischen Erwerbsarbeitsform entspricht (vgl. Stovell & Besamusca 2022: 65).

Ganz allgemein lässt sich sagen, dass Teilzeitarbeit immer mehr Verbreitung findet und in vielen Tätigkeitsfeldern zu finden ist. Das machen auch Statistiken deutlich. Die Zahl der gesamtwirtschaftlich geleisteten Arbeitsstunden ist in den letzten Jahren gestiegen, genauso, wie die Erwerbstätigenzahlen. Die pro Kopf geleisteten Arbeitsstunden sinken aber, was an der überproportional steigenden Teilzeitquote im Vergleich zur Vollzeitquote liegt (vgl. wifo 2023: 16 f.). Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit liegt in Österreich bei rund 29 Arbeitsstunden pro Woche für das Jahr 2024 (vgl. Statistik Austria 2025d). Zahlen der Statistik-Austria machen zudem deutlich, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt in Österreich kontinuierlich steigt. Die aktive Erwerbstätigenquote lag im Jahr 2022 für Frauen mit 86,5 Prozent sogar über jener von Männern, diese lag bei 84,7 Prozent (vgl. Statistik Austria 2023b). Allerdings ist anzumerken, dass die Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen vor allem auf Teilzeitarbeit zurückzuführen ist (vgl. Bundeskanzleramt 2022: 26) und diese in allen europäischen Ländern häufiger als Männer in Teilzeit arbeiten (vgl. Brenke 2011: 4 ff.).

Insbesondere für Frauen in Österreich stellt Teilzeitarbeit die „normale“ Form der Beschäftigung dar: Die Teilzeitquote von Frauen in Österreich liegt bei ca. 51 Prozent, während jene der Männer bei rund 13 Prozent liegt (vgl. Statistik Austria 2025e). Nicht nur in Österreich, sondern in allen europäischen Ländern ist die Teilzeitquote von Frauen höher als die von Männern. In Österreich ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern allerdings neben Italien und Luxemburg besonders hoch (vgl. Brenke 2011: 5). Die Art des Beschäftigungsstatus wird daher oft auch als Indikator für die ungleiche Verteilung von Arbeit und für soziale Ungleichheit zwischen Geschlechtern herangezogen (vgl. Stovell & Besamusca 2022: 65).

Andere atypische bzw. von der Norm der 40-Stunden-Woche abweichende Arbeitsverhältnisse unterscheiden sich nicht nur in der Arbeitszeit vom Normalarbeitsverhältnis, sondern

unterliegen auch rechtlich anderen Bedingungen und sind seltener verbreitet (vgl. Flecker 2017: 73 f.). Ungleiche Bedingungen und Chancen in der Arbeitswelt führen zu strukturellen Diskriminierungen und verstärken soziale Ungleichheiten in vielen weiteren Lebensbereichen (vgl. Krämer & Scherschel 2020: 343 ff.). So leben in Österreich beispielsweise rund 300.000 Personen – sogenannte „working poor“ – die trotz Erwerbsarbeit ihre Existenz nicht sichern können. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind dafür vorwiegend verantwortlich (vgl. Knecht & Schenk 2023: 102 f.).

Im Zuge dieser Masterarbeit ist die Teilzeitarbeit von besonderem Interesse. Auch wenn Teilzeitarbeit rechtlich weitgehend nicht abweichend vom Normalarbeitsverhältnis ist, so ist aufgrund der geringeren Arbeitszeit der Erwerb ein geringerer. Damit einhergehend kann es zu einer Prekarisierung der Arbeitsbedingungen kommen und in weiterer Folge auch zu schwierigeren Lebensbedingungen, weil die finanzielle Absicherung durch Arbeit geringer ist. Die Art und Weise, wie der Beschäftigungsstatus definiert wird, hat entscheidende Konsequenzen für das Verständnis von Ungleichheiten in der Arbeitswelt, insbesondere in Bezug auf Intersektionalität. Beispielsweise unterscheiden sich die Erfahrungen von Frauen in Teilzeitarbeit je nach sozialer Schicht erheblich. Während in der Mittelschicht oft qualifizierte Fachkräfte in befristeten Teilzeitstellen arbeiten, sind Frauen in niedrig qualifizierten Beschäftigungsverhältnissen häufiger in schlecht bezahlten, unsicheren Teilzeitjobs tätig, die auf flexiblen und prekären Arbeitsstrukturen basieren. Deshalb plädieren Stovell und Besamusca dafür, Annahmen über die Wirklichkeit und die Konsequenzen von Teilzeit- und Vollzeitarbeit kritisch zu reflektieren (vgl. Stovell & Besamusca 2022: 65).

2.2 Arbeitszeitverteilung nach Geschlecht

Teilzeitbeschäftigung wird auch oft als „Indiz“ dafür genommen, um auf die Arbeitsaufteilung in Paarbeziehungen Rückschlüsse zu ziehen. Stovell und Besamusca (2022) konstatieren, dass jene Person im Haushalt, die Teilzeit arbeitet, auch den überwiegenden Anteil der unbezahlten Care- und Hausarbeit erledigt – einfach, weil dafür mehr Zeit ist (vgl. Stovell & Besamusca 2022: 65). Die Forscherinnen beziehen sich hier auf Haushalte in Großbritannien. Zu beachten ist, dass Ergebnisse aufgrund sozialpolitischer Unterschiede nicht eins zu eins auf Österreich bezogen werden können. Dass Frauen vermehrt Tätigkeiten der Reproduktions- und Betreuungsarbeit übernehmen, führt unweigerlich auch dazu, dass sie weniger Stunden in Erwerbstätigkeit arbeiten. Das zeigen auch Erhebungen von Geserick et al. (2023) für das

Österreichische Institut für Familienforschung. Was sich hier zeigt, ist also eine Wechselwirkung zwischen Arbeiten in Teilzeit und Hauptlast von Care-Arbeit. Das schlägt sich unter anderem in der Teilzeitquote nieder. Ausgehend von der bereits erwähnten politisch geführten Diskussion um Teilzeitarbeit lässt sich also auch für Österreich eine Ungleichheitsdebatte ableiten. Bezieht man sich beispielsweise auf die Aussage des Arbeitsministers im Kurier-Interview⁵, so könnte die Annahme getroffen werden, dass die Entscheidung für Teilzeitarbeit auf freiwilliger Basis beruht. Tatsache ist aber, dass diese Entscheidung nicht nur von individuellen Wünschen geleitet, sondern vielmehr auch von strukturellen Rahmenbedingungen abhängig ist. Es handelt sich um eine indirekte Regulierung der Arbeitszeit durch Maßnahmen der Kinderbetreuungs- und Steuerpolitik, wie auch im Laufe dieser Masterarbeit noch thematisiert wird (vgl. Flecker 2017: 116 f.).

2.2.1 Teilzeit oder Vollzeit?

Ersichtlich wird das unter anderem an der Höhe der Teilzeitquote. Auffällig ist dabei der Unterschied zwischen Vätern und Müttern. Denn leben betreuungspflichtige Kinder (bis unter 15 Jahre) im Haushalt, so hat das eine starke Auswirkung auf geschlechterspezifische Unterschiede in den Erwerbsquoten (siehe Abbildung 1).

Geschlecht	ohne Kinder	mit Kindern unter 15 Jahren	mit Kindern aller Altersstufen
Frauen	36,9	73,5	65,6
Männer	15,6	7,7	7,7

Abbildung 1: Statistik Austria 2025h, Teilzeitquote nach Geschlecht mit und ohne Kinder, eigene Tabelle.

Der Einfluss von Betreuungspflichten auf die Erwerbstätigkeit nach Geschlecht zeigt sich besonders deutlich: Die Teilzeitquote lag für Frauen zwischen 15 und 64 Jahren mit Kindern unter 15 Jahren im Jahr 2024 bei 73,5 Prozent. Bei Männern derselben Altersgruppe lag die Teilzeitquote bei lediglich 7,7 Prozent. Folgende Zahlen zeigen, dass die Betreuung von Kindern einen erheblichen Einfluss auf die Erwerbsarbeitssituation von Männern aber vor allem Frauen nimmt: Lediglich 36,9 Prozent der Frauen und 15,6 Prozent der Männer (Altersgruppe 15 bis 64 Jahre) ohne Kinder waren in Teilzeit beschäftigt (Statistik Austria 2025h). Vergleicht man die Zahlen mit anderen europäischen Ländern, zeigt sich, dass Österreich zwar eine hohe

⁵ Hager, Johanna; Hammerl Michael (14.02.2023): Kocher: „Dann gibt es weniger Grund für Sozialleistungen“. In: *Kurier*, URL: <https://kurier.at/politik/inland/kocher-dann-gibt-es-weniger-grund-fuer-sozialleistungen/402327540> (Zugriff: 20.02.2024).

Frauenerwerbstätigkeit aufweist, allerdings auch die Teilzeitquote sehr hoch ist (vgl. Flecker 2017: 142 ff.).

Allgemein lässt sich sagen, dass die Zeit, die Eltern in Österreich für ihre Kinder aufwenden, in den letzten Jahren gestiegen ist. Auch die Erwerbstätigkeit steigt. Zeitverwendungsstudien machen sichtbar, dass es zu einer Veränderung in den Anforderungen, also der Erwartungshaltung gegenüber Eltern, in der Kinderbetreuung und Erziehung kam. Als Folge dessen dürfen zeitbasierte Konflikte vor allem im Hinblick auf die Work-Life-Balance und die Auswirkungen des Trends hin zu Teilzeitarbeit nicht ignoriert werden (vgl. Berghammer 2013: 61 ff.). Zeitverwendungsstudien machen auch deutlich, dass die statistisch ungleiche Verteilung von Teilzeit- und Vollzeitarbeit einem grundlegenden Strukturproblem zuzuordnen ist. So wirkt sich die geschlechterspezifische Arbeitsteilung auch in der tatsächlichen Zeitverwendung im familiären Alltag aus, wie im folgenden Kapitel erläutert wird.

2.2.2 Zeitverwendung von Frauen und Männern

Die ungleiche Arbeitsverteilung zwischen Männern und Frauen zeigt sich anhand mehrerer Dimensionen: Die bereits angesprochene ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit und der damit verbundenen ungleichen Bewertung von „Frauen- und Männerarbeit“ (Flecker 2017: 149) sind entscheidende Aspekte.

So wurde in einer Zeitverwendungsstudie der Statistik Austria für 2021/2022 analysiert, dass Frauen (95,9 Prozent) öfter als Männer (87,5 Prozent) Sorgearbeit in Haushalt und Familie übernehmen. Auch der Zeitaufwand für diese Tätigkeiten unterscheidet sich. Frauen und Mädchen sind rund 4 Stunden am Tag mit unbezahlter Arbeit beschäftigt, während Männer und Buben nur ca. 2,5 Stunden dafür aufwenden (vgl. Statistik Austria 2024a).

Für die Zeitverwendungserhebung für das Jahr 2021/ 2022 wurden Personen ab 10 Jahren in Österreich befragt. Die Studie zeigt, dass Frauen und Mädchen durchschnittlich 2 Stunden und 13 Minuten pro Tag erwerbstätig sind, während Männer und Buben hingegen 3 Stunden und 35 Minuten täglich einer Erwerbsarbeit nachgehen. Der Anteil der Frauen, die erwerbstätig sind, liegt bei 42,2 Prozent, während er bei Männern bei 55 Prozent liegt (vgl. Statistik Austria 2023a: 39 ff.). 95,5 Prozent der Frauen und 87,5 Prozent der Männer verrichten unbezahlte Arbeit. In der Erhebung fallen darunter Sorgearbeit, Haushaltstätigkeiten, Betreuungstätigkeiten und Freiwilligentätigkeiten (vgl. Statistik Austria 2023a: 71 ff.).

Hauptaktivität	Ø Stunden pro Tag der Frauen	Anteil der ausübenden Frauen – in %	Ø Stunden pro Tag der ausübenden Frauen	Ø Stunden pro Tag der Männer	Anteil der ausübenden Männer – in %	Ø Stunden pro Tag der ausübenden Männer
Schlafen	8,9	100,0	8,9	8,8	100,0	8,8
Essen und andere persönliche Tätigkeiten	2,8	99,8	2,8	2,6	99,9	2,6
Erwerbstätigkeit	2,2	42,2	7,5	3,6	55,0	8,9
Aus- und Weiterbildung	0,7	14,8	5,8	0,7	14,4	5,9
Sorgearbeit in Haushalt und Familie	3,6	95,5	4,1	2,1	87,5	2,9
Freiwilligentätigkeiten	0,3	27,5	2,1	0,3	24,9	2,4
Soziale Kontakte und Freizeit	5,3	99,8	5,4	5,9	99,8	6,0
Nicht näher bestimmte Zeitverwendung	0,2	19,4	1,3	0,1	16,5	1,3

Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2021/22. – Die Angaben beziehen sich auf die Hauptaktivitäten der in Österreich lebenden Personen ab 10 Jahren. Sorgearbeit in Haushalt und Familie umfasst: Hausarbeit, Kinderbetreuung und die Unterstützung für erwachsene Haushaltsmitglieder. Erstellt am 18.12.2023.

Abbildung 2: Statistik Austria 2024a, Durchschnittliche Zeitverwendung pro Tag aller Personen ab 10 Jahre nach zusammengefasster Hauptaktivität 2021/22.

Altreiter et al. (2016) konstatieren ob dieser geschlechterspezifischen Ungleichheiten in der Zeitverwendung – sei es in der Gestaltung der Freizeit, im Anstellungsverhältnis oder im Spannungsverhältnis zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit – dass „die Frage der Arbeitszeit als neue Verteilungsfrage“ (Altreiter et al. 2016: 23) in den Blick rücken muss.

So hat sich beispielsweise auch die aufgewendete Zeit, die Väter und Mütter mit ihren Kindern verbringen, im Laufe der letzten Jahre gewandelt und die Bedeutung eben dieser in eine bestimmte Richtung entwickelt. Wie Befragungen zum Zeitmanagement in Familien aufzeigen, wird die Zeit, die Eltern mit ihren Kindern verbringen, ganz allgemein als zu knapp eingestuft. Zeit mit den Kindern wird dabei als etwas Wertvolles wahrgenommen. Das Spannungsverhältnis zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit spielt für diese Einschätzung eine maßgebliche Rolle. Diese Zeitknappheit kann laut Berghammer (2013) laut Zeitverwendungsstudien nicht konstatiert werden, denn die Zeit, die Eltern mit ihren Kindern verbringen, ist in westlichen Ländern in den letzten Jahrzehnten sogar gestiegen, so auch in Österreich. Dieser Trend macht sich trotz zunehmender Erwerbsarbeitsquote von Müttern bemerkbar. Erklärbar ist das damit, dass Elternschaft heute „wohlüberlegt“ eingegangen wird, denn die Erwartungen an Kindererziehung sind höher, so Berghammer (2013). Weiters passiert auch ein Wandel im Verhalten von Eltern, mit dem Ziel, mehr Zeit mit Kindern zu verbringen. Neben der Einsparung anderer Tätigkeiten (wie Haushalt oder Self-Care) spielt auch ein

verändertes Bewusstsein bei Vätern eine Rolle. Diesen zeitbasierten Spannungen wird beispielsweise auch mit der Reduktion von Erwerbsarbeitszeit entgegengewirkt – und hier vor allem von Frauen. Der Trend zur Teilzeitarbeit ist also auch – und vor allem – in Österreich bemerkbar (vgl. Berghammer 2013: 53 f.). Die Erwerbstätigenquote liegt in Österreich im EU-Ländervergleich mit 70,7 Prozent im oberen Drittel. In Dänemark ist sie mit 74,5 Prozent am höchsten, in Italien mit 53,3 Prozent am niedrigsten. Kommt es zum Ländervergleich in der Teilzeitquote so zeigt sich allerdings, dass Österreich den zweithöchsten Wert in der EU hat. Hinter den Niederlanden mit 64,2 Prozent, liegt die Teilzeitquote mit 51,1 Prozent für Österreich im Spitzenfeld (vgl. Statistik Austria 2025f).

Berghammer (2013) analysiert, dass Erwerbstätigkeit zu einer Reduktion der Kinderbetreuungszeit führt. Eine höhere Erwerbsarbeitsquote von Müttern wirkt sich zwar aus, reduziert die Sorgezeit aber nicht im selben Ausmaß. Das heißt, Teilzeit arbeitende als auch Vollzeit erwerbstätige Mütter wenden ähnlich viel Zeit für ihre Kinder auf. Erwerbstätige Mütter sparen jedoch Zeit für andere Tätigkeiten zugunsten der Kinderbetreuungszeit ein (vgl. Berghammer 2013: 55 f.). Zeitverwendungsstudien zeigen, dass nicht erwerbstätige Mütter am meisten Zeit für Kinderbetreuung aufwenden. Zwischen 1992 und 2009 ist das größte Plus in der Kinderbetreuungszeit bei arbeitenden Vätern bemerkbar. Die den Kindern gewidmete Zeit ist dabei nicht vom Erwerbsniveau der Mutter abhängig. Bemerkbar ist zudem, dass Eltern mit höherer Bildung zunehmend mehr Zeit der Kinderbetreuung widmen. So verbringen tertiär gebildete Mütter mehr Zeit mit ihren Kindern als jene mit Pflichtschulabschluss (vgl. Berghammer 2013: 61 ff.).

Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind nicht nur in der regulären Erwerbsarbeitszeit erkennbar, sondern auch bei Überstunden: Frauen und Mütter haben nicht nur eine geringere wöchentliche Erwerbsarbeitszeit, sondern leisten auch weniger Überstunden als Väter. Schönauer et al. (2016) konstatieren, dass eine Reduktion der Regelarbeitszeit auch zu einer Minderung von geschlechterspezifischen Ungleichheiten in der Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit führen könnte (vgl. Schönauer et al. 2016: 43 f.).

Altreiter und Atzmüller (2023) weisen darauf hin, dass oft übersehen wird, dass ein Teil der Gesellschaft die Verantwortung dafür trägt, die Arbeitskraft zu reproduzieren (vgl. Altreiter & Atzmüller 2023: 16 f.). Diese Aufgabe wurde traditionell und auch bis heute überwiegend von Frauen übernommen, was ihre Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt

einschränkt und in weiterer Folge oftmals zu Einkommensungleichheiten führt (vgl. Binner & Décieux 2023: 30 f.). „Wenn ‚Arbeit‘ als Medium der Vergesellschaftung gedacht wurde, dann waren es männlich konnotierte und vorrangig marktvermittelte Tätigkeiten“ (Becker-Schmidt 2008: 66). „Verallgemeinerungen, Naturalisierungen oder auch die Darstellung von Selbstverständlichkeiten“ (Neuhauser 2023: 180) reproduzieren diese Rollenerwartung und Arbeitsverteilung zwischen den Geschlechtern. Das ist auch der Grund dafür, dass die traditionell den Frauen zugeschriebene Care- und Hausarbeit unbezahlt oder unterbezahlt ist und bleibt. Becker-Schmidt hebt hervor, dass Frauen heute zunehmend mit einer Doppelbelastung umgehen müssen. Sie stehen unter der Herausforderung, sowohl einer Erwerbsarbeit nachzugehen als auch nach wie vor die Hauptlast der Sorge- und Reproduktionsarbeit zu leisten (vgl. Becker-Schmidt 2008: 66 ff.). In Kapitel 3.2.1 wird genauer darauf eingegangen.

Geserick et al. (2023) untersuchten für das Österreichische Institut für Familienforschung die Arbeitsteilung in Partnerschaften (2023). Vor dem Hintergrund, dass Frauen auch heute noch den überwiegenden Anteil unbezahlter Haushalts- und Familienarbeit erledigen, dabei aber die subjektive Zufriedenheit mit dieser Arbeitsteilung in Beziehungen relativ hoch ist, wurde ein Mixed-Methods-Designs entwickelt. Es beleuchtet unterschiedliche Erfahrungsebenen der Arbeitsteilung. Einerseits wurde die Praxis der Arbeitsaufteilung, andererseits auch die jeweilige Begründung und Zufriedenheit damit erforscht. Die Ergebnisse zeigen, dass Männer mehr Ausgeglichenheit in der Arbeitsteilung empfinden. In Paarbeziehungen ohne Kinder, bei Einkommensgleichheit von Mann und Frau und im urbanen Raum herrscht ebenfalls mehr Ausgeglichenheit in der Arbeitsteilung (vgl. Geserick et al. 2023). Erkennbar ist also auch hier, dass die Arbeitslast in Paarbeziehungen mit Kindern eher bei Frauen liegt und diese – im Gegensatz zu den Vätern – stärker mit Themen der Care-Arbeit belastet sind.

2.2.3 Gründe für Teilzeitarbeit bei Frauen

Nicht nur die angeführten Statistiken zur Teilzeitquote machen geschlechterspezifische Unterschiede in Erwerbsbiografien sichtbar, auch die Gründe für Teilzeitarbeit geben einen Einblick. Neben persönlichen Gründen, kann auch die Arbeitsmarktsituation Einfluss auf die Entscheidung für oder gegen eine Teilzeitbeschäftigung haben (vgl. Brenke 2011: 9). Die Motive sind meist strukturell bestimmt und darum auch im Ländervergleich unterschiedlich.

Folgende Statistik macht deutlich, dass die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Personen einen entscheidenden Grund für Teilzeitarbeit darstellt (vgl. Statistik Austria 2025f).

Geschlecht	Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen	keine Vollzeittätigkeit gewünscht	andere persönliche oder familiäre Gründe	keine Vollzeittätigkeit gefunden	schulische oder berufliche Aus- oder Fortbildung	sonstige Gründe
Frauen	40,1	24,6	7,4	5,9	8,8	13,1
Männer	7,2	26,5	8,4	8,2	23,9	25,8

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2024, Jahresdurchschnitt über alle Wochen. Erstellt am 04.09.2025. – ILO Konzept. Teilzeit: Selbstzuordnung.

Abbildung 3: Statistik Austria 2025f, Gründe für Teilzeitarbeit nach Geschlecht.

Die Ergebnisse in Abbildung 3 zeigen, dass 40,1 Prozent der befragten Frauen angaben, aufgrund von Betreuungstätigkeiten von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen in Teilzeitarbeit beschäftigt gewesen zu sein, wohingegen es bei den Männern lediglich 7,2 Prozent waren. Ein wesentlich größerer Anteil teilzeitbeschäftigter Männer (26,5 Prozent) gab hingegen an, freiwillig nicht in Vollzeit zu arbeiten. Der Anteil der Frauen lag bei diesem Grund mit 24,6 Prozent ähnlich hoch. Bei Männern in Teilzeitarbeit ist mit 23,9 Prozent auch die berufliche Fort- und Ausbildung ein entscheidender Grund, wohingegen das nur von 8,8 Prozent der weiblichen Befragten angegeben wurde (vgl. Statistik Austria 2025f).

Flecker merkt hinsichtlich der Auswertung von Statistiken – wie sie auch oben angeführt ist (s. Abb. 3) – einen wichtigen Punkt an: Die von der Statistik erfassten Gründe für Teilzeitarbeit sind in tatsächlich freiwillige Teilzeitarbeit, „freiwillige“ und unfreiwillige Gründe für Teilzeitarbeit zu unterscheiden (vgl. Flecker 2017: 116). Denn die Entscheidung für eine Teilzeitanstellung ist oftmals nicht primär von individuellen Wünschen geleitet, sondern häufig von „fremden“ Bedürfnissen, sie ist damit „indirekt reguliert“ (Lehndorff 2010: 96; zit. n. Flecker 2017: 116). Das heißt, entscheidet sich eine Frau für eine Reduktion ihrer Arbeitsstunden und übernimmt die Pflege und Erziehung der Kinder, so wurde sie nicht „gezwungen“. Dass aber tatsächlich das gesellschaftliche System samt den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen die Grundlage für diese später individuelle Entscheidung bildet, wird so nicht ausgemalt und ist dadurch nicht präsent. Die Thematik muss also differenziert betrachtet werden. In Kapitel 3.2 wird genauer auf diese Unterscheidung in individuelle und strukturelle Faktoren für die Entscheidung für Teilzeitarbeit eingegangen.

In diesem ersten Kapitel der Masterarbeit wurde einerseits die Unterscheidung zwischen bezahlter Erwerbsarbeit und meist unbezahlter Sorge- bzw. Reproduktionsarbeit thematisiert. Ersichtlich ist, dass in Österreich auch heute noch überwiegend Frauen die Arbeit im Privaten

übernehmen, während Männer längere Erwerbsarbeitszeiten aufweisen. Um Erwerbs- und Sorgearbeit zu vereinbaren, finden sich also vor allem Frauen in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen. Sie stehen somit im Lauf ihres Lebens immer wieder im Spannungsfeld zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit.

Finanzielle Einbußen, emotionale Belastungen und Rollenkonflikte könnten die Folgen dieses Arbeitsmodells sein, wie im nächsten Kapitel dieser Masterarbeit aufgezeigt wird. Zudem soll thematisiert werden, warum es zu dieser Unausgeglichenheit zwischen den Geschlechtern in Österreich kommt und, warum es sich meist nicht um eine individuelle Entscheidung für Teilzeit handelt, sondern diese vielmehr von gesellschaftlichen Faktoren abhängig ist.

3 Geschlechterspezifische Arbeitsmarktbeteiligung im Wandel und ihre Auswirkungen

Wie gestaltet sich die Gesellschaft von heute und wie prägt der Wandel eines gesellschaftlichen Systems individuelle Lebenswelten? Die Zukunft scheint in einer Gesellschaft – die auf Entscheidungsfreiheit und Optionalität des Handelns eines jeden Individuums basiert – zwar als frei, aber gleichzeitig auch als „unbeherrschbar“. Wie Bauman konstatiert, wird diese zunehmende Eigenverantwortung von „Herrschenden“ als Freiheit verkauft, diese beruht aber auf Kosten sozialstaatlicher Absicherung. Das führt in weiterer Folge dazu, dass sich die Gesellschaft in Nostalgie wälzt – eine Erinnerung an Zeiten vor beschleunigten Lebenswelten und Wandel (vgl. Bauman 2017: 9 ff.).

Gleichzeitig – und darauf machen vor allem feministische Theorien und die Geschlechterforschung aufmerksam – wird die Gesellschaft durch „das Zwangssystem der Zweigeschlechtlichkeit“ (Becker-Schmidt 2008: 65) geordnet bzw. normiert. Es wird zunehmend erkannt, dass auch *Geschlecht* ein sozialer Faktor ist, der die Sphären von Reproduktion und Produktion sowie Positionen und Chancen in der Gesellschaft bestimmt. Damit werden auch Machtverhältnisse strukturiert, bedingt, abgebildet und immer wieder herstellt (vgl. Becker-Schmidt 2008: 65 f.). Geschlechtlichkeit ist dabei aber auch fest in die soziale Ordnung eingeschrieben, aufgrund der historischen Herausbildung und langen „Tradition“ schwierig, einem Wandel zu unterwerfen.

Baumann konstatiert, dass die Vergangenheit oftmals als stabil wahrgenommen wird. Individuen „mussten“ sich den Platz in der Gesellschaft nicht selbst erkämpfen, sondern sie hatten ihn „einfach“. Anders gesagt, Entscheidungsfreiheit hinsichtlich beruflicher Entwicklung, Familiengestaltung und Lebensplanung war gesellschaftlich bestimmt und keine Individualentscheidung. Die Zukunft in einer Zeit der Individualisierung – wie sie auch Ulrich Beck beschreibt – wird daher lange als beängstigend gesehen, weil jeder für sich Lösungen und Wege finden muss, um den von der Gesellschaft hervorgebrachten Herausforderungen zu begegnen. Laut Bauman regiert die Politik auf „die Probleme von heute mit Lösungen von gestern (vgl. Bauman 2017: 9 ff.).

Mit diesem Blick auf die Gesellschaft im 20. Jahrhundert soll gezeigt werden, wie sich die Lebensrealität speziell von Frauen im Zusammenhang mit der Erwerbs- und Care-Arbeit im Wandel der Zeit entwickelte und welche Chancen und Herausforderungen sich damit ergeben.

Der Wert der Arbeit bzw. die Einstellung zur Erwerbsarbeit hat sich in Österreich im Laufe der Zeit und im Zuge gesellschaftlicher und sozioökonomischer Wandel verändert und ist auch stets von Veränderungen betroffen. Demnach bedingen sich Aspekte der Reproduktions- und Erwerbsarbeit gegenseitig und sind historisch gewachsen. Das äußert sich auch an der Erwerbsbeteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt (vgl. Altreiter et al. 2016: 21). Mit der Steigerung des Bildungsniveaus von Frauen und einer erhöhten Erwerbsbeteiligung nimmt die geschlechterspezifische Ungleichheit nicht zwingend ab, sondern es ergeben sich neben neuen Chancen für Frauen auch persönliche und gesellschaftliche Herausforderungen, die von der soziologischen Forschung betrachtet werden müssen (vgl. Gottschall 2018: 383 ff.): Betreuungstätigkeiten wie die Pflege von Bedürftigen und Kindern sind auch heute noch ein Grund, warum Frauen weniger viel erwerbstätig sind als Männer (vgl. Altreiter et al. 2016: 21). Frauen sind dann häufig mit einer Doppelbelastung – Reproduktions- sowie Care- und Erwerbsarbeit – konfrontiert. Offen könnte hier die Beantwortung der Frage bleiben, wer in Zeiten erhöhter Erwerbstätigkeit die Kindererziehung und die Sorge für zu betreuende Angehörige übernimmt (vgl. Winker 2010: 171 ff.). Tatsächlich sind es auch heute noch Frauen, die den Großteil der Sorgearbeit erbringen.

Zentral ist demnach, dass geschlechterspezifische Aspekte von Erwerbsarbeit sozioökonomisch und soziopolitisch untersucht werden müssen, denn hinter Ungleichheiten verbirgt sich stets eine politische Regulierung bzw. ein gesellschaftliches System, das Muster und Erwartungen stützt (vgl. Gottschall 2018: 383 ff.). Das heißt, dass in einer Welt der zunehmenden Individualisierung, systemische Probleme nicht ignoriert werden dürfen. Gottschall (2018) sieht darum vor allem den Staat als zentralen Akteur der Arbeitsmarktgestaltung. Durch eine verstärkte Erwerbsbeteiligung von Frauen kommt es zu „sozialen Polarisierung“ in der Gesellschaft – zwischen den Geschlechtern als auch innerhalb von sozialen Gruppen. Gottschall plädiert darum für eine höhere Sensibilisierung Geschlechterungleichheiten betreffend, als auch für eine verstärkte Einbeziehung von Privatleben. Damit ist gemeint, dass sowohl Erwerbsarbeit als auch die notwendige Reproduktions- und Care-Arbeit betrachtet werden müssen. Zentral ist in diesem Zusammenhang die Frage, wo die Grenzen der „Vermarktlichung von Arbeitskraft“ liegen (vgl. Gottschall 2018: 383 ff.).

In den folgenden Kapiteln wird zuerst ganz allgemein auf die Erwerbstätigkeit von Frauen im Wandel der Zeit eingegangen. Unmittelbar damit verbunden ist eine Dynamik in Familienmodellen. Des Weiteren wird der Frage nachgegangen, ob es sich um eine freiwillige bzw. unfreiwillige Entscheidung von Frauen handelt, in Teilzeit zu arbeiten. Zudem werden soziale und gesellschaftliche Folgen und Herausforderungen im Zusammenhang mit Teilzeitarbeit aufgezeigt.

3.1 Erwerbstätigkeit und Familienmodelle im Wandel

Westliche und vom Kapitalismus geprägte Gesellschaften wie auch Österreich eine ist, basieren auf einem System, das auf der Differenzierung zwischen den Geschlechtern – und hier traditionellerweise zwischen Männern und Frauen – basierend aufgebaut ist. Das heißt, die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen sind den Systemen inhärent und prägen somit auch die soziale Ordnung. Das ist auch der Grund, warum das Aufbrechen dieser Geschlechterunterschiede nur langsam vorangeht (vgl. Binner & Décieux 2023: 31).

3.1.1 Ausgangslage: Unterscheidung zwischen Privat und Öffentlichkeit

Diese eben beschriebene gesellschaftliche Ordnung liegt der Differenzierung zwischen privatem und öffentlichem Raum bzw. einer „Produktions- und Reproduktionssphäre“ (Binner & Décieux 2023: 31) zugrunde, die wiederum lange Zeit und auch heute noch überwiegend geschlechtlich zugeschrieben ist. Diese Ausdifferenzierung entwickelte sich im Laufe der Industrialisierung heraus (vgl. Starke 1964: 127 ff.). Während Männer bzw. Väter vor allem auf Ausbildung und Erwerbstätigkeit fokussierten und damit ein Erwerbseinkommen erzielten, fokussierte der Arbeitsbereich von Frauen und Müttern auf unbezahlte Tätigkeiten zuhause und in der Familie. Durch diese Arbeitsteilung wurde Männern der völlige Fokus auf Erwerbsarbeit möglich gemacht (vgl. Berghammer 2014: 614 ff.). Der private Raum wurde demnach als reproduktive Sphäre aufgefasst, in der die Auswirkungen bzw. die Basis der produktiven Sphäre ausgetragen wurden: „finanziert über den Lohn des Ehemannes, gingen die Ehefrauen in ihren ‚privaten‘ Haushalten den gesellschaftlich wichtigen und für den Kapitalismus unerlässlichen, aber unbezahlten reproduktiven Tätigkeiten“ (Binner & Décieux 2023: 31 f.) nach.

Care- und Sorgearbeit meint allgemein Tätigkeiten wie Kinderbetreuung und Erziehung, Bildung sowie die Pflege von darauf angewiesenen Personen – meist aus dem familiären Umfeld:

„Care-Arbeit zielt auf den Erhalt und die Förderung der körperlichen, emotionalen und sozialen Fähigkeiten von Personen, die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse unter jeweils besonderen Bedingungen und in (etwa nach Lebensalter, Gesundheitszustand) variierenden Konstellationen“ (Artus et al. 2017a; zit. n. Binner & Décieux 2023: 35).

Sie ist zudem die Arbeit, die im Privaten notwendig ist, um den erwerbstätigen Part der Familie zu versorgen, also den Alltag zu erhalten, und wird als Reproduktionsarbeit verstanden (vgl. Becker-Schmidt 2008: 67). In aktuellen Debatten um Care-Arbeit wird betont, dass diese sowohl praktische (to take care of) als auch emotionale (to care about) Dimensionen umfasst. Ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kam es zwar zu einer Rationalisierung und Technisierung in der Haushaltsarbeit, das verringerte jedoch nicht die Gesamtarbeitszeit im Haushalt. Eltern sehen sich heute neuen Anforderungen gegenüber – etwa in der Erziehung oder Bildung (vgl. Lutz 2010: 27 ff.). Gesellschaftlich wird erwartet, dass sich Eltern ihren Kindern widmen – meist sind hier wieder Mütter am Zug – was mehr Zeit und emotionale Arbeit erfordert. Kindererziehung ist kindzentriert und damit zeitintensiv. Vor allem die Mittelschicht geht diesen Idealen nach (vgl. Berghammer 2014: 614 ff.). Diese Entwicklung bringt vor allem für Frauen „neue“ Formen der Belastung mit sich, die im Kapitel 3.2 genauer erläutert werden sollen.

„Wenn ‚Arbeit‘ als Medium der Vergesellschaftung gedacht wurde, dann waren es männlich konnotierte und vorrangig marktvermittelte Tätigkeiten“ (Becker-Schmidt 2008: 66). Diese Dichotomie von Erwerbs- und Care-Arbeit aber deren gleichzeitig ungleiche Bewertung – besonders augenscheinlich durch Entlohnung bzw. Nicht-Entlohnung – führt zu strukturellen Ungleichheiten. Diese lasten vor allem auf Frauen – und das bis in die Gegenwart (vgl. Binner & Décieux 2023: 32). Diese „doppelte Vergesellschaftung“ (Becker-Schmidt 2008) von Frauen ist heute noch in das gesellschaftliche System eingeschrieben, wird aber zunehmend als gesellschaftliches Problem anerkannt und reflektiert (vgl. Becker-Schmidt 2008: 66 f.). Denn auch der Wert bzw. die Einstellung zur Erwerbsarbeit in Österreich hat sich im Laufe der Zeit verändert und wird weiterhin von Veränderungen bestimmt. Aspekte der Erwerbsarbeit und der Reproduktionsarbeit beeinflussen sich gegenseitig und sind historisch gewachsen. Im

Folgenden soll diese Transformation, die auch im Sinne der Haushaltsökonomie verstanden werden kann, genauer erläutert werden.

3.1.2 Vom Male-Breadwinner zum Adult-Worker-Modell

War die sogenannte „Hausfrauenehe“ zu Beginn der Moderne vorwiegend dem Bürgertum vorbehalten, so nahm diese Entwicklung ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch für die breite Bevölkerung in Westeuropa Gestalt an (vgl. Lewis 2001: 153 f.). Es darf jedoch nicht unbeachtet bleiben, dass ärmere Haushalte, unverheiratete Frauen, Witwen und der Frauenüberschuss beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg auch für Frauen eine Erwerbstätigkeit erforderlich machten (vgl. Starke 1964: 131 ff.). Allgemein war ab den 1950er/1960er Jahren ein gewisses Maß an Wohlstand in der Bevölkerung erreicht, sodass für Familien das Einkommen des männlichen Familiernährers ausreichte und die Frau als Hausfrau und Mutter die Arbeit im Privaten übernahm (vgl. Butterwegge 2018: 90 f.). Diese Arbeitsteilung – die sich in private und öffentliche Arbeit teilte – funktionierte also nur deshalb, weil das Einkommen des erwerbstätigen männlichen Familiernährers oftmals für die gesamte Familie reichte (vgl. Lewis 2001: 153 f.). „So konnte sich damals die Mehrzahl der männlichen Beschäftigten den freiwilligen oder erzwungenen Verzicht von Frauen auf Berufstätigkeit im wahrsten Sinne des Wortes leisten“ (Winker 2010: 170). Von Historikerinnen wie Gisela Bock oder Barbara Duden (1977) wird diese Tätigkeit im Haushalt – die weitgehend unentlohnt bleibt – als „Arbeit aus Liebe, die in Form von Liebe als Arbeit“ (Lutz 2010: 26 f.) verrichtet wird, beschrieben. Auf eine scheinbar ganz natürliche Weise und gesellschaftlich nicht thematisiert gehören diese Beschäftigungen in die Tätigkeitsfelder von Müttern und Hausfrauen (vgl. Lutz 2010: 26 f.).

Helma Lutz zitiert an dieser Stelle den amerikanischen Ökonomen Kenneth Galbraith, der dieses Phänomen folgendermaßen beschreibt:

„Die Umwandlung der Frauen in eine auf unsichtbare Weise dienende Klasse war eine ökonomische Leistung ersten Ranges. Dienstboten für gesellschaftlich unterbewertete Arbeit standen einst nur einer Minderheit der vorindustriellen Bevölkerung zur Verfügung; die dienstbare Hausfrau steht jedoch heute auf ganz demokratische Weise fast der gesamten männlichen Bevölkerung zur Verfügung“ (Galbraith 1973:33; zit. n. Lutz 2010: 26).

Im Zuge feministischer Bewegungen ab den 1970er Jahren wurde dieser „heimliche Geschlechtervertrag“ in Frage gestellt und zunehmend wurde Systemkritik laut. Eine

Entlohnung der Reproduktions- oder Care-Arbeit wurde damals schon wenig gefordert und bis heute nicht realisiert (vgl. Krämer & Scherschel 2020: 345).

Ökonomische Krisen, neoliberale Tendenzen und das kapitalistische Verständnis einer Gesellschaft, die sich über Arbeit definiert, führten dazu, dass das männliche Ernährer-Modell zunehmend in Frage gestellt wurde (vgl. Lutz 2010: 27 ff.). Durch sozial- und wohlfahrtsstaatliche Anreize wurden Frauen in diesem Übergang von Fordismus zu Postfordismus für den Arbeitsmarkt „aktiviert“ (vgl. Binner & Décieux 2023: 37 ff.). Denn in der Adult-Worker-Gesellschaft werden alle arbeitsfähigen Erwachsenen als „individualisierte Marktsubjekte“ (Lutz 2010: 28) aufgefasst, was Frauen mehr Unabhängigkeit von ihrem bisher hauptverdienenden Partner brachte (vgl. Lewis 2001: 154 f.). Das folgt vor allem einer marktwirtschaftlichen Logik, in der Erwerbsarbeit und Leistung zentral sind. Die Armutsgefährdung von bisher nicht erwerbstätigen Frauen wird durch den Trend zur Frauenerwerbsarbeit zwar verringert, weitgehend ungeklärt bleibt aber, wer die unbezahlte, aber gesellschaftlich unabdingbare Sorge- und Reproduktionsarbeit übernehmen soll – traditionell sind das in Österreich weiterhin Frauen (Binner & Décieux 2023: 37 ff.).

Im Zuge dieser Bewegungen kam es also zu Veränderungen des traditionellen Familienverständnisses und der Auffassung von Arbeitskraft. Durch eine staatliche „Aktivierungspolitik“ wurden die starren Geschlechterrollen aufgebrochen und die Erwerbsarbeitsquote von Frauen nahm zu (vgl. Krämer & Scherschel 2020: 345). Damit kann sich die Frage gestellt werden, ob die individuelle Bildungsbiografie oder eigene Präferenzen (Opportunitäten) oder beispielsweise das Einkommen des Partners (Push-Faktoren) für eine Frau ausschlaggebend sind, erwerbstätig zu sein. Hinzu kommen die sich wandelnden Anforderungen an die Mutterschaft (vgl. Berghammer 2014: 614 ff.).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich ab dem Ende des 20. Jahrhunderts das Konzept des männlichen „Familienernährers“ zu verändern begann, das traditionelle Konzept der Hausfrau ebenso (vgl. Winker 2015: 27 ff.). Die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen nahm auch aufgrund erhöhter Bildung zu. Mit dem Angleichen des Bildungsniveaus an das der Männer, wurde es für viele Frauen attraktiv, eher erwerbstätig zu sein und weniger Zeit in unbezahlter Hausarbeit zu leisten. Einkommensverluste wurden dadurch vermieden – von Berghammer als „Opportunitätskosteneffekt“ beschrieben. Es zeigt sich aber, dass sich die Bedeutung von unbezahlter Haus- und Sorgearbeit im Verlauf des Lebens verändert und ihren

Höhepunkt in der Phase der Kindererziehung und -betreuung einnimmt (vgl. Berghammer 2014: 614 ff.).

3.1.3 Entwicklungen bis in die Gegenwart

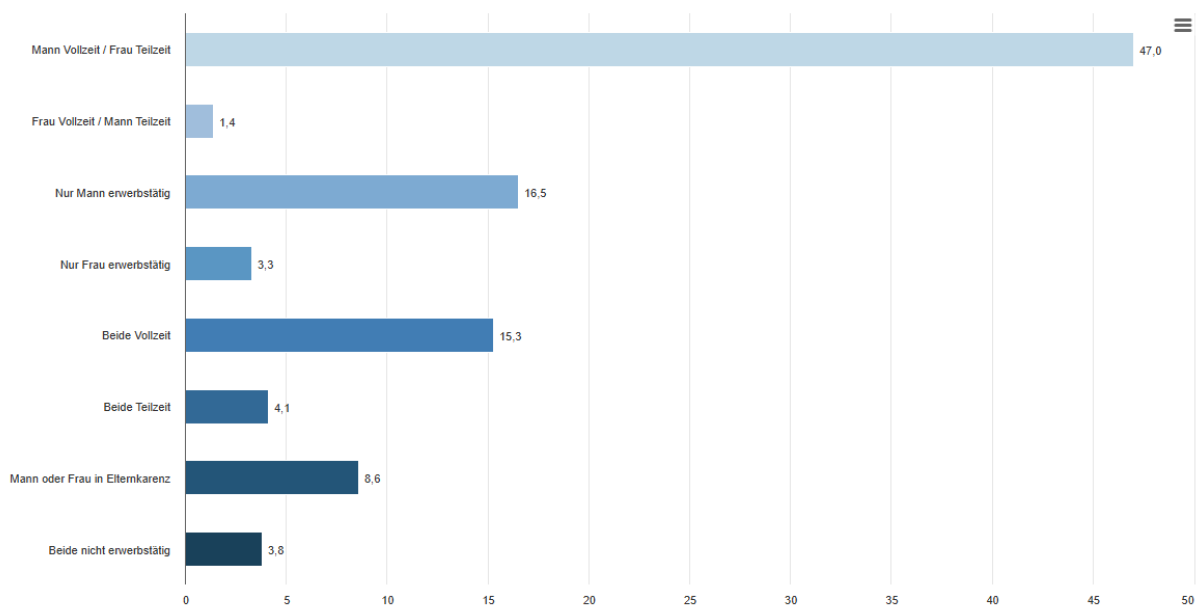
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ab den 1990er Jahren förderten zunächst die Übernahme des „modernisierten männlichen Ernährersmodells“ – und das unabhängig vom Bildungsgrad der Mutter. Dieses Modell, in dem vor allem Mütter in Teilzeit arbeiten, wirkt als Kompromiss. Es wirkt den „Spannungen zwischen institutionellen und kulturellen Hindernissen einerseits und dem Streben der Frauen nach Unabhängigkeit und Selbstverwirklichung andererseits“ (Berghammer 2014: 625 ff.) entgegen. Die Entscheidung über dieses Arbeitsmodell zieht sich über alle Bevölkerungsgruppen bzw. Schichten, wobei die zugrunde liegenden Motivationen sich vermutlich unterscheiden (vgl. Berghammer 2014: 625 ff.). Das bedeutet, während sich Paare mit gutem Haushaltseinkommen eine Teilzeitbeschäftigung leisten können, müssen andere Paare oder beispielsweise auch Alleinerziehende aufgrund fehlender Kinderbetreuung dieses Modell wählen.

Die Art und Weise, wie das Arbeits- und Familienmodell gewählt wird, ist neben dem Einkommen auch vom Bildungsabschluss abhängig – wobei sich hier eine Wechselwirkung zwischen den beiden Faktoren ergibt: Unter der Annahme, dass sich Menschen Partner:innen mit ähnlichem Bildungsgrad suchen, sind heute folgende Effekte zu beobachten: In Paarbeziehungen mit einem (meist durch den Mann erwirtschafteten) hohen Einkommen, ist ein (hohes) Erwerbseinkommen der Frau weniger notwendig. Hochgebildete Frauen mit Kindern sind laut Erhebungen weniger berufstätig. Hier ist ein Trend hin zu einem Male-Breadwinner-Modell zu beobachten. Hingegen „müssen“ weniger gebildete Frauen mit einem Partner, der ein niedriges Einkommen hat und ebenfalls wenig gebildet ist, eher einer Erwerbsarbeit nachgehen (vgl. Berghammer 2014: 614 ff.).

Wie gestaltet sich die Erwerbsbeteiligung in Paarbeziehungen mit Kindern in Österreich heute? Die familiäre Einteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit äußert sich auch heute noch in einem sogenannten „modified male breadwinner Modell“. Hier ist weiterhin der Vater Hauptverdiener, während die Mutter nach der Kinderkarenz in Teilzeit arbeitet. „Push-Faktoren“ (Berghammer 2014: 615), also z.B. die Höhe des Einkommens des Partners, sind häufig dafür verantwortlich, wer in der Familie Teilzeit oder Vollzeit arbeitet. Aufgrund der mangelnden Kinderbetreuungsinfrastruktur in Österreich ist eine Unterbrechung der

Erwerbstätigkeit von Frauen, gefolgt von einer anschließenden Teilzeitarbeit, meist aber unerlässlich (vgl. Berghammer 2014: 616 f.).

Die nachfolgende Grafik zeigt, dass das moderne Male-Breadwinner-Modell – in dem der Vater Vollzeit arbeitet und die Mutter in Teilzeit – in Österreich mit 47 Prozent am weitesten verbreitet ist. Umgekehrt, also die Mutter in Vollzeit und der Vater in Teilzeit ist nur bei 1,4 Prozent der Paare verbreitet. Bei Paaren mit Kindern unter 15 Jahren sind nur in rund 15 Prozent der Fälle beide Elternteile in Vollzeitbeschäftigung zu finden (vgl. Statistik Austria 2024e).



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Erstellt am 25.09.2024. – ILO Konzept.

Abbildung 4: Erwerbsbeteiligung von Paaren mit Kindern unter 15 Jahren 2023 – in Prozent.

Zu analysieren bleibt nun, ob Opportunities – laut Berghammer (2014) die eigene Bildung und Präferenzen – oder Push-Faktoren (das Einkommen des Partners) verantwortlich sind für die Erwerbsbeteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt (vgl. Berghammer 2014: 614 ff.). Hinzufügen lässt sich diesen externen Push-Faktoren noch die bereits angesprochene Infrastruktur im Pflege- und Betreuungsbereich, die häufig nicht ausreichend vorhanden ist und Müttern die „Entscheidung“ über ihre Erwerbstätigkeit (unfreiwillig) abnimmt. Mehr dazu in Kapitel 4.

Den Folgen der in diesem Kapitel beschriebenen Entwicklungen am Arbeitsmarkt und in Familiendynamiken sowie der Frage der „Freiwilligkeit oder Unfreiwilligkeit“ von Teilzeitarbeit widmet sich das folgende Kapitel.

3.2 Zwischen Selbst- und Fremdbestimmung

All diese Entwicklungen und wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Faktoren führten zu einer sich wandelnden Auffassung von Arbeitsleistung und damit zu einer veränderten Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen. Diese Einbindung in zwei unterschiedliche Arbeitswelten – der privaten und öffentlichen Arbeit – brachte und bringt verschiedenste Formen der Belastung, Herausforderungen und Auswirkungen mit sich. Diese können sich sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene äußern.

Gabriele Winker beschreibt das beispielsweise im Konzept der „Prekarisierung“. Diese ist als ein Prozess zunehmender Verunsicherung zu fassen, welcher dem Kapitalismus inhärent ist. Das kann sich wirtschaftlich, finanziell und emotional äußern. Dabei ist die Prekarisierungsdebatte meist erwerbszentriert (vgl. Winker 2010: 166 ff.). Es zeigt sich, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse bereits im fordistischen System zu Lebensverläufen gehörten – und hier vor allem auch zu weiblichen Erwerbsbiografien. Grund war immer schon die ungleiche Verteilung von Reproduktions-, Care- und Erwerbsarbeit. Neoliberale Tendenzen veränderten allerdings die Auffassung von Arbeitskraft grundlegend. Auch die Bedingungen der Reproduktionsarbeit änderten sich und es kam zu Prekarisierungsprozessen sowie zu einer Doppelbelastung von Frauen, da die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen vor allem im Bereich der Teilzeitarbeit stattfand und stattfindet (vgl. Winker 2010: 166 ff.). Winker stellt sich zudem die Frage, inwieweit auf der symbolischen Repräsentationsebene Verzerrungen in politischen und wirtschaftlichen Diskursen hinsichtlich der Prekarisierungsprozesse stattfinden (vgl. Winker 2010: 178ff.). Dieser Aspekt soll auch im empirischen Teil dieser Masterarbeit untersucht werden.

3.2.1 Doppelte Belastung der Frau (Regina Becker-Schmidt)

Die Soziologin Regina Becker-Schmidt prägt mit ihrer Theorie zur „Doppelten Vergesellschaftung der Frau“ den Diskurs um geschlechterspezifische Ungleichheiten in Alltag und der Arbeitswelt. Diese baut auf Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und auf gesellschaftlicher Ordnung auf (vgl. Binner & Décieux 2023: 32 f.). Mit dem Begriff der „Doppelten Vergesellschaftung“ beschreibt sie das Verrichten von Tätigkeiten und Betreuungsaufgaben im Privaten sowie die Erwerbsarbeit, was zur Folge hat, dass Frauen in zwei soziale Tätigkeitsfelder eingebunden sind (vgl. Becker-Schmidt 2008: 68 f.). Diese zwei Sphären entwickelten sich ab der Industrialisierung und der damit verbundenen Trennung

zwischen Arbeitsplatz und Wohnraum heraus (vgl. Binner & Décieux 2023: 32 f.). Die unterschiedlichen Strukturen und Rollenerwartungen bewirken, dass sich Frauen je nach Arbeit entsprechend orientieren müssen, was belastend sein kann (vgl. Becker-Schmidt 2008: 68 f.). Während Produktionsarbeit bzw. Erwerbsarbeit in der Gesellschaft einen hohen Stellenwert einnimmt, bleibt weitgehend ungeachtet, dass Reproduktionsarbeit – die überwiegend Frauen leisten – ein grundlegender und unverzichtbarer Bestandteil der kapitalistisch organisierten Gesellschaft ist. Denn erst durch sie wird Arbeitskraft hervorgebracht und damit ihre Reproduktion überhaupt möglich (vgl. Binner & Décieux 2023: 32 f.).

Diese doppelte Einbindung in zwei unterschiedliche Sphären führt laut Becker-Schmidt auch zu einer doppelten Diskriminierung von Frauen. Zum einen wird Frauen der Zugang zum Arbeitsmarkt durch ihre „Verpflichtungen“ im Haushalt erschwert, zum anderen werden diese Tätigkeiten zusätzlich als geringer bewertet. In weiterer Folge – und das ist für das Verständnis, warum sich diese Ungleichheiten reproduzieren von Bedeutung – schreibt sich diese „geschlechtliche Arbeitsteilung“ in gesellschaftliche Wertvorstellungen, Institutionen und soziale Systeme ein. Dass der Arbeitsmarkt oder sozialstaatliche Sicherungssysteme auf diesen „Diskriminierungen“ aufbauen, ist einerseits diesen hartnäckig bestehenden Rollenzuschreibungen, andererseits fortwährend reproduzierter Muster geschuldet (vgl. Binner & Décieux 2023: 31 ff.). Es liege nun an politischen Entscheidungsträgern und auch am Bildungssystem, diese Zweipoligkeit der Arbeitswelten – die vor allem eine weibliche ist – nicht als gegeben hinzunehmen, sondern zu hinterfragen und folglich aufzulösen (vgl. Starke 1964: 140). Die Basis bzw. der Nährboden für diese Ungleichheit ist allerdings ein „gesellschaftlich getragenes Normensystem“, das auf patriarchalen Mustern aufbaut (vgl. Binner & Décieux 2023: 31 ff.). Becker-Schmidts Überlegungen zufolge profitiert die Gesellschaft von der Reproduktion der weiblichen Rollenmuster, denn die Hausarbeit und Care-Work wird weiterhin kostengünstig oder unbezahlt von Frauen übernommen (vgl. Becker-Schmidt 2008: 72 f.). Ein Auflösen bestehender Muster wird dadurch erschwert.

Als Folge feministischer Bewegungen ab den 1970er Jahren ist für viele Frauen die berufliche Selbstverwirklichung fester Bestandteil des persönlichen Lebenslaufs. Wie bereits thematisiert wurde, sind es aber auch ökonomische Zwänge, wie eine unsichere Altersversorgung oder die Notwendigkeit eines zweiten Familieneinkommens, welche Frauen dazu veranlassen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. In weiterer Folge führt diese doppelte Einbindung zu Stress, Verzicht und Kompromiss in beiden Lebensbereichen. Aus diesen unterschiedlichen Aspekten

ergibt sich, dass Fremd- und Selbstbestimmung in einem andauernden Aushandlungsprozess stehen (vgl. Becker-Schmidt 2008: 68 f.).

3.2.2 Habitus und männliche Herrschaft (Pierre Bourdieu)

Auch der französische Soziologe Pierre Bourdieu thematisiert in seinem Werk „Die männliche Herrschaft“ („La domination masculine“, 1990) die Rolle von Frauen in der Arbeitswelt und die damit verbundenen sozialen Mechanismen. Er bezieht sich dabei allerdings auf Frankreich, was im Zuge der Auseinandersetzung mit seiner Theorie berücksichtigt werden muss. Im Fokus der Analyse stehen die gesellschaftlichen Strukturen, die dazu führen, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden und die Frage, wie Geschlechterungleichheit und patriarchale Strukturen die Chancen und Erfahrungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen (vgl. Bourdieu 1990: 8 ff.). Zentral ist – und das arbeitet auch Becker-Schmidt in ihren Theorien heraus – inwiefern und inwieweit das *Geschlecht* trotz Individualisierung und sozialer Unterschiede Gesellschaft (bipolar) strukturiert und Individuen einen gewissen Status und soziale Position zuweist (vgl. Becker-Schmidt 2008: 65 f.). Denn das sozialisierte Individuum steht der Gesellschaft nicht gegenüber, sondern ist vielmehr eine ihrer Ausdrucksformen (vgl. Bourdieu 1990: 8 ff.). In der „Vergesellschaftung“ von Individuen ist demnach das Geschlechterverhältnis von zentraler Bedeutung und die Grundlage gesellschaftlicher Ordnung und Herrschaft (vgl. Becker-Schmidt 2008: 65 f.). Ein zentrales Argument in Bourdieus Theorie ist, dass Geschlechterungleichheit in tief verwurzelten sozialen Strukturen, im Habitus und Symbolen verankert ist (vgl. Bourdieu 1990: 8 ff.). Auch Becker-Schmidt konstatiert, dass die Doppelorientierung im Arbeitsalltag von Frauen dem Habitus geschuldet ist, welcher die Reproduktionskultur formt und die Hausarbeit weiterhin Frauen zuschreibt (vgl. Becker-Schmidt 2008: 68 f.).

Mit Habitus meint Bourdieu „zugleich Prinzip der Erzeugung objektiv klassifizierbarer Praktiken und System der Klassifikation dieser Praktiken“⁶ (Bourdieu 1979: 190). Im Zusammenspiel dieser zwei Aspekte erschafft sich der soziale Raum mit unterschiedlichsten Lebensstilen und Geschmäckern – basierend auf den tief verinnerlichten, sozial erzeugten Dispositionen (vgl. Bourdieu 1979: 190). Der Habitus ist als „structure structurée“ (= strukturierte Struktur) *Produkt* gesellschaftlicher Bedingungen wie Klasse oder Geschlecht und

⁶ Original: „à la fois *principe générateur* de pratiques objectivement classables et *système de classement* de ces pratiques » (eigene Übersetzung).

durch Sozialisation geformt. Zugleich ist der Habitus aber als „structure structurante“ (= strukturierende Struktur) auch *Produzent* von Wahrnehmung, Bewertung und Handlung – und damit maßgeblich dafür verantwortlich, wie Individuen handeln und denken (Bourdieu 1979: 191)⁷. Entscheidend ist demnach der sozialkonstruktivistische Ansatz, der besagt, dass unsere Gesellschaft sozial geformt ist und nicht passiv oder natürlich gegeben ist – auch, wenn sich das durch die verinnerlichten Norm- und Wertvorstellungen so anfühlen mag (vgl. Bourdieu 1980: 87 f.) Nach Bourdieu lassen sich darum auch geschlechterspezifische Zuschreibung und in weiterer Folge Rollenerwartungen sowie geschlechtergetrennte Arbeitsteilung als Ausdruck des Habitus verstehen:

„Die Definition des eigenen Körpers, als gelebte Grundlage der Naturalisierung, ist selbst Ergebnis eines umfassenden sozialen Konstruktionsprozesses – insbesondere in seiner geschlechtlichen Dimension“⁸ (Bourdieu 1990: 14).

Darum ist auch das, was als „typisch weiblich“ oder „typisch männlich“ klassifiziert ist, Ausdruck sozialer Struktur und im Zuge der Sozialisation verinnerlicht. Institutionen, Familie, Bildungssysteme oder Medien können diese Denkmuster verstärken, sie werden verinnerlicht, reproduziert und als „selbstverständlich“ wahrgenommen (vgl. Bourdieu 1980: 96 ff.). Und das funktioniert, da der Habitus, wie bereits beschrieben, Verhaltensweisen erzeugt, die die gesellschaftliche Geschlechterordnung reproduziert, ohne, dass das als Zwang wahrgenommen wird. Bezieht sich diese „Ordnung“ nicht unmittelbar auf beispielsweise Geschlechterrollen, sondern auf Wertvorstellungen, so kann das auch positiv bewertet werden: Das System baut auf Erwartungen und Erwartungshaltungen auf und schafft dadurch auch Stabilität.

Wie Bourdieu (1980) zeigt, ist der Habitus ein „dauerhaft wirksames Prinzip geregelter Improvisationen“ (1980: 96). Institutionen speichern diese gesellschaftlichen Erwartungen – so auch in Bezug auf Geschlechterrollen – was wiederum durch den Habitus und in weiterer Folge durch alltägliche Praktiken reaktiviert und reproduziert wird.

So schreibt Bourdieu:

⁷ Original : „Structure structurante, qui organise les pratiques et la perception des pratiques, l’habitus est aussi structure structurée“ (eigene Übersetzung).

⁸ Original: „La définition du corps propre, support vécu du travail de naturalisation, est en effet le produit de tout un travail social de construction, dans sa dimension sexuelle notamment“ (eigene Übersetzung).

„Das Eigentum eignet sich seinen Eigentümer an, indem es sich in ihm verkörpert in der Form einer Struktur, die Praktiken hervorbringt, die vollkommen seiner eigenen Logik und seinen Anforderungen entsprechen“⁹ (Bourdieu 1980: 96).

Mit „Eigentum/ Eigentümer“ meint Bourdieu hier soziale Positionen/ Eigenschaften bzw. das Subjekt, das durch eben diese geprägt ist. Was beispielsweise Institutionen als Wert oder Sinn objektivieren, wird durch den Habitus im Alltag gelebt (vgl. Bourdieu 1980: 96 ff.). So tragen Männer und Frauen zur Reproduktion dieser sozialen Ordnung bei, die zwar auf gesellschaftlichen Wert- und Normvorstellungen aufbaut, sich oftmals als scheinbar individuell bestimmbar zeigt, tatsächlich, aber strukturell geformt und vermittelt ist. Beziehen wir dieses Zitat auf das Thema Teilzeitarbeit, so zeigt sich Folgendes: Die Entscheidung zur Teilzeitarbeit scheint auf den ersten Blick individuell getroffen (und so oftmals auch in Medien oder Statistiken dargestellt), tatsächlich ist sie Ausdruck eines geschlechtlich geprägten Habitus, der durch das soziale Umfeld und Institutionen geformt und reproduziert wurde und wird.

Auch Becker-Schmidt baut ihre Theorie der „Doppelten Vergesellschaftung“ auf diesem sozialkonstruktivistischen Ansatz auf. Laut Becker-Schmidt ist die vergesellschaftlichte Sozialisation von Frauen durch Geschlecht und soziale Herkunft bestimmt – Faktoren, die Gesellschaft ordnen. Das bedeutet, Aspekte wie die persönlichen Antriebe oder die Positionierung im gesellschaftlichen System bzw. im persönlichen Umfeld ist Teil dieser Sozialisierungsprozesse und damit von Fremd- und Selbstbestimmung getrieben. Becker-Schmidt konstatiert, dass sich in weiblichen Lebensläufen sowohl die Anpassung an kulturelle Wertvorstellungen hinsichtlich der Geschlechterordnung – welche, wie bereits beschrieben, auf Kompromissen bauen – als auch persönliche Entscheidungen bzw. individuelle Lebensentwürfe oft widersprechen. Das Akzeptieren der Diskrepanz in Lebensentwürfen ist eher bei Frauen als bei Männern zu finden. Denn Frauen fällt es leichter, männlich dominierte Felder zu beschreiten als umgekehrt (vgl. Becker-Schmidt 2008: 68 f.).

Individuum und Gesellschaft bedingen sich und stellen sich demnach gegenseitig durch soziale Praktiken her. Somit führt die Geschlechterordnung auch dazu, dass die Verteilung von Ressourcen und Kapital sich auf die Positionen und Chancen von Frauen in der Arbeitswelt auswirken. Ein zentrales Konzept, das Bourdieu in diesem Zusammenhang verwendet, ist das

⁹ Original: « Principe générateur durablement monté d'improvisation réglées, l'habitus comme sens pratique opère la réactivation du sens objectivé dans les institutions (...) La propriété s'approprie son propriétaire, en s'incarnant sous la forme d'une structure génératrice de pratiques parfaitement conformes à sa logique et à ses exigences » (eigene Übersetzung).

der „symbolischen Gewalt“. Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind demnach im Zuge der Sozialisation als etwas vollkommen Natürliches in den Habitus übergegangen. Eben diese alltäglichen Selbstverständlichkeiten von Denk- und Handlungsmustern drücken die indirekte Zustimmung zur Reproduktion der männlich dominierten sozialen Ordnung aus. Bourdieus These besagt, dass sowohl die beherrschten Frauen als auch die beherrschenden Männer Machtverhältnisse in ihren habituellen Praktiken und Denkweisen reproduzieren. Gesellschaftliche Normen und Vorstellungen von Geschlecht stellen eine Art unsichtbare Macht dar, die die Entscheidungen und Handlungen von Individuen beeinflusst und sie in bestimmte Rollenmuster zwingt. Diese symbolische Gewalt wirkt sich auch auf den Arbeitsmarkt aus und führt dazu, dass Frauen in bestimmten Branchen und Positionen unterrepräsentiert sind (vgl. Bourdieu 1990: 8 ff.).

Bourdieu hat sich in weiterer Folge auch mit der Unterscheidung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit auseinandergesetzt. Er betont, dass diese Unterscheidung eine wichtige Dimension sozialer Ungleichheit darstellt und eng mit Geschlechterrollen und Machtverhältnissen verbunden ist. Männliche Arbeit ist dabei höher bewertet als weibliche. Diese Wertschätzung ist in gesellschaftlichen Vorstellungen und Symbolen verankert, die bestimmte Formen der Arbeit als produktiver, professioneller und wertvoller betrachten, während andere als weniger wichtig oder weniger wertvoll angesehen werden. Die Arbeit, die im öffentlichen Raum sichtbar ist und einen marktwirtschaftlichen Wert hat, ist mit einem höheren sozialen Status verbunden. Auf der anderen Seite gibt es unbezahlte Arbeit, wie Hausarbeit, Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen, die traditionell als „Frauenarbeit“ betrachtet wird. Diese Art von Arbeit findet oft im privaten Raum statt und wird von der Marktwirtschaft nicht erfasst (vgl. Bourdieu 1990: 8 ff.). Wird Arbeit wie Kinderbetreuung in den Arbeitsmarkt „ausgelagert“, so zeigt sich, dass in diesem Bereich überwiegend Frauen tätig sind. So wurde im Studium der Elementarpädagogik in Österreich im Jahr 2022/2023 ein Frauenanteil von über 97 Prozent verzeichnet (vgl. Bergmann et al. 2024: 10). Diese übermäßige Beschäftigung von Frauen in dieser Branche resultiert auch daraus, dass die Ausbildung lange Zeit Frauen vorbehalten war. Die Zuweisung von Sorgetätigkeit an weibliche Arbeitskräfte wurde hier also aus dem Privaten auch in den Arbeitsmarkt übertragen (vgl. Binner & Décieux 2023: 37).

4 Die Frage der Freiwilligkeit

Der Habitus erzeugt als scheinbar natürliche, verinnerlichte soziale Struktur geschlechterspezifische Arbeitsteilung. Das drückt sich auch in gewissen Erwartungshaltungen im alltäglichen Leben – so zum Beispiel in Rollenerwartungen – aus. Diese äußern sich auf der gesellschaftlichen Ebene, in dem Wertvorstellungen normative Muster erzeugen, aber auch auf der individuellen Ebene, in psychischer Belastung (Mental Load), ungleicher Arbeitslast oder einer unzureichenden Balance in Erwerbs- und Care-Arbeit. Bourdieus Habitus-Konzept und seine Theorie der „Männlichen Herrschaft“ ist für diese Masterarbeit dahingehend bedeutend, als sie die strukturellen Mechanismen, die zur Unfreiwilligkeit von Teilzeitarbeit für Frauen führen, beleuchtet. Denn es sind laut Bourdieu gesellschaftliche Normen, Geschlechterrollen und Erwartungen, die Frauen eher Sorgeverantwortung zuordnen (vgl. Bourdieu 1990). Die Theorie zeigt, wie gesellschaftliche Strukturen Geschlechterungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt aufrechterhalten, die Entscheidungen von Frauen beeinflussen und zur (Un)freiwilligkeit von Teilzeitarbeit führen können.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt nicht nur Frauen und Familien vor Herausforderungen, sondern auch Wirtschaft und Politik. Eine Vielzahl von Interessen und Perspektiven treffen hinsichtlich dieser Thematik aufeinander und zeigen sich auch im medialen Diskurs, der im empirischen Teil dieser Arbeit genauer beleuchtet werden soll. In den folgenden Kapiteln sollen zunächst die strukturellen Faktoren, welche Teilzeitarbeit bei Frauen in Österreich begünstigen, betrachtet werden.

4.1 Wohlfahrtsstaatliche Rahmenbedingungen

Wie bereits in Kapitel 2.2 erläutert wurde, liegen der geschlechterungleichen Verteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit weniger individuelle Gründe, sondern vielmehr auch gesellschaftliche Strukturen zu Grunde. Nun stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen die individuellen Entscheidungen im Lebenslauf getroffen werden? Wie gestalten sich die arbeitsrechtlichen Vorgaben, sozialversicherungsrechtlichen Folgen oder die ökonomischen Auswirkungen auf die individuelle Erwerbsbiografie? Nicht zuletzt stellt sich die Frage – und diese ist auch statistisch gesehen sehr entscheidend – wie sich die infrastrukturellen Bedingungen hinsichtlich der Kinderbetreuung und Pflege in Österreich äußern.

Im Folgenden werden daher die institutionellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen von Teilzeitarbeit in Österreich erläutert und aufgezeigt, inwiefern diese die bestehenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern reproduzieren oder mindern.

4.1.1 Sozialstaat und Arbeitsmarkt in Österreich

An der Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse lässt sich ableiten, welches Verständnis des Sozialstaates bzw. der Sozialpolitik eines Landes vorherrschend ist. Denn grundsätzlich stellt es die Verbindung zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und dem Sozialstaat dar (vgl. Flecker 2017: 79 f.). Die Wohlfahrtsstaatlichkeit gibt den sozialen Rahmen für Staatsbürgerrechte. Sie schafft Alternativen der sozialen Absicherung und ist ein komplexes System, „das institutionelle Regelungen für Standardrisiken unterschiedlichster Art“ (Butterwegge 2018: 19) erfasst. Das bedeutet, Menschen sind nicht allein von ihrer Aktivität am Arbeitsmarkt abhängig, sondern „konsumieren“ alternative Absicherungen wie etwa Familienleistungen (vgl. Butterwegge 2018: 22 ff.). So ist beispielsweise auch das Normarbeitsverhältnis je nach Rechtssystem und Interessensaushandlung unterschiedlich definiert – mit mehr oder weniger Eingriff der staatlichen Hand (vgl. Flecker 2017: 79 f.). Esping-Andersen (1999) unterscheidet in seinen Theorien drei Wohlfahrtsstaatsmodelle: den liberalen Wohlfahrtsstaat in den angelsächsischen Ländern, den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat in Skandinavien und den konservativen oder korporatistischen Wohlfahrtsstaat in den kontinentaleuropäischen Ländern (vgl. Esping-Andersen 1999: 74 ff.).

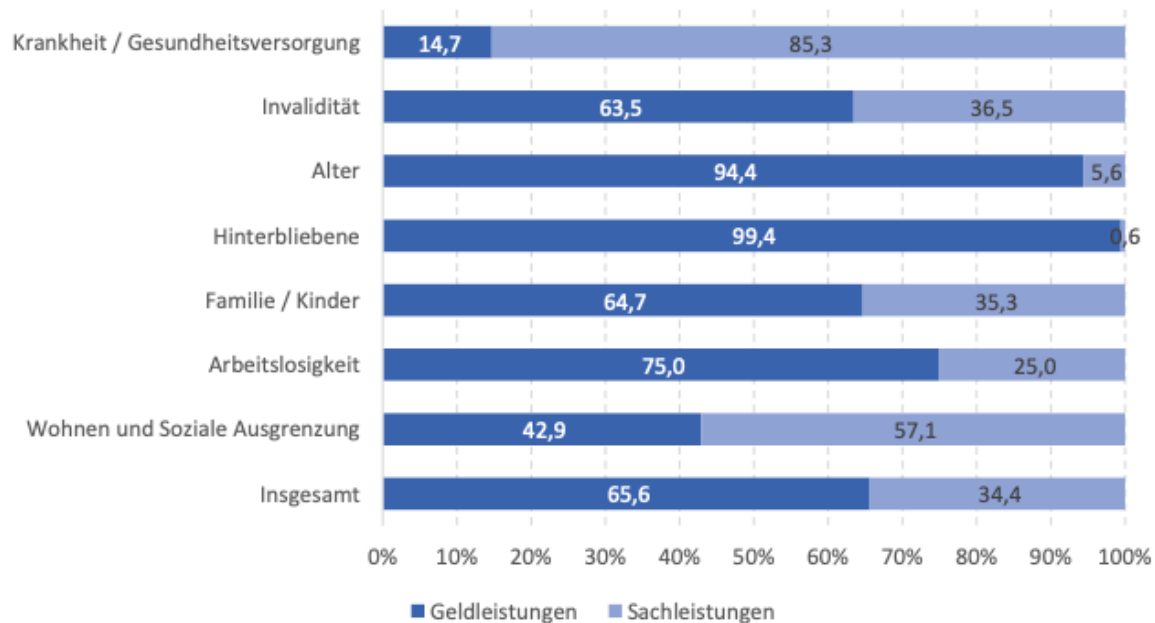
Die Art und Weise, wie Sozialstaaten ausgestaltet sind, ist von der jeweiligen Sozialpolitik und dem Verständnis von „sozialer Schichtung“ abhängig. Damit wirkt der Wohlfahrtsstaat einerseits korrigierend auf gesellschaftliche Ungleichheiten, andererseits gibt er durch die Art und Weise seiner Ausgestaltung auch eine soziale Ordnung bzw. ein gesellschaftliches System vor (vgl. Butterwegge 2018: 23 ff.). Somit wird die Relation zwischen Markt, Staat und Individuen (und ihre Systeme, wie beispielsweise Familien) aktiv gestaltet und in unterschiedlichster Ausprägung gleichzeitig auf Ungleichheiten reagiert (vgl. BM f. Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz 2018: 19 ff.).

Eine zentrale Charakteristik des *konservativen Wohlfahrtsstaates* nach Esping-Andersen – wie er den Sozialstaat in Österreich definiert – ist beispielsweise, dass Steuern und Sozialleistungen sehr familienbezogen sind und das konservative Modell des männlichen Familienernährers fördern (vgl. Esping-Andersen 1999: 65 f.; 81 ff.). Zudem sind Versicherungsleistungen, wie

das Arbeitslosengeld und die Pension vom jeweiligen Erwerbseinkommen abhängig (vgl. Flecker 2017: 79 f.). Bei einem Monatseinkommen über der Geringfügigkeitsgrenze (551,10 Euro, Stand 2025) ist man in Österreich vollversichert. Das bedeutet, man ist kranken-, unfall-, pensions- und arbeitslosen pflichtversichert (vgl. Arbeiterkammer 2025: 18 ff.). Während man bei Teilzeitbeschäftigung in der Kranken- und Unfallversicherung gleich wie Normalarbeitsbeschäftigte versichert ist, hat Teilzeitarbeit allerdings Einfluss auf die Höhe des Arbeitslosengeldes und auf die Pensionshöhe. So setzt sich das Arbeitslosengeld aus dem Grundbetrag, also 55 Prozent des täglichen Nettoeinkommens, und etwaigen Familienzuschlägen oder Ergänzungsbeträgen zusammen (vgl. oesterreich.gv.at 2025). Auch für die Höhe der Alterspension wird in Österreich das beitragspflichtige Einkommen und die Versicherungsdauer als Berechnungsgrundlage herangezogen (vgl. Statistik Austria 2024b). Für die Berechnung der Pension wird bis zum Jahr 2028 der Durchrechnungszeitraum schrittweise auf 40 Jahre erhöht. Bisher wurden die einkommensstärksten 15 Jahre für die Berechnung herangezogen (vgl. Arbeiterkammer 2025: 18 ff.). Je nach Aktivität am Arbeitsmarkt wirkt sich das positiv oder negativ auf die Pensionshöhe aus. Allgemein lässt sich sagen, dass der Unterschied zwischen den Geschlechtern beträchtlich ist. Darauf macht auch der Equal Pension Day aufmerksam: Am 7. August 2025 hatten Männer in Österreich im Durchschnitt bereits so viel Pension bezogen, wie Frauen erst bis zum Jahresende erhalten würden. Die durchschnittliche Frauenpension liegt bei 1.527 Euro, während Männer im Schnitt 2.535 Euro Pension erhalten. Erstmals lag heuer der Pensionsunterschied mit 39,7 Prozent unter der 40 Prozent Marke (vgl. staedtebund.gv.at 2025).

Neben der Ausgestaltung von Arbeitsverhältnissen muss auch analysiert werden, wofür und in welcher Weise in Österreich Sozialleistungen ausgegeben werden – beeinflusst die Ausgestaltung des Sozialstaates doch maßgeblich, wie Chancengleichheit gefördert und soziale Ungleichheit gemindert wird. Entscheidend ist also nicht nur *wie viele*, sondern *welche* Leistungen erbracht werden. Die Sozialquote in Österreich liegt bei 30,9 Prozent (2023) und meint den Anteil des Bruttoinlandsprodukts, der für Sozialausgaben ausgegeben wird. Diese Ausgaben wirken ausgleichend, bündeln also alle öffentlichen wie privaten Interventionen, die auf Belastungen durch bestimmte Risiken reagieren. In Österreich umfassen diese Sozialleistungen vor allem Pensionen (45,5 Prozent), Krankenversicherung (28,1 Prozent), Familienleistungen (8,8 Prozent) und Arbeitslosigkeit (4,6 Prozent) für das Jahr 2023 (vgl. Statistik Austria 2024c). Sozialleistungen sind zudem an Versicherungsleistungen wie die Pensions- und die Arbeitslosenversicherung gekoppelt. In Österreich entfallen etwa zwei

Drittel der Sozialleistungen auf Geldleistungen (z.B. Einkommensersatz bei Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit) und ein Drittel auf Sachleistungen (z.B. Kinderbetreuung) (vgl. BM f. Soziales 2024: 20 ff.).



Quelle Statistik Austria, Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS), Stand: 22.11.2024.

Abbildung 4: BM f. Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2024): 21, Prozentanteile der Ausgaben für Geld- und Sachleistungen nach Funktionen in Österreich 2023.

Ausgehend von diesen Zahlen wird sichtbar, dass Leistungen in der Gesundheitsversorgung mehrheitlich Sachleistungen sind. Auch Unterstützung im Bereich Wohnen liegt – in der Natur der Sache – mehrheitlich im Sachleistungsbereich. Aus dieser Statistik geht allerdings auch hervor, dass etwa zwei Drittel der Leistungen für Familien/ Kinder Geldleistungen und etwa ein Drittel Sachleistungen sind. Unterstützung in der Care-Arbeit wird also weniger mittels Kinderbetreuungsangebot, sondern eher mit Geldleistungen subventioniert. Laut Arbeiterkammer würde eine Fokussierung auf Sachleistungen positive Auswirkungen auf den Ausbau der Kinderbetreuung und Bildung bringen (vgl. Arbeiterkammer 2016: 19). Wie sich diese ungleiche Verteilung von Sach- und Geldleistungen auf die institutionellen Angebote in der Kinderbetreuung und Pflege auswirkt, wird in Punkt 4.2 genauer erläutert.

Grundsätzlich zeigen Statistiken, dass Sozialleistungen eine Armutsgefährdung verringern. Die EU-SILC zeigen beispielsweise für das Jahr 2016, dass für 45 Prozent der Haushaltseinkommen

(Erwerbseinkommen und private Einkünfte) eine Armutsgefährdung vorliegen würde. Durch das Einwirken von Sozialleistungen und Pensionen liegt dieser Anteil bei 14 Prozent (vgl. BM f. Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz 2018: 18). Für das Jahr 2024 lag laut EU-SILC die Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich bei rund 16,9 Prozent (vgl. Statistik Austria 2025b).

4.1.2 Ein feministischer Blick auf das sozialstaatliche Sicherungssystem

Wohlfahrtsstaatliche Systeme reagieren auf die kapitalistische Marktlogik, um das soziale Gefüge nicht in Schieflage zu bringen. Doch wirken sie auch der unbezahlten Sorgearbeit und damit den Herausforderungen von Frauen am Arbeitsmarkt entgegen? Zunächst lässt sich sagen, dass Care- und Reproduktionsarbeit grundlegend für das kapitalistische System sind, sorgen sie doch für seine Aufrechterhaltung. Denn schließlich ist die „Reproduktion der Arbeitskräfte für die kapitalistische Akkumulation überlebenswichtig und sichert gleichzeitig deren Lebensgrundlage“ (Winker 2010: 173).

Das wohlfahrtsstaatliche System wirkt einerseits Ungleichheiten entgegen. Unterschiede in den Lebensstandards, beispielsweise zwischen Arbeiter:innen und Angestellten oder Männern und Frauen, werden durch gezielte Sozialpolitik – und eben nach Art und Weise deren Ausrichtung – aufrechterhalten (vgl. Flecker 2017: 79 f.). Sozialpolitische Entscheidungen haben damit auch eine unmittelbare Auswirkung auf die Erwerbsbiografie von Frauen. In den letzten Jahrzehnten kam es durch neoliberale Trends zur Reduktion sozialpolitischer Einwirkung in den Arbeitsmarkt und damit zum Rückgang wohlfahrtsstaatlicher Absicherung, zur Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse sowie zur „Destabilisierung des Normalarbeitsverhältnisses“ (vgl. Winker 2010: 176 f.). Prekäre Arbeit meint überwiegend Personen in Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung (vgl. Altreiter & Atzmüller 2023: 20 ff.)

In Österreich waren im Jahr 2024 rund 37 Prozent der unselbständig Erwerbstätigen atypisch beschäftigt. Wie Erhebungen der Statistik Austria zeigen, befinden sich in Österreich vor allem Frauen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen (vgl. Statistik Austria 2025a: 23 ff.).

Unselbständig Erwerbstätige nach Beschäftigungsform (standard, atypisch) in der Haupttätigkeit, Jahresdurchschnitt 2024 – in Prozent

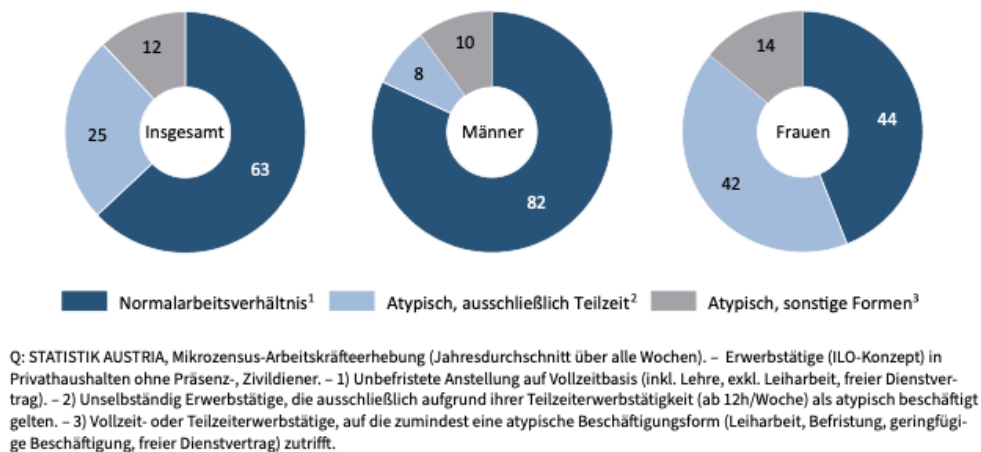


Abbildung 5: Statistik Austria 2025a, Unselbständig Erwerbstätige n. Beschäftigungsform.

Rund 42 Prozent entfallen bei Frauen auf Teilzeitbeschäftigung, während das bei Männern nur ca. 8 Prozent ausmachen. Insgesamt arbeitet der Großteil der unselbständig Erwerbstätigen – nämlich 63 Prozent – im Normalarbeitsverhältnis (vgl. Statistik Austria 2025a: 23 ff.). Deutlich geht allerdings hervor, dass das nur bei Männern die dominierende Erwerbsform ist. Der Grund hierfür ist – wie in Kapitel 2.2.3 bereits genauer erläutert – die fehlende Betreuungsmöglichkeit von Kindern und die notwendige Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen.

Feministische Theorien, wie die von Susanne Schunter-Kleemann (1992), konstatieren, dass die mitteleuropäische Wohlfahrtsstaatstruktur die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern festschreibt und reproduziert. Neben der hierarchischen Begünstigung von Männern, wird durch Familienleistungen auch das traditionelle Familienbild gestärkt (vgl. Butterwegge 2018: 90 ff.). Chancen für alternative Lebensentwürfe von Frauen oder andere Formen von Familien werden dadurch benachteiligt, das aber auf subtile Art und Weise, wie Heidi Reinl (1997) erläutert:

„Vor dem Hintergrund einer formalen Gleichberechtigung der Geschlechter, wie sie das wohlfahrtsstaatliche Modell garantiert, entfaltet in der bestehenden Konstruktion sozialstaatlicher Regulierung nur das Muster der männlichen Normalbiographie handlungsleitende Kraft. Die von dieser Normalitätsannahme abweichenden Lebenslagen von Frauen zwischen Erwerb und Familie bleiben unbeachtet“ (Reinl 1997: 116; zit. n. Butterwegge 2018: 91).

Prekäre Arbeitsbedingungen – wie sie in Österreich überwiegend Frauen betreffen – bringen in weiterer Folge auch prekäre Lebensbedingungen hervor. Reinl konstatiert in diesem

Zusammenhang zwei Formen von Armutsrisiken für Frauen: Erstens sind sie am Arbeitsmarkt oft schlechter gestellt und erzielen – beispielsweise durch Teilzeitarbeit – weniger Einkommen. Zweitens sind sie durch sozialpolitische Regelungen, welche eben das traditionelle Familienbild fördern, benachteiligt. So sind Frauen oft vom Haupternährer der Familie versicherungsrechtlich abhängig (vgl. Butterwegge 2018: 90 ff.). Wie eine Studie im Auftrag der Caritas Österreich zeigt, ist jede dritte nicht-alleinlebende Frau in Österreich ohne ein weiteres Einkommen im Haushalt armutsgefährdet. Mit Kindern erhöht sich dieses Risiko. Strukturelle Gründe, wie beispielsweise die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit, sind dafür verantwortlich. Sozialstaatliche Leistungen wirken diesem Risiko nicht genügend entgegen (vgl. Gasior 2025: 7 ff.). Der Sozialstaat ist damit an der Produktion weiblicher Armut beteiligt, wie auch Butterwegge konstatiert (vgl. Butterwegge 2018: 90 ff.).

4.2 Rahmenbedingungen für Erwerbsarbeit von Müttern und Handlungsempfehlungen

Ausgehend von der Darstellung des wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssystems in Österreich, soll folgend gezeigt werden, wie sich die infrastrukturellen Bedingungen hinsichtlich der Kinderbetreuung und Pflege in Österreich gestalten und in welche Richtung sich sozialpolitische Bestrebungen bewegen.

4.2.1 Institutionelle Rahmenbedingungen: Kinderbetreuung und Pflege

Die Benachteiligung von Frauen lässt sich laut Irene Dingeldey (2000) auf Basis unterschiedlicher Modelle für die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Care-Arbeit aufzeigen. Für Westeuropa zentral sind: das bereits erwähnte „Hausfrauenmodell der Versorgerehe“, das „Vereinbarkeitsmodell der Versorgerehe“ (Teilzeitarbeit der Mutter; Vater als Hauptversorger), das „Doppelversorgermodell mit öffentlicher Kinderbetreuung“ sowie das „Doppelversorgermodell mit partnerschaftlicher Kinderbetreuung“ (Dingeldey 2000: 36; zit. n. Butterwegge 2018: 91). Sozialstaatliche Sicherungssysteme sowie das Angebot und die Gestaltung von Kinderbetreuungseinrichtungen spielen bei der Ausgestaltung dieser Modelle eine zentrale Rolle (vgl. Butterwegge 2018: 91 ff.). Wie bereits in Kapitel 3.1.3 gezeigt wurde, überwiegt in Österreich bei knapp 50 Prozent der Familien mit Kindern unter 15 Jahren das „Vereinbarkeitsmodell der Versorgerehe“.

Die Werthaltungen gegenüber der Ausgestaltung des Familienlebens und das tatsächliche Angebot an staatlicher Kinderbetreuung beeinflussen sich wechselseitig. So werden in Österreich Familien bzw. Leistungen für Kinder überwiegend mit Geldleistungen anstatt Sachleistungen gefördert – wie in Kapitel 4.1.1 bereits aufgezeigt wurde. Das hat erhebliche Auswirkungen auf das Kinderbetreuungsangebot.

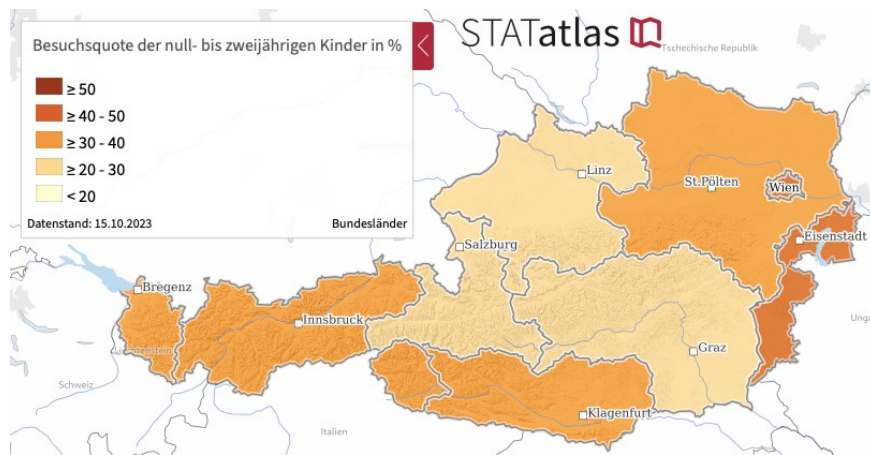


Abbildung 6: Statistik Austria 2025c, Besuchsquote der null- bis zweijährigen Kinder in Österreich in Prozent.

So liegt in Österreich für die Jahre 2023/2024 der Anteil der bis 5-jährigen Kinder-Einrichtungen, die Eltern Vollzeiterwerbstätigkeit ermöglichen, bei 59,1 Prozent. Das ergibt auch einen Anstieg von rund 15 Prozent gegenüber 2022/2023. Die Betreuungsquote bei bis zu zweijährigen Kindern liegt bei etwa 32,8 Prozent (vgl. Statistik Austria 2024d). Die höchsten Werte lassen sich für Wien (46,2 Prozent) und das Burgenland (40,3 Prozent) errechnen. Am niedrigsten ist die Quote in der Steiermark (20,8 Prozent) und in Oberösterreich (22,3 Prozent) (vgl. Statistik Austria 2025c). Die Ausgestaltung der Erwerbsarbeit von Vätern und Müttern ist damit stark vom Kinderbetreuungsangebot abhängig. „Echte Wahlfreiheit ist nur gegeben, wenn es genügend Betreuungsplätze gibt, die mit einer Vollzeittätigkeit vereinbar sind“ (Statistik Austria 2024).

Neben der regionalräumlichen Betrachtung der Kinderbetreuungssituation in Österreich, ist auch die Entwicklung im Zeitverlauf für eine Analyse essenziell. Es zeigt sich, dass die Betreuungsquote in allen Altersgruppen über den Zeitraum von 2014 bis 2023 gestiegen ist. Waren 2014 nur 1,7 Prozent der unter 1-jährigen Kinder fremdbetreut, so waren es 2023 doppelt so viele (3,4 Prozent). Der Anstieg der Kinderbesuchsquoten ist vor allem in den Alterskategorien der 1-Jährigen (von 19,9 auf 30,6 Prozent) und 2-Jährigen (von 49,7 Prozent auf 61,3 Prozent) zwischen 2014 und 2023 besonders deutlich (vgl. Statistik Austria 2025c).

Eine Studie von Eco Austria (2023) untersucht die Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Österreich und die Vereinbarkeit im internationalen Vergleich. Die Betreuungsmöglichkeit wird auch in dieser Studie als eine wichtige Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angesehen. Zu geschlechterspezifischen Ungleichheiten am Arbeitsmarkt komme es aufgrund der vermehrten Teilzeittätigkeit von Frauen. Um die Strukturen und Rahmenbedingungen der institutionellen Kinderbetreuung im internationalen Vergleich zu analysieren, wurde vom Institut für Wirtschaftsforschung 2021 ein Scoreboard-Indikator entwickelt. Eine aktuelle Erhebung macht deutlich, dass für Österreich weiterhin Aufholpotenzial besteht. Im internationalen Vergleich (EU-27 und Schweiz sowie Norwegen) erreichte Österreich nur Rang 20, konnte sich aber seit 2021 leicht verbessern. Im Vergleich ist allerdings die generelle Erwerbsquote – unabhängig vom Beschäftigungsausmaß – von Müttern in Österreich hoch. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass vor allem in den Betreuungsangeboten der unter Dreijährigen aufzuholen gilt. Zudem sollte die Vollerwerbstätigkeit von Müttern forciert werden, auch um Lohngefälle zu reduzieren. Der Schlüssel dazu sei ein effizienterer und effektiverer Ausbau der Kinderbetreuung (vgl. Köppl-Turyna 2023).

Auch Leistungen in der Altersversorgung sind in Österreich überwiegend an Geldleistungen gebunden. In Österreich wird mit ca. 80 Prozent der überwiegende Anteil der pflegebedürftigen Menschen zuhause betreut (oesterreich.gv.at 2025). Den Großteil dieser Pflegeleistungen übernehmen Angehörige und hier vor allem Frauen über 60 Jahre (vgl. gesundheit.gv.at 2024). Im Jahr 2024 waren 69 Prozent der pflegenden Angehörigen Frauen. In Wien sind zwei Drittel der pflegenden-angehörigen Frauen berufstätig (vgl. ig-pflege.at). Von staatlicher Seite heißt es: „Nur diese Pflege im Familienkreis ermöglicht umfassende Betreuung aller Pflegebedürftigen. Pflege ausschließlich durch professionelle Kräfte könnte sich der Staat nicht leisten“ (oesterreich.gv.at 2025). Dieses „traditionelle“ Pflegekonzept der familiären Pflege lässt sich auch deshalb scheinbar „problemlos“ umsetzen, weil die Pflege von Angehörigen im eigenen Zuhause als besonders human gilt. Dadurch, dass vor allem ältere Angehörige und hier vor allem Frauen diese Pflegeleistung übernehmen, wird die Erwerbstätigkeit, die ökonomisch von Bedeutung ist, nur gering belastet (vgl. Winker 2010: 177).

Von staatlicher Seite gibt es dabei Unterstützung wie das Pflegegeld, dieses liefert finanzielle Förderungen für die Hauptpflegerin/ den Hauptpfleger. Es ist auch dazu gedacht, professionelle

Pflegeunterstützung für die Pflege im Privaten zu finanzieren (vgl. oesterreich.gv.at 2025). Zahlen des zuständigen Bundesministeriums zeigen, dass ca. 70 Prozent der Pflegegeldbezieher:innen von Angehörigen im Privaten betreut werden – auch durch Hilfe mobiler Dienste. Rund 7 Prozent werden zuhause durch eine 24-Stunden-Betreuung gepflegt. Nur rund 20 Prozent der pflegebedürftigen Menschen leben in einer Pflegeeinrichtung. Statistisch gesehen ist die Zahl der möglichen pflegenden Angehörigen im Zeitverlauf im Sinken begriffen. Das hat demografische Gründe und liegt auch an der räumlichen Mobilität (vgl. if-pflege.at).

4.2.2 Politikempfehlungen zur Vermeidung unfreiwilliger Teilzeitarbeit

An der Sozial- und Familienpolitik liegt es nun, diesen gesellschaftlichen Mustern, die sich durch Teilzeitarbeit ergeben und in weiterer Folge individuell äußern, strukturell zu entgegnen. Wie sich das in Österreich darstellt, welche Herausforderungen noch bestehen und welche Handlungsempfehlungen sich ergeben können, wird im Folgenden aufgezeigt.

Der Arbeitszeitreport (2023) des gewerkschaftsnahen Momentum-Instituts zeigt eine Übersicht über die Arbeitszeiten der unselbständig Beschäftigten in Österreich. Die Erhebung macht deutlich, dass ein von Politik und Wirtschaft diskutiertes Anreizsystem, mehr in Erwerbsarbeit zu arbeiten, nur funktioniert, wenn Beschäftigte ihre Arbeitszeit frei wählen können,¹⁰ – es ist aber das Privileg einiger weniger. Es wird ersichtlich, dass Frauen die Hauptlast der Pflege übernehmen und daher lediglich in Teilzeit arbeiten können. Dreiviertel der unselbständig Teilzeitbeschäftigten würden laut Erhebung unfreiwillig einer Teilzeitarbeit nachgehen. Weder eine finanzielle Benachteiligung von in Teilzeit arbeitenden würde einen Effekt bringen – da sie sich unfreiwillig in Teilzeitarbeit befinden – noch unselbständig Beschäftigte in hohen Einkommensschichten – da diese bereits sehr gut verdienen (vgl. Sturn 2023).

Gleiche Finanzleistungen für Teilzeit- und Vollzeiterwerbstätige wird immer wieder auch angesichts wirtschaftlicher Herausforderungen in Frage gestellt.¹¹ In Österreich herrscht allerdings immer noch ein Ungleichgewicht in der Verteilung von Care- und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern. Zeitverwendungsstudien – wie in Kapitel 2.2 bereits erläutert –

¹⁰ Hager, Johanna; Hammerl Michael (14.02.2023): Kocher: „Dann gibt es weniger Grund für Sozialleistungen“. In: *Kurier*, URL: <https://kurier.at/politik/inland/kocher-dann-gibt-es-weniger-grund-fuer-sozialleistungen/402327540> (Zugriff: 20.02.2024).

¹¹ ebd.

machen das sichtbar. Wie kann dieser systemischen Ungleichheit von staatlicher Seite entgegengewirkt werden?

So liefert beispielsweise der VIF (Vereinbarkeitsindikator Familie und Beruf) einen Einblick, ob Vollzeit-Erwerbsarbeit und Familie sich in Zusammenhang mit Kinderbetreuungseinrichtungen gut vereinbaren lassen. Dieser Indikator wurde von der Arbeiterkammer entwickelt und wurde später auch in die sogenannte 15a-Vereinbarung einbezogen. Diese wird zwischen Bund und den Ländern beschlossen und regelt die Bundeszuschüsse für die Weiterentwicklung der Kinderbetreuung in Österreich. Entscheidend dabei ist, dass die Fördermittel an die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen gebunden sind. Die Förderung von VIF-Kinderbetreuungsplätzen ist dabei besonders hoch. Strenge Qualitätsstandards und Kriterien sind dafür Voraussetzung. Die Mindestöffnungszeit in der Woche beträgt 45 Stunden, an vier Tagen müssen dabei 9,5 Stunden geboten werden. Angepasst an den gesetzlichen Urlaubsanspruch von unselbständig Beschäftigten, darf die VIF-Einrichtung zudem nur fünf Wochen im Jahr geschlossen sein (vgl. oegb.at).

Der VIF-Indikator bezieht sich nur auf die Datenlage in Österreich. Um einen internationalen Vergleichswert in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu haben, wurde von Eco Austria ein Indikator entwickelt. Dieser zieht „Kennzahlen der institutionellen Kinderbetreuung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt und der Bildungsperformance im erweiterten EU-Ländervergleich von 29 Staaten“ heran (vgl. Köppl-Turyna & Graf 2023: 18.).

Es zeigt sich für das Jahr 2023, dass Österreich im unteren Drittel des Ländervergleichs liegt (siehe Abbildung 7). Aufholbedarf gibt es hierzulande vor allem bei der Betreuung von unter Dreijährigen. Zudem ist die Teilzeitquote für Mütter – auch über das betreuungspflichtige Alter der Kinder hinaus – für Österreich im Ländervergleich sehr hoch. Laut Erhebung wäre ein Ausbau der Betreuungsangebote für sehr junge Kinder sowie die Flexibilisierung der Angebote vor allem im ländlichen Raum für eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf zentral (vgl. Köppl-Turyna & Graf 2023: 17 ff.).

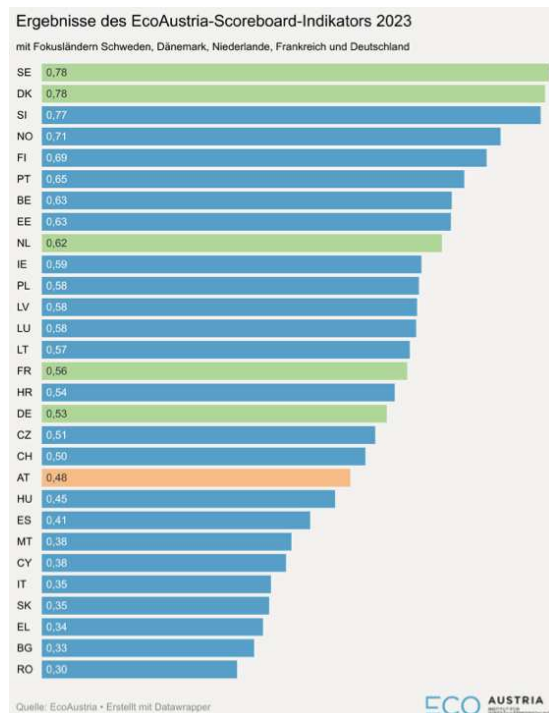


Abbildung 7: Köppl-Turyna & Graf 2023: 13.

Obwohl politische Ziele formuliert wurden, um die Beschäftigung von Frauen zu erhöhen, zeigen sich für Österreich nur sehr langsame Verbesserungen oder sogar gegenläufige Entwicklungen. Teilzeitarbeit ist für Frauen meist dauerhaft und nicht unmittelbar an das junge Alter der Kinder gebunden: Liegt die Teilzeitquote von Frauen in Österreich mit Kindern unter 15 Jahren bei rund 74 Prozent, so liegt sie bei Müttern mit Kindern aller Altersstufen immer noch bei rund 66 Prozent (Statistik Austria 2025h). Etwa die Hälfte der Paarbeziehungen lebt nach dem modernisierten Male-Breadwinner-Modell, vom Alter des Kindes unabhängig (vgl. Berghammer 2014: 625 ff.).

Im Hinblick auf diese Tatsachen stellt sich nun die Frage, ob zukünftig mit Veränderungen in der Einstellung von Gesellschaft und Politik zu rechnen ist. In einer Studie von Berghammer und Schmidt (2020) wurde die Einstellung der Bevölkerung in Österreich hinsichtlich Erwerbsarbeit von Müttern abgefragt. 47 Prozent der Befragten stimmen zu, dass „Kinder darunter leiden, wenn die Mutter berufstätig ist“. Österreich liegt damit im europäischen Vergleich bei einem sehr hohen Wert (im Vergleich Deutschland: 32 Prozent) und etwa ähnlich wie Länder in Zentral- und Südosteuropa, wie etwa Kroatien, Polen oder Ungarn (vgl. Berghammer & Schmidt 2020).

In Österreich unterstützen Werthaltungen eher das Male-Breadwinner bzw. das modernisierte Modell. Anders gesagt, die Gesellschaft ist in den Werthaltungen hinsichtlich Mütter-Erwerbstätigkeit geschlechterungleich und eher traditionell eingestellt. So würden laut Untersuchung rund 47 Prozent der Österreicher:innen zustimmen, dass Kinder (ohne Definition des Alters oder des Ausmaßes der Erwerbstätigkeit) unter der Berufstätigkeit ihrer Mutter leiden. Für 57 Prozent der Befragten würde auch das Familienleben darunter leiden (vgl. Berghammer & Schmidt 2020). Dennoch ist von einem Trend hin zu mehr Gleichstellung zwischen den Geschlechtern auszugehen. Denn während 64 Prozent der über 60-Jährigen die Erwerbstätigkeit von Müttern eher mit der Begründung des Kindeswohls ablehnen, liegt der Anteil der 18- bis 39-Jährigen bei nur 35 Prozent (vgl. Berghammer & Schmidt 2020).

Abschließend lässt sich allerdings sagen, dass der Weg hin zu einer gleichen Verteilung von Elternzeit zwischen Müttern und Vätern maßgeblich von politischen Maßnahmen abhängig ist. Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen sowie die vertikalen geschlechterspezifischen Unterschiede in Berufen sind noch zu hoch, als dass sich Familien eine ausgeglichene Verteilung von Care-Arbeit und Erwerbsarbeit leisten könnten. Damit einher gehen die – wie eben angesprochen – traditionellen Werthaltungen in der Bevölkerung. Teilzeitarbeit gilt auch heute noch als Ideal, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht und betrifft in Österreich überwiegend Frauen. Ein deutlicher Wandel diesbezüglich lässt sich derzeit nicht erkennen (vgl. Berghammer 2014: 625 ff.).

5 Methode und Prozess: Medialer Diskurs um die „(Un)Freiwilligkeit“ von Teilzeitarbeit

Die zentrale Methode, die dem empirischen Teil dieser Arbeit zugrunde liegt, ist die qualitative Diskursanalyse nach Reiner Keller (2011). Für die praktische Umsetzung dieser Analyse wird das Vorgehen der qualitativen Inhaltsanalyse nach Udo Kuckartz und Stefan Rädiker (2022) herangezogen. Während Keller also den theoretischen Rahmen für die Diskursanalyse liefert, ermöglicht die Methodik nach Kuckartz und Rädiker die praktische Vorgehensweise der Datengenerierung und Auswertung. Zu Beginn dieses Kapitels wird die Methode vorgestellt. In weiterer Folge soll die Frage, was *Diskurs* ist und wie er im Hinblick auf die ausgewählte Methode verstanden wird, geklärt werden.

Daran anschließend erfolgt die empirische Untersuchung des Forschungsthemas: Von ausgewählten Zeitungsberichten wird der mediale Diskurs über die Erwerbsarbeitssituation von Frauen in Österreich untersucht und Ungleichheitsstrukturen beleuchtet. In einem ersten Schritt wird der Korpus erstellt, der in der Diskursanalyse untersucht werden soll. Zeitraum, Art der Medien und die Quelle, aus der die Medienberichte bezogen werden, müssen festgelegt werden. In einem zweiten Schritt wird ein Suchstring erstellt, der die Datenbank nach geeigneten Artikeln für die Diskursanalyse filtern soll. In einem nächsten Schritt wird ein Kategoriensystem erstellt, welches die strukturierte Codierung des Textkorpus ermöglichen soll. Die ausgewählten Medienberichte, der Datenkorpus, wird in weiterer Folge codiert, um anschließend eine strukturierende, inhaltsanalytische Auswertung der gesammelten Daten mit diskursanalytischem Blick durchführen zu können.

5.1 Methode: Diskursanalyse

Der Soziologe Reiner Keller (2011) liefert einen sozialwissenschaftlichen Ansatz zur Diskursanalyse. Es sind vor allem folgende Aspekte, welche die Diskursanalyse für das vorgestellte Forschungsvorhaben attraktiv machen: Durch die Analyse von Diskursen kann sehr nahe an aktuelle gesellschaftspolitische Fragestellungen angeknüpft werden. Denn Diskurse „stabilisieren“ Bedeutungszuschreibungen und Sinn-Ordnungen zumindest auf Zeit. Sie sind damit auch als eine kollektiv verbindliche Wissensordnung zu verstehen:

„Die sozialwissenschaftliche Diskursforschung beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen Sprechen/Schreiben als Tätigkeit bzw. soziale Praktiken und der (Re-) Produktion von Sinnsystemen/Wissensordnungen, den darin eingebundenen sozialen Akteuren, den diesen Prozessen zugrunde liegenden Regeln und Ressourcen sowie ihren Folgen in sozialen Kollektiven“ (Keller 2011: 8).

Es sind die unterschiedlichsten Akteur:innen, welche im Zentrum von Kellers Theorie stehen und den gesellschaftlichen Diskurs entscheidend prägen (vgl. Keller 2011: 116 ff.). Diskurse sind immer von einer „Realitätsdefinition“ (Keller 2011: 66) geformt, weil unterschiedliche Akteur:innen verschiedene Meinungen, Sprachmuster und -Bilder sowie Bewertungen in den Diskurs einfließen lassen: „Die beteiligten Akteure nutzen symbolisch-kulturelle Mittel, um ihren Erzählungen Gehör zu verschaffen“ (Keller 2011: 66). Im Diskurs werden demnach gesellschaftliche Wertvorstellungen und Machtstrukturen verarbeitet (vgl. Keller 2011: 116 ff.).

Die Analyse in dieser Masterarbeit folgt demnach dem diskurstheoretischen Rahmen von Keller. Er versteht Diskurse als gesellschaftliche Wissensordnung, die in Texten niedergeschrieben sind und soziale Wirklichkeit strukturieren bzw. beeinflussen (vgl. Keller 2011: 7 ff.). Das Interesse dieser Analyse liegt demnach auf der Rekonstruktion bzw. Analyse der diskursiven Deutungsmuster, Interessen und Positionierungen, die in ausgewählten Medien über Teilzeitarbeit von Frauen in Österreich vorherrschend sind.

5.1.1 Was ist Diskurs?

Michel Foucault gab dem zunächst linguistischen Konzept des Diskurses eine sozialwissenschaftliche Bedeutung: Er fasste sprachliche Praktiken als soziale Praktiken auf. Diskurs ist somit Interaktion. Der Diskurs nach Foucault wird als eine Art Praxis aufgefasst, die eher zu *Kollektiven* als zu *Individuen* gehört. Diskurse haben zwar sehr wohl auch Auswirkungen auf Individuen, einige Forscher wie Jäger, Diaz-Bone und auch Keller vertreten die Auffassung des Diskurses nach Foucault und verorten diesen eher auf einer Meso- oder Makroebene (vgl. Diaz-Bone et al. 2007: 9 f.).

Ausgangspunkt der Foucaultschen Diskursanalyse ist die Annahme, dass diskursive Praktiken produktiv sind und es diese Vielfalt zu untersuchen gilt. Der Diskursbegriff wirft auch Fragen der Macht auf. Diskurs bedeutet demnach nicht nur die semantische Struktur einzelner

Äußerungen, sondern beschreibt auch subjektive Erfahrungen und Wissen. Zudem muss auch das Verhältnis von Diskurs und Institution untersucht werden. Denn Diskurse verengen das institutionelle und öffentliche Bewusstsein, drücken sich in Perspektiven, Machtverhältnissen, Positionierungen und der Formung von Subjektivität aus (vgl. Diaz-Bone et al. 2007: 9 ff.).

Ausgehend von der angloamerikanischen Forschung im Bereich der discourse analysis entstand erneut eine andere Auffassung von *Diskurs*. Dieser meint eine „größere Äußerungseinheit“, die vor allem auch durch Interaktivität gestaltet ist. Die Herausbildung von Diskursmustern ist dieser Auffassung zentral. Diese machen die Methode der Diskursanalyse auch für die soziologische Forschung interessant, weil sie Vielseitigkeit und unterschiedliche Perspektiven betont (vgl. Spitzmüller & Warnke 2011: 5 ff.). Giddens betrachtet Diskurse anhand seines Konzepts der „Dualität von Struktur“. Damit ist gemeint, dass Diskurse lediglich existieren, wenn sie auch von „sozialen Akteuren realisiert werden“ (Keller 2011: 67). Giddens betont mit dieser Wechselbeziehung die Bedeutung von Machtstrukturen, die Diskursen inhärent ist (vgl. Keller 2011: 67).

Keller (2007) plädiert für eine wissenssoziologische Einordnung der empirischen Diskursforschung. Er verortet die Diskursanalyse darum in der Wissenssoziologie (vgl. Keller 2007: 2 ff.). Diese „interessiert sich für *Diskurse* als (...) abgrenzbare, situierte, *bedeutungskonstituierende Ereignisse* bzw. *Praktiken* des Sprach- und Zeichengebrauchs durch gesellschaftliche Akteure“ (Keller 2011: 66). Von besonderem Interesse ist vor allem die methodologische Arbeit an der (Foucaultschen) Diskursanalyse und -theorie und deren Erweiterung (vgl. Diaz-Bone et al. 2007: 11 ff.). Die hermeneutische Wissenssoziologie folgt auch den Paradigmen von Berger und Luckmann (1980) und Schütz (1971/74), die das Handeln sozialer Akteur:innen als sinnorientiert sehen (vgl. Keller 2007: 6 ff.). Auch die Kombination der Diskurstheorie mit beispielsweise der praxeologischen Theorie von Bourdieu wird gerne praktiziert (vgl. Diaz-Bone et al. 2007: 11 ff.). Denn – angelehnt an die Theorie von Foucault – soll sich zeigen, welche sozialen „Systeme“ hinter dem gesellschaftlichen Diskurs stehen (vgl. Spitzmüller & Warnke 2011: 5 ff.). Auch Keller bezieht Bourdieu in seine Betrachtung über Diskurs ein: Bourdieu bringt mit seinem Verständnis von Habitus, Kapitalsorten, Lebensstilen oder dem sozialen Raum Begriffe ein, die für eine sozialwissenschaftliche Diskursforschung von Bedeutung sind (vgl. Keller 2011: 36 ff.). Im theoretischen Teil wurde bereits gezeigt, inwiefern Bourdieus Theorien auch mit der Thematik dieser Masterarbeit in Zusammenhang gebracht werden können.

Diskursanalytische Betrachtungen können demnach zeigen, wie Alltagswissen und -darstellungen sowie individuelle Wahrnehmungen der Wirklichkeit durch ein kollektive Wissensproduktion und (massen-)mediale Verbreitung beeinflusst und geformt werden. Diskurse fungieren dabei als eigenständige, zu interpretierende Bedeutungsgeber im gesellschaftlichen Kontext verschiedenster diskursiver Interessen, Begegnungen und Diskussionen (vgl. Keller 2011: 74). In Diskursanalysen befasst man sich demnach mit dem „tatsächlichen Gebrauch von Sprache“ (Keller 2011: 9). Deren Bedeutungsgehalt ist dabei als sozial konstruiert zu verstehen (vgl. ebd.).

In dieser Arbeit soll die Vielfalt des Diskurses aus unterschiedlichsten Perspektiven betrachtet werden – das legt auch die Thematik der Arbeit nahe. So können beispielsweise Fragen hinsichtlich der beteiligten Akteur:innen am medialen Diskurs beleuchtet werden. Des Weiteren kann der mediale Diskurs angesichts zentraler Argumentationslinien von politischen Akteur:innen oder Expert:innen analysiert werden, indem Zeitungsberichte verschiedener Medien zu unterschiedlichen Zeitpunkten untersucht werden.

5.1.2 Korpus

Die folgenden Absätze widmen sich der Datenbankrecherche bzw. dem daraus generierten Material. Neben der zeitlichen und medialen Einordnung der Berichterstattung, soll der Rechercheprozess beschrieben werden. Zudem wird in einem abschließenden Teil ein erster kurzer quantitativer Einblick in das Datenmaterial gegeben.

Zeitraum

Ausgangspunkt des Forschungsinteresses ist die Debatte um Teilzeitarbeit in Österreich. Politische Äußerungen von Arbeits- und Wirtschaftsminister Kocher, Anfang Februar 2023 in der Tageszeitung Kurier, lösten eine Ungleichheitsdebatte aus, die auch medial ausgetragen wurde. Der Beginn des Untersuchungszeitraums für die Diskursanalyse wird mit diesem Kurier-Interview im Februar 2023 markiert. Das Ende des Beobachtungszeitraums wird mit 1. August 2025 festgelegt. Ziel ist, dass auch ein Einblick in die Arbeit und Haltung der neuen Bundesregierung – seit 3. März 2025 amtierend – im Zusammenhang mit der Thematik dieser Masterarbeit geben werden kann. Der Korpus wird im Sinne der vorgestellten qualitativen Methoden im Laufe des Forschungsprozesses beständig ausgeweitet und bei theoretischer Sättigung abgeschlossen.

Ausgewählte Medien

Von Interesse sind Artikel in österreichischen Tageszeitungen, die die Teilzeit-Thematik in Österreich behandeln. Da es sich um ein gesamtgesellschaftlich relevantes Thema handelt, soll ein breites Spektrum an Medien abgedeckt werden. Neben sogenannten Qualitätsmedien wie der Tageszeitung Der Standard oder der Presse, sollen auch „Boulevard-Medien“ wie die Kronen Zeitung oder Heute in die Analyse einfließen. Die Auswahl des Datenkorpus richtet sich nach der Reichweite der Tageszeitungen und soll darum die reichweitenstärksten Medien einbeziehen.

Daraus abgeleitet ergeben sich laut Erhebung der Statistik Austria folgende Tageszeitungen: 1. Kronen Zeitung (22,3 Prozent), 2. Heute (8,8 Prozent), 3. Kleine Zeitung Graz und Klagenfurt (7,6 Prozent), 4. Der Standard (6,6 Prozent), 5. Kurier (5,5 Prozent), 6. Oberösterreichische Nachrichten (5,4 Prozent), 7. Österreich/OE24 (3,7 Prozent), 8. Die Presse (3,5 Prozent) (vgl. Statistik Austria 2025g: 152). Auch die Kleine Zeitung und die Oberösterreichischen Nachrichten wären auflagenstark vertreten. Da in diese Analyse lediglich bundesweit erscheinende bzw. Zeitungen, die einen bundesweiten Fokus aufweisen, einbezogen werden sollen, werden die beiden zuletzt angeführten Zeitungen nicht in den Korpus aufgenommen. Der Datenkorpus soll also die Print-Ausgaben folgender Tageszeitungen beinhalten: Kronen Zeitung, Heute, Der Standard, Österreich/ OE24, Kurier und Die Presse.

Datenbank

Für die Recherche wird die Online-Datenbank „APA Online Manager“ (AOM) der Austria Presse Agentur verwendet. Der AOM wurde gewählt, weil es sich um eine sehr umfassende Datenbank handelt, die sämtliche Inhalte österreichischer Tageszeitungen in ihren Print-Ausgaben zugänglich macht. Im Zuge der Datenbankrecherche sind auch einfache quantitative Auswertungen bzw. Darstellungen möglich, die eine besonders pointierte und präzise Recherche ermöglichen, wie im Folgenden dargestellt wird.

Sucheinstellung

Zu Beginn der Datenbankrecherche wurde ein entsprechender Kriterien-Katalog erstellt, anhand dessen die Auswahl der Artikel getroffen wurde. Diese Kriterien erschließen sich aus dem theoretischen Teil der Masterarbeit. Die Auswahl des Datenmaterials soll sich also am Konzept des *theoretical sampling* orientieren. Mittels Schlagwortsuche – die eben

theoriegeleitet gestützt ist – wird ein erster Überblick über den medialen Diskurs hinsichtlich der angestrebten Thematik geschaffen. Der Kriterien-Katalog setzt sich wie folgt zusammen:

Kriterienkatalog	
1. Inhaltliche Kriterien	
Artikel wird in den Korpus aufgenommen, wenn er einen klaren Bezug zu folgenden Themen aufweist.	
	Teilzeitarbeit, Erwerbstätigkeit von Frauen in Österreich
	Unfreiwilligkeit, Freiwilligkeit
	Gründe für Teilzeitarbeit
	Rahmenbedingungen
	Gender, Rollenbilder, Arbeitsteilung
2. Formale Kriterien	
Artikel wird in den Korpus aufgenommen, wenn er in seiner Form den Kriterien entspricht, Teil der ausgewählten Medien ist und auch in den Beobachtungszeitraum fällt.	
Form	Printmedien
Medien	Der Standard, Die Presse, Heute, Kurier, Kronen Zeitung, Österreich/ OE24
Beobachtungszeitraum	01.02.2023 – 01.08.2025
3. Prüfung auf Relevanz	
Jeder einzelne Treffer wird einer Relevanzprüfung unterzogen. Beinhaltet der Artikel zwar die Schlagworte und entspricht formal den Kriterien, so muss er aber auch einen thematischen Bezug zum Forschungsvorhaben haben.	
- Wie gestaltet sich der mediale Diskurs über Teilzeitarbeit von Frauen in Österreich?	
- Welche Rolle spielt die „(Un)Freiwilligkeit“ von Teilzeitarbeit im medialen Diskurs?	
- Welche weiteren Themen bzw. Herausforderungen werden im medialen Diskurs um die Teilzeitarbeit genannt?	

Mithilfe eines Suchstrings soll schließlich eine erste Schlagwortsuche durchgeführt werden. Wichtig ist laut Keller das Prinzip der „minimalen“ bzw. „maximalen“ Kontrastierung (vgl. Keller 2011: 113 f.), nach dem in weiterer Folge vorgegangen wird. Die Auswahl des Textkorpus soll also einerseits eine thematische Tiefe erlangen, andererseits soll aber auch eine gewisse Breite des Datenmaterials abgedeckt werden. Die Sucheinstellung orientiert sich an den Forschungsfragen. So ergeben sich folgende „Kategorien“, die wiederum mit Synonymen ergänzt und in ihrer Kombination eine Auswahl des Datenkorpus ergeben sollen:

Wichtige Schlagworte sind zum einen „Teilzeitarbeit“ und zum anderen „Freiwilligkeit“ oder „Unfreiwilligkeit“ für eben diese Form der Erwerbsarbeit. Des Weiteren wird mit dem Schlagwort „Frauen“ bzw. „Mütter“ konkretisiert, dass sich die Suche auf dieses Geschlecht beziehen soll. Eine wichtige Ergänzung ist zudem, dass die Thematik auf „Österreich“ fokussiert ist. Damit sind die zentralen Begriffe aus den Forschungsfragen abgedeckt. Des

Weiteren sind die Herausforderungen und Gründe der Teilzeitarbeit zentraler Bestandteil dieser Arbeit. Im Theorieteil wurden diese schon thematisiert. Als Schlagworte sind hier beispielsweise „Doppelbelastung“, „Herausforderung“, „Kürzung“, „Work-Life-Balance“, „Privileg“, „Rollenerwartung“, „Sorgearbeit“, „Kinderbetreuung“ oder „pflegebedürftig“ zu nennen. Für die erste Suche in der Datenbank sollen Schlagworte, die auf Herausforderungen der Teilzeitarbeit hindeuten, allerdings ausgelassen werden, um eine bestimmte Richtungsvorgabe zu vermeiden und eine möglichst breite erste Recherche durchzuführen.

Diese Suche ergibt damit 302 Treffer. Besondere Beachtung bekommt bei dieser ersten Datenbankrecherche auch der zeitliche Verlauf der Meldungen. Es zeigt sich, dass es breite Diskussionen im Februar 2023, im Mai 2024 und Februar 2025 gibt.

ZEITLICHE VERTEILUNG

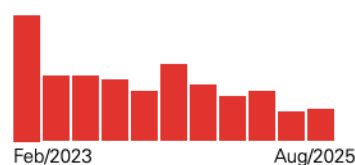


Abbildung 8: Zeitliche Verteilung der ersten Datenbankrecherche; AOM, August 2025.

Bei der Verteilung nach Medien zeigt sich, dass es im Standard mit 106 Treffern die meiste Berichterstattung zum Thema gibt, während es in der Presse nur 82 Meldungen sind und im Kurier mit 78 annähernd gleich viele. Deutliche Unterschiede zeigen sich im sogenannten Boulevard: in der Kronen Zeitung liefert die Suche immerhin 34 Treffer, in der Heute sind es lediglich zwei. In der Tageszeitung Österreich wird kein Treffer erzielt.

Quellen

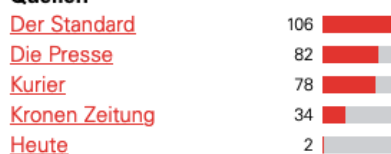


Abbildung 9: Korpus-Quellen der ersten Datenbankrecherche; AOM, August 2025.

Da diese erste Datenbankrecherche sehr breit gestreut war, wurde eine zweite Suche durchgeführt. In einer zweiten, detaillierteren Suche sollen „Herausforderungen“ und „Privilegien“, die sich aus Teilzeitarbeit ableiten lassen in Kombination mit den „Gründen“ für Teilzeitarbeit eingebunden werden. Die Kombination der genannten Schlagworte und ihre Synonyme ergeben einen Suchstring (siehe Anhang), der den Korpus dieser Erhebung bildet.

Das Material

Dieser Korpus fasst nun nach angewandten Sucheinstellungen 103 Treffer. Diese Meldungen dienen im Folgenden als Grundlage für den Korpus dieser empirischen Untersuchung. In einem ersten Schritt werden in einer groben quantitativen Analyse die Grundzüge des Korpus dargestellt. Infos dazu liefert die Datenbank selbst. In einem zweiten Schritt sollen die 103 Treffer auf Verwendbarkeit überprüft werden. Die für die anschließende qualitative Analyse ausgewählten Treffer, werden im Anschluss kodiert und anhand der Verfahren einer Diskursanalyse nach Keller ausgewertet.

Die zeitliche Verteilung der Treffer zeigt sich ähnlich zum Output der vorangegangenen Sucheinstellung: Zu Höhepunkten in der Berichterstattung kommt es im Februar 2023, Ende 2023 und im Juli 2025.

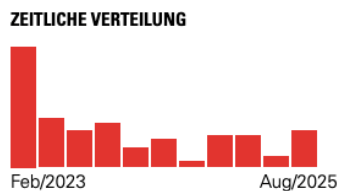


Abbildung 10: Zeitliche Verteilung der zweiten Datenbankrecherche; AOM, August 2025.

Die quantitative Auswertung mithilfe der Datenbank liefert auch einen ersten Überblick über die Themenfelder des Korpus. Hier ist Arbeitsminister Martin Kocher sehr präsent. Sowohl in den Fokusthemen als auch bei den genannten Personen.



Abbildung 11: Themenfelder der zweiten Datenbankrecherche; AOM, August 2025.

Entscheidend ist – und das ist für diese Untersuchung sehr bezeichnend – dass die Tageszeitung Österreich mit den gewählten Sucheinstellungen keinen einzigen Treffer aufweist. Während die

sogenannten Qualitätsmedien Der Standard (35), Kurier (31) und Die Presse (29) annähernd ähnlich viele Treffer generieren, sind es für die Kronen Zeitung nur sechs und für Heute nur zwei Treffer.

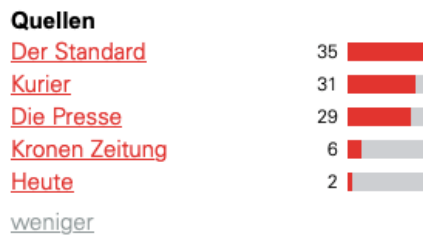


Abbildung 12: Korpus-Quellen der zweiten Datenbankrecherche; AOM, August 2025.

In einem nächsten Schritt wird der Korpus – also die 103 Treffer der letzten Suche – gesichtet. Diese Meldungen landeten zwar anhand der Stichworte in der Trefferliste, dennoch muss das Suchergebnis auf Verwendbarkeit der Daten kontrolliert werden (siehe Kriterienkatalog). Artikel, die zwar die verwendeten Suchwörter beinhalten, aber Teilzeitarbeit (bei Frauen) nicht als Hauptthema haben – und sich stattdessen beispielsweise der Kinderbetreuung in den Ferien widmen – werden aus dem Korpus ausgeschlossen. Des Weiteren werden Artikel, die in der Suche als einzelne Treffer angezeigt werden, tatsächlich allerdings eine Gesamtheit aus z.B. Textbox und Fließtext darstellen, zusammengefasst – was die Trefferanzahl für den finalen Korpus natürlich reduziert. In den finalen Korpus fließen schließlich 68 Artikel ein.

5.2 Methodische Vorgehensweise: qualitative Inhaltsanalyse auf Grundlage diskursanalytischer Leitfragen

Mit der Erstellung eines Textkorpus ist die Grundlage für die empirische Untersuchung gelegt. In einem nächsten Schritt wurde nun das Textmaterial anhand der qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz und Rädiker (2022) ausgewertet. Wir orientieren uns in dieser Masterarbeit am Prozess dieser Theoretiker, weil die Diskursanalyse nach Keller (2011) keinen expliziten Forschungsprozess festschreibt, sondern lediglich eine diskursanalytische Orientierung des Forschungsprozesses und Forschungsinteresses vorgibt. Die Inhaltsanalyse nach Kuckartz und Rädiker (2022) macht eine Strukturierung des Materials möglich.

Hierfür wird ein Kategorien-System erstellt, welches die Grundlage für die qualitative Inhaltsanalyse bildet. Bei dieser Analyse werden deduktive und induktive Verfahren angewendet. Die Auswertung beginnt mit deduktiven a-priori-Kategorien. Diese orientieren

sich am Forschungsinteresse und an den Forschungsfragen (siehe 1.1 und 1.2). Das heißt, alles Inhaltliche aus dem ersten Teil dieser Arbeit fließt auch in die Bildung des Kategorie-Systems ein, um die Forschungsfragen bestmöglich zu beantworten. Deduktiv bedeutet in diesem Sinne, dass sich das Verfahren von der Theorie aus hin zur Praxis ableitet (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022: 61 ff.).

In einem nächsten Schritt werden Unterkategorien gebildet. Anschließend wird das Textmaterial anhand dieser zuvor gebildeten A-priori-Haupt- und Subkategorien codiert. Da das Textmaterial es notwendig machte, wurden in weiterer Folge zusätzliche Kategorien hinzugefügt. Das heißt, in einer weiteren Codier-Phase traten neue Themen auf, die die Bildung weiterer Kategorien nötig machten. Diese wurden dem Kategorie-System ergänzt. Es handelt sich dabei also um induktive (Sub)-Kategorien, weil sie sich nach erneuter Sichtung des Materials aus dem untersuchten Textkorpus erschließen (vgl. Kuckartz & Rädiker 2022: 70 ff.). Aspekte, die im Theorie-Teil dieser Arbeit nicht abgedeckt wurden, oder sich nur aus dem untersuchten Material ergeben, tragen aufgrund des induktiven Verfahrens zum Erkenntnisgewinn bei. Vor allem für eine diskursive Forschung ist dieser explorative Zugang von besonderem Interesse.

Zusammenfassend lässt sich für die methodische Vorgehensweise in dieser Arbeit sagen, dass der Prozess über induktive und deduktive Kategorie-Bildung erfolgt. Die Codierung des Textkorpus auf Basis eben dieses Systems wird mit Hilfe des Computerprogramms MAXQDA24 gemacht.

5.2.1 Das Kategoriensystem

Folgende Tabelle zeigt das erstellte Kategorie-System mit Haupt- und Subkategorien. Sie soll veranschaulichen, welche Codes zur Zuordnung der einzelnen Textstellen zu den entsprechenden Kategorien führten. Es handelt sich dabei um ein induktives als auch deduktives Verfahren. Zudem wird die Anzahl der entsprechenden Codierungen angeführt:

Kategorie	Codes	Anzahl der Codierungen
Subkategorien		
Grund für Teilzeitarbeit		
Kinderbetreuung	Betreuungspflichten, Kinder, schulpflichtig, Karenz, Ausbau, ganztags, Land, Sorgearbeit	94

Pflege	Angehörige, Betreuungspflichten, Sorgearbeit	32
Persönliche Präferenz	Freizeit, Teilzeit, weniger arbeiten, Entscheidung	43
Mangel an Vollzeit	Arbeitgeber, Betriebe, Vollzeitstellen, Teilzeitstellen, aufstocken	30
Work-Life-Balance	Wunsch, junge Menschen, Freizeit, Trend, Teilzeit	15
österreichisches Steuersystem	Steuern, Abgaben, Agenda, Sozialleistungen, Überstunden, Anreiz	53
gesundheitliche Gründe	Psychische Gesundheit, physische Gesundheit, Arbeitslast	10
Akteur:innen		
Politik	<i>Nennung der Partei oder des Amtes, Nennung von Politiker:innen-Namen, Nennung von „die Politik“ allgemein</i>	109
Arbeitnehmer Interessensvertretung	<i>Nennung von Namen oder Position, Nennung von „Interessensvertretung der Arbeitnehmer“ allgemein, Arbeiterkammer, Momentum Institut, ÖGB</i>	23
Arbeitgeber Interessensvertretung	<i>Nennung von Namen oder Position, Nennung von „Interessensvertretung der Arbeitnehmer“ allgemein, Wirtschaftskammer, Agenda Austria</i>	37
Expert:in	<i>Nennung von Forschungsinstitution, „Expertin XY“, AMS, AK-Ökonom:in, WK-Ökonom:in</i>	66
Frauen	<i>Nennung von „Frauen“ allgemein</i>	91
Mütter	<i>Nennung von „Mütter“ allgemein</i>	14
Diskursive Rahmung		

Teilzeit als Lösung	Belastung, Alternative, Flexibilität, Bedürfnisse, Familie, Kinder, Karenz, Alltag	22
Teilzeit als Problem	hohe Teilzeitquote, Arbeitskräftemangel, Leistung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft, freiwillig	24
Teilzeit als strukturelle Folge	Kinderbetreuung, Betreuungspflichten, ohne Wahlfreiheit, unfreiwillig	23
Teilzeit als individuelle Entscheidung	freiwillig, Präferenz, Familienleistungen, Sozialleistungen, System, Gesellschaft	54
Vereinbarkeit gelingt/ gelingt nicht	Arbeitsbedingungen, unflexibel, Frauen, Kinder, Angehörige, Verpflichtungen, Bedürfnisse	47
Folgen & Herausforderungen		
Altersarmut	Pension, Auswirkungen, gering	16
Karriere	Führungsposition, Karenz, Wiedereinstieg	3
finanzielle Einbußen	Abhängigkeit, Mindestsicherung, Nachteil, Druck	15
wirtschaftliche/ gesellschaftliche Folgen	Arbeitsmarkt, Arbeitskräftemangel, System, Steuern, Sozialstaat, Arbeitslose, Babyboomer, Finanzierung	26

5.2.2 Beschreibung der Kategorien

Im Folgenden werden zum einen die Kategorien beschrieben und zum anderen die Codes, die zur Zuordnung der Textelemente des Korpus geführt haben, genauer erläutert. Insgesamt besteht das Kategoriensystem aus vier Hauptkategorien mit jeweiligen Subkategorien. Die Zuordnung der Textelemente erfolgt nach entsprechender Codierung aufgrund der Stichworte.

Gründe für Teilzeit

Eine zentrale Kategorie stellen die „Gründe für Teilzeitarbeit“ dar. Diese Kategorie bildet sich einerseits aus dem Theorieteil dieser Arbeit und andererseits aus dem analysierten Material – sie ist also eine Mischung aus induktivem und deduktivem Vorgehen. Gliedern lässt sich diese

Kategorie grob in *freiwillige* und *unfreiwillige* Gründe. Als Gründe für Teilzeitarbeit werden vor allem Betreuungspflichten gesehen. Darum entfällt eine Kategorie auf „Kinderbetreuung“ und eine weitere auf „Pflege“. Teilweise werden diese Betreuungsgründe auch nicht weiter konkretisiert. Auch der „Mangel an Vollzeit“-Stellen sowie „gesundheitliche Gründe“ stellen unfreiwillige Gründe für Teilzeitarbeit dar und bilden jeweils Unterkategorien. In die Gruppe der freiwilligen Gründe für Teilzeitarbeit fallen „persönliche Präferenz“ und „Work-Life-Balance“, wobei letztere sich vor allem auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bezieht und erstere oft unkonkret bleibt.

Einen besonderen Fall stellt der Grund „österreichisches Steuersystem“ dar. Es handelt sich um eine induktive Kategorie, da sie sich aus dem analysierten Korpus ergibt. Im Theorieteil dieser Arbeit wird dieser Grund nicht thematisiert. Er ist auch keines der Motive, die beispielsweise in Erhebungen der Statistik Austria abgefragt werden. Anhand dieser Kategorie zeigt sich, dass ein explorativer Zugang im Analyseverfahren sehr lohnend sein kann, so auch in dieser Erhebung.

Folgen und Herausforderungen

Diese Kategorie gliedert sich in vier Subkategorien. „Altersarmut“, „finanzielle Einbußen“ und „Karriere“ finden auf der Mikroebene statt. Das sind also Folgen und Herausforderungen von Teilzeitarbeit, die Frauen unmittelbar betreffen. Erst im weiteren Sinn wirken sich diese Gründe auf der gesellschaftlichen Ebene aus – beispielsweise, wenn es um die finanzielle Absicherung von Mindestpensionist:innen oder um Förderungen zum Wiedereinstieg ins Berufsleben geht. Die Kategorie „wirtschaftliche/ gesellschaftliche Folgen“ wurde im Codier-Prozess als induktive Kategorie hinzugefügt und bezieht sich weniger auf individuelle Lebensläufe, sondern auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen.

Akteur:innen

Die Akteur:innen, die den medialen Diskurs im gewählten Datenkorpus prägen, sind Personen aus der „Politik“ – unabhängig von Partei-Farbe, Funktion oder Arbeit auf Landes- oder Bundesebene. Des Weiteren wurden die Kategorien „Arbeitnehmer Interessensvertretung“ und „Arbeitgeber Interessensvertretung“ gebildet. In diese Kategorien fallen – wie der Titel bereits sagt – auch „Expert:innen“ oder Personen, die den jeweiligen Interessensvertretungen zuzuordnen sind. Zudem wurden die Kategorie „Frauen“ und „Mütter“ gewählt. Die Kategorie

„Expert:in“ sammelt alle Personen, die in ihrer Rolle als Expert:in im Diskurs befragt werden. Das sind oftmals Ökonom:innen, Arbeitsmarktexpert:innen oder Soziolog:innen.

Diskursive Rahmung

Diese Hauptkategorie besteht aus fünf Subkategorien: „Teilzeit als individuelle Entscheidung“, „Teilzeit als Lösung“, „Teilzeit als Problem“, „Teilzeit als strukturelle Folge“ und „Vereinbarkeit gelingt/ gelingt nicht“. Letztere Kategorie meint ganz grundlegend die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – hier muss *Teilzeitarbeit* nicht explizit gemeint sein, es kann sich auch um ein anderes Erwerbsarbeitsverhältnis handeln oder unkonkretisiert bleiben.

6 Ergebnisse

Bei der Analyse des codierten Textkorpus handelt es sich um eine kategorienbasierte Auswertung. Das Ziel der qualitativen Inhaltsanalyse ist die Auswertung der zentralen Kategorien geleitet von den Forschungsfragen. In einem ersten Schritt werden die den Hauptkategorien untergeordneten Subkategorien entsprechend ihrer thematischen Gliederung deskriptiv ausgewertet, erste Codier-Ergebnisse dargestellt und in weiterer Folge beispielhafte Textelemente aus dem Korpus präsentiert. Ziel ist, einen ersten Überblick über die Ergebnisse des Codier-Prozesses zu geben. Eine ausführliche interpretative Einordnung der Ergebnisse erfolgt in Kapitel 7.

6.1 Kategorie „Grund für Teilzeit“

Die Überkategorie „Grund für Teilzeit“ fasst alle codierten Elemente zusammen, die in einer Art und Weise auf die Motive, warum sich Frauen in Österreich in einem Teilzeit Arbeitsverhältnis befinden, eingehen.

Kinderbetreuung

In diese Kategorie fallen 94 codierte Textstellen des Korpus. Im Vergleich zu den anderen Motiven für Teilzeitarbeit wurde dieser Grund am häufigsten genannt. Auch in den entsprechenden Textpassagen wird sehr häufig darauf verwiesen, dass „mangelhafte Kinderbetreuungsplätze für den Trend zur Teilzeitarbeit“ (Der Standard, 08.03.2023) hauptverantwortlich sind. Erst in weiterer Folge werden andere Gründe für Teilzeitarbeit aufgezählt. Die Akteur:innen im medialen Diskurs sind sich weitgehend auch einig, dass mangelnde Kinderbetreuung *der* Hauptgrund für Teilzeitarbeit bei Frauen ist. Will man die Teilzeitdebatte lösen, so ist der Ausbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung notwendig. Diese Aussagen werden in den entsprechenden Zeitungsartikeln mit Statistiken oder Befragungen „belegt“. Begründet wird das Phänomen Teilzeitarbeit aufgrund von Betreuungspflichten folgendermaßen: „Betreuungsarbeit (...) fand und findet zu einem verhältnismäßig großen Anteil innerhalb der Familie statt“ (Die Presse, 24.11.2024). Einig ist man sich zudem auch, dass Frauen hier die Hauptlast tragen. „Viele arbeiten natürlich Teilzeit, um Betreuungspflichten wahrzunehmen“ (Der Standard, 10.02.2024). Es ist „das Spannungsfeld vieler Frauen“ (Der Standard, 26.04.2023): „hier sind Frauen aufgrund mangelnder Kinderbetreuung viel stärker betroffen“ (Der Standard, 21.07.2025). In diesem Zusammenhang werden auch die von der Arbeiterkammer entwickelten VIF-Kriterien für Kinderbetreuung angeführt (Die Presse,

01.04.2023) – siehe auch 4.2.1. „Gerade einmal die Hälfte der österreichischen Kinderbetreuungseinrichtungen erfüllt die von der Arbeiterkammer entwickelten VIF-Kriterien für ganztätig arbeitende Eltern“ (Die Presse, 01.04.2023). Laut Expertin der Arbeiterkammer müsse sich neben dem Ausbau der Kinderbetreuungsangebote aber auch das „Stigma um Kinderbetreuung auflösen, niemand solle sich schlecht fühlen, weil der eigene Nachwuchs außer Haus betreut wird“ (Die Presse, 01.04.2023).

Männer sind beim Thema „Kinderbetreuung“ selten Akteure in der medialen Diskussion. In manchen Artikeln wird erwähnt, dass es mehr Anreize für Männer brauche, um länger in Karenz zu gehen. Das würde der ungleichen Verteilung von Care-Arbeit und den geschlechterspezifischen Ungleichheiten am Arbeitsmarkt entgegenwirken (vgl. Die Presse, 01.04.2023). Auch die Frage der Freiwilligkeit im Zusammenhang mit innerfamiliärer Kinderbetreuung spielt im medialen Diskurs eine Rolle, wenn auch eine untergeordnete. „Veraltete Rollenbilder“ (Der Standard, 08.03.2024) liegen dem zu Grunde und lassen häufig unhinterfragt, warum es vor allem Frauen sind, die Care-Arbeit übernehmen.

Pflege

Auch die „Pflege“ von Angehörigen ist ein Motiv, das im Zuge der Debatte um Teilzeitarbeit von Frauen angeführt wird. Sehr häufig werden Kinderbetreuung und Pflege mit dem Begriff „Betreuungspflichten“ zusammengefasst. „Pflege“ fällt als Begriff deutlich weniger oft als beispielsweise „Kinderbetreuung“. Inhaltlich ähneln sich diese Motive im medialen Diskurs aber: Frauen seien auch heute noch doppelt benachteiligt und mehrfach belastet: „Sie leisten mehr von der unersetzlichen Pflegearbeit und bekommen weniger Bezahlung und weniger Anerkennung“ (Die Presse, 26.11.2023). Der Ausbau der Pflegeeinrichtungen (Kurier, 11.10.2023) wird – im Gegensatz zum Ausbau der Kinderbetreuungsplätze – seltener, aber doch diskutiert: „Wichtig wären aber Reformen bei der Pflege: Sobald ein Elternteil pflegebedürftig wird, neigen Frauen stark dazu, auf Teilzeit umzusteigen“ (Kurier, 25.07.2025).

Work-Life-Balance

Das Motiv der „Work-Life-Balance“ wird häufig mit Begriffen wie „Wunsch/ Bedürfnis/ Sehnsucht nach ...“ eingeleitet und mit einer Trendentscheidung begründet: „Vor allem die jüngere Generation fordert am Arbeitsplatz immer mehr eine sinnvolle Tätigkeit ein – Stichwort Work-Life-Balance“ (Die Presse, 07.12.2023). Anhand der codierten Textstellen zeigt sich, dass das Bedürfnis nach einem Ausgleich zwischen Beruf und Privatleben sich auf einige

wenige soziale Gruppen beschränkt: überwiegend auf junge und finanziell gut gestellte Personen und als Auswirkung von „Wohlstand“ (Kurier, 04.04.2023).

persönliche Präferenz

Im Gegensatz zum Motiv „Work-Life-Balance“ ist diese Kategorie weniger konkretisiert. Diese Kategorie steht weniger für einen Lifestyle, sondern lässt eher vermuten, ob es sich um eine freiwillige oder unfreiwillige Entscheidung für Teilzeitarbeit handelt. „Die Nachfrage nach weniger Wochenstunden im Job wird größer“ (Der Standard, 10.02.2024). „Dennoch finden immer mehr Menschen an der Teilzeit Gefallen, die keine Betreuungspflichten oder parallel laufenden Ausbildungen haben“ (Die Presse, 16.06.2024).

Mangel an Vollzeitstellen

Bei dieser Kategorie handelt es sich um eine induktive Subkategorie. Sie wurde im Laufe des Auswertungsprozesses gebildet. Tatsächlich fiel dieses Motiv für Teilzeitarbeit häufig im medialen Diskurs, betreffe aber bestimmte Branchen wie den Handel (Der Standard, 08.05.2024) besonders. Verantwortlich gemacht werden in diesem Zusammenhang Arbeitgeber:innen oder Unternehmen.

österreichisches Steuersystem

Auch der Grund „österreichisches Steuersystem“ wurde als induktive Subkategorie während des Codier-Prozesses gebildet. Es handelt sich um die Kategorie, die nach „Kinderbetreuung“ am häufigsten codiert wurde. Tatsächlich sprechen dieses Motiv am häufigsten Politiker:innen oder Expert:innen an. Hier müsse man im System nachschärfen/ nachbessern, um Teilzeitarbeit weniger zu begünstigen (Der Standard, 27.09.2024). „Tatsächlich ist es für eine Teilzeitkraft nur bedingt rentabel, auf einen Vollzeitjob aufzustocken“ (Die Presse, 29.09.2023). Belegt wird dieser Grund für Teilzeitarbeit in den medialen Berichten nicht durch Angabe als Grund von Betroffenen Teilzeitarbeitenden, sondern durch Berechnungsbeispielen.

gesundheitliche Gründe

Diese Kategorie wird im Zuge der Aufzählungen, warum Menschen in Teilzeit arbeiten, erwähnt. Meist werden physische und psychische gesundheitliche Gründe als Argument für eine Stundenreduktion oder frühzeitige Pensionierung angegeben (Kurier, 04.04.2023).

6.2 Kategorie „Akteur:innen“

Diskurse leben von Sprecher:innenrollen, Interessensabgleiche und Meinungsaustausch. Akteur:innen nehmen bestimmte Sprecherpositionen im Diskurs ein – diese sind aber begrenzt verfügbar. Je nach Qualifikation und Status sind verschiedene Akteur:innen „befähigt“, im öffentlichen bzw. medialen Diskurs Stellung zu beziehen (vgl. Keller 2011: 73 f.). Im Rahmen dieser Auswertung wurden fünf Kategorien zur Erfassung der sprechenden Akteur:innen erstellt.

Politik

Die Gruppe der Politiker:innen ist mit 107 vergebenen Codes die am häufigsten codierte. Dabei nehmen Politiker:innen sowohl eine aktive als auch eine passive Rolle im Diskurs ein. In den Medienberichten wird die Politik einerseits hinsichtlich der Teilzeithematik adressiert: „Die Politik muss so gestalten, dass Menschen, die mehr arbeiten wollen, es aber derzeit nicht können, die Möglichkeit dazu bekommen“ (Der Standard, 02.10.2023). Andererseits äußern sich oder werden Politiker:innen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage oder zum Arbeitsmarkt aktiv befragt. Sie treten in Medienberichten zwar nicht dezidiert als Expert:innen auf, sondern vertreten ihre politische Linie im Sprech von Expert:innen. Häufig beziehen sie sich auf Statistiken oder Erhebungen. So sagt Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher (ÖVP) in einem Interview im Standard:

„Aber wir wissen auch, dass bei den 1,2 Millionen Teilzeitbeschäftigten von beiden Geschlechtern bei etwa einem Drittel kein klarer Grund erkennbar ist, warum nicht Vollzeit gearbeitet wird. Wenn wir einen Fachkräftemangel haben, brauchen wir eine Diskussion darüber, wie wir Vollzeit möglich und attraktiv machen können“ (Der Standard, 02.10.2023).

Bundesminister Kocher wird seit seinem viel diskutierten Interview im Kurier sehr oft zitiert oder nach seiner Meinung zum Thema Teilzeitarbeit befragt. Sein Name fällt im Datenkorpus mit 50 Erwähnungen auch am häufigsten. Nach dem Regierungswechsel 2025 wird sein Nachfolger, Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer, regelmäßig zur Teilzeitdebatte befragt, so auch hier: „Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer sagt der ‚freiwilligen‘ Teilzeitarbeit den Kampf an. Er habe kein Verständnis, wenn gesunde Menschen ohne Betreuungspflichten lediglich in Teilzeit arbeiteten“ (Der Standard, 21.07.2025).

Politische Stimmen aus der Opposition kommen im medialen Diskurs seltener zu Wort. Es zeigt sich zudem, dass Politiker:innen von SPÖ, FPÖ, Neos oder den Grünen seltener namentlich

genannt werden, so auch hier: „SPÖ, FPÖ und Neos nutzen Kritik an Kocher zum Rundumschlag gegen Regierung“ (Kurier, 16.02.2023).

Expert:in

In diese Kategorie fallen Textstellen, in denen „Expert:innen“ zu Wort kommen. Diese sind unterschiedlichen politischen Lagern zuzuordnen. So treten beispielsweise Ökonom:innen von AK und WKO in den Diskurs oder Expert:innen der Agenda Austria oder des Momentum-Instituts. Auch Arbeitsmarktexpert:innen des AMS fallen in diese Kategorie. Zudem werden auch Soziolog:innen oder Jurist:innen in der Teilzeitdebatte befragt. Die Kategorie der „Expert:innen“ ist also eine eher breit gefasste, die viele Interessen sammelt und die Teilzeitdebatte im öffentlichen Diskurs von verschiedensten Seiten betrachten lässt. Mit 66 codierten Elementen ist diese Kategorie unter jenen der Akteur:innen im Diskurs auch eine sehr häufige.

Frauen & Mütter

Frauen nehmen eine weitere sehr zentrale Rolle im medialen Diskurs über Teilzeitarbeit in Österreich ein, stellen sie doch die Mehrheit der nicht Vollzeit arbeitenden Erwerbsbeschäftigten in Österreich dar: „Ein Teil der Erklärung für den steigenden Teilzeitanteil ist aber auch, dass immer mehr Frauen erwerbstätig sind“ (Die Presse, 29.09.2023). Über die Rolle der Frauen wird in den Medienberichten zwar gesprochen, sie kommen allerdings sehr selten aktiv zu Wort, wenn dann als Expert:innen oder Politiker:innen. Kommt es zur Diskussion von Rollenbildern im Diskurs, so fällt vermehrt der Begriff „Mutter/ Mütter“: Das „Ideal der guten Mutter“ (Die Presse, 18.03.2023) oder die „Normvorstellung einer Mutter“ (Die Presse, 18.03.2023) werden als Erklärung für die hohe Teilzeitquote bei Frauen in Österreich herangezogen.

Arbeitgeber:innen Interessensvertretung & Arbeitnehmer:innen Interessensvertretung

In diese Kategorie fallen alle Expert:innen bzw. Personen mit politischen Ämtern, die die Interessen der Arbeitgeber:innen- bzw. der Arbeitnehmer:innen-Seite im Diskurs vertreten. Diese Personen sprechen in ihrer Funktion bei der Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer oder dem Österreichischen Gewerkschaftsbund. Arbeitgeber:innen sind mit 33 Codierungen etwas häufiger im Korpus vertreten als Arbeitnehmer:innen (21 codierte Elemente). Die Arbeitgeber:innen-Seite wird im Diskurs auch öfter adressiert: „Auch Unternehmen könnten etwas tun. Einfache Lösungen gibt es nicht“ (Der Standard, 16.02.2023). Sie werden auch als

„Ideenfinder“ bzw. als verantwortlich an der Lösung der Teilzeitdebatte angesehen: „Unternehmen reagieren zunehmend mit flexiblen Arbeitszeitmodellen“ (Der Standard, 15.02.2023b).

Arbeitgeber:innen-Interessensvertreter:innen sprechen in ihrer aktiven Rolle im gleichen Ton wie die zuständigen ÖVP- Wirtschafts- und Arbeitsminister und bringen ähnliche Lösungsansätze bzw. Diskussionspunkte in die Debatte ein:

„Wirtschafts- und Industrievertretern geht dies angesichts des vielbeklagten Arbeitskräftemangels nicht weit genug, erst am Montag bekräftigte Wirtschaftskammerchef Harald Mahrer sein Anliegen, Überstunden steuerlich stärker zu entlasten“ (Der Standard, 08.05.2024).

Arbeitnehmer:innen-Vertreter:innen sprechen in ihrer Rolle für die Arbeitnehmer:innen und in dieser Diskussion vor allem für arbeitende Mütter sowie in Reaktion auf die Aussagen von Wirtschaftsminister Kocher: „Die Gewerkschaft der Angestellten sprach am Dienstag von einem „frauenfeindlichen Vorschlag“ (Der Standard, 15.02.2023b).

6.3 Kategorie „Folgen und Herausforderungen“

Die Arbeit in einem Teilzeit-Erwerbsarbeitsverhältnis stellt viele Frauen aufgrund der Doppelbelastung zwischen Care-Arbeit und Beruf vor Herausforderungen. Dass Teilzeitarbeit auch gesellschaftliche und volkswirtschaftlich für Herausforderungen und Folgen sorgt, wird im medialen Diskurs von verschiedensten Akteur:innen diskutiert. Im Folgenden werden vier Kategorien vorgestellt, die der Codierung des Medienkorpus zu Grunde liegen.

wirtschaftliche/ gesellschaftliche Folgen

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen am Arbeitsmarkt oder den Sozialstaat betreffend, leiten den medialen Diskurs um Teilzeitarbeit in einigen Zeitungsberichten ein. Zwar wird selten direkt gesagt, dass die Teilzeitquote für „gesamtwirtschaftliche Herausforderungen“ (Die Presse, 29.09.2023) verantwortlich ist, indirekt läuft der Diskurs – vor allem von Seiten der Politik und Wirtschaft – darauf hinaus: „Es fehlt insgesamt an Anreizen, Vollzeit arbeiten zu gehen. Auf Dauer lässt sich der Sozialstaat so nicht finanzieren“ (Der Standard, 08.03.2023). „Verantwortung gegenüber der gesamten Gesellschaft“ (Der Standard, 22.07.2025), betont in diesem Zusammenhang beispielsweise Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer. Die wirtschaftlichen Folgen von Teilzeitarbeit bzw. von einer hohen

Teilzeitquote, die sich in weiterer Folge auch gesamtgesellschaftlich auswirken, sind laut Medienberichten beispielsweise Fachkräftemangel, Probleme beim Besetzen offener Stellen, die Finanzierung des Sozialsystems oder der Wohlstandsverlust der Gesellschaft.

Altersarmut

Diese Kategorie stellt eine Folge von Teilzeitarbeit dar, die sich sowohl auf Individual- als auch auf gesamtgesellschaftlichere Ebene auswirkt. „Leider bedenkt nicht jede und jeder, welche Folgen die Freizeit von heute in 20 oder 30 Jahren haben wird. (...) Dass Frauen durchschnittlich weniger Pension bekommen und stärker von Altersarmut betroffen sind, liegt vor allem an ihrer hohen Teilzeitquote“ (Der Standard, 08.03.2023), so etwa Carmen Trembl vom Thinktank Agenda Austria. Altersarmut ist eine Folge der Teilzeitarbeit, die den Expert:innen und Politiker:innen im Diskurs als offensichtlich erscheint, auf die Menschen allerdings hingewiesen werden müssen: „Man müsse die Menschen besser informieren, was länger Teilzeitarbeit bedeutet“ (Kurier, 15.02.2023) – nämlich eine Reduktion der Pension und das betreffe vor allem Frauen.

finanzielle Einbußen & Karriere

Im Gegensatz zu Altersarmut, sind „finanzielle Einbußen“ und Auswirkungen auf die „Karriere“ Herausforderungen oder auch Chancen von Teilzeitarbeit, die sich unmittelbar zeigen. „Menschen, die Teilzeit arbeiten, haben jetzt schon einen deutlichen finanziellen Nachteil“ (Der Standard, 15.02.2023b), so etwa Christine Mayrhuber, Arbeitsmarktexpertin des WIFO. „Frauen in Teilzeit verlieren oft ihren Karriereweg aus dem Blick und führen seltener Gehaltsverhandlungen“ (Der Standard, 28.12.2024) – so eine weitere negative Folge von Teilzeitarbeit. Eine Personalexpertin kann dem „Trend zur Teilzeit“ aber auch etwas Positives abgewinnen: „Wenn es nicht mehr ein absolutes Minderheitenprogramm ist, entstehen Karrierechancen, die es vorher nicht gab“ (Der Standard, 10.02.2024). Die Arbeit in Teilzeit hat – und das ist unbestritten – eindeutig „finanzielle Einbußen“ zur Folge: „Wer kürzer arbeitet, verdient weniger“ (Kurier, 04.04.2023). Hier geht es also auch um Fragen der Leistbarkeit: Kann sich ein Haushalt weniger Einkommen leisten und welche weiteren Folgen ergeben sich hier? Gedacht wird unter anderem an die Abhängigkeit vom Partner/ von der Partnerin (Kurier, 04.04.2023).

6.4 Kategorie „Diskursive Rahmung“

Bei der Kategorie „Diskursive Rahmung“ handelt es sich um eine Reihe an Subkategorien, die überwiegend interpretativ einzuordnen sind. Das heißt, es handelt sich um die Codierung von Aussagen und Textteilen, die beschreiben, *wie* und auf welche Art und Weise über die Auswirkungen und Herausforderungen von Frauen in Erwerbsarbeit bzw. Teilzeitarbeit gesprochen wird. Während die anderen Kategorien überwiegend inhaltliche Aspekte des Diskurses über Teilzeitarbeit erfassen – wie beispielsweise Gründe für Teilzeitarbeit –, liegt der Kategorie „Diskursive Rahmung“ die Erhebung latenter Deutungsmuster zu Grunde. Es handelt sich also um eine strukturierende Kategorie, die eine diskursive Einordnung von Aussagen ermöglicht. Subkategorien dieser Kategorie überschneiden sich inhaltlich auch am ehesten mit anderen Kategorien, sind aufgrund der latenten Bedeutung, die ihnen zugrunde liegt, wichtig für eine umfängliche Diskursanalyse, wie die folgenden Beispiel zeigen sollen.

Vereinbarkeit gelingt/ gelingt nicht

In diese Kategorie fällt beispielsweise die Aussage „Bei uns im Magdas sehe ich in der Praxis, wie Frauen sich abstrudeln, um alles unter einen Hut zu bringen. Wir haben viele Frauen, die Vollzeit arbeiten, aber manchmal unter größten Herausforderungen“ (Der Standard, 02.10.2023). Mit dieser Aussage ist gemeint, dass Vollzeit für Frauen aufgrund ihrer Rollenerwartungen eine Herausforderung darstellt – Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf gelingt nicht immer. „Familie und Beruf“ seien in Österreich besonders schwer zu vereinbaren, das ist zum einen „historisch begründet“, zum anderen auch einer „familienorientierten“ und „geschlechterrollenverstärkenden“ Politik geschuldet“, so die Soziologin Eva-Maria Schmidt in der Presse (24.11.2024). Vereinbarkeit gelingt also nicht bzw. gelingt, wenn Frauen in Teilzeit arbeiten: „Doch die Teilzeitdebatte ist komplex: Bei Befragungen zeigt sich, dass etwa 40 Prozent der Frauen Teilzeit arbeiten, weil sie Betreuungspflichten haben“ (Der Standard, 27.09.2024).

Teilzeit als strukturelle Folge

Diese Kategorie fasst Aussagen, wonach Frauen in Teilzeit arbeiten, weil das wirtschaftliche und auch das sozialstaatliche System in diese Rolle drängt, „Wahlfreiheit haben die wenigsten“ (Der Standard, 15.02.2023a). Vielmehr ist diese Entscheidung von äußeren Bedingungen wie etwa dem Angebot an Kinderbetreuungsplätzen, flexiblen Erwerbsarbeitsverhältnissen oder auch von Rollenerwartungen abhängig:

„Die Teilzeitquote zu senken ist dabei ein scheinbar einfacher Vorschlag mit klaren Schuldigen. Doch analysiert man die Lage genauer, sind die Probleme und die Lösungen sehr viel komplizierter und bedürfen auch struktureller Änderungen – Stichwort Kinderbetreuung, neue Rollenaufteilung der Geschlechter und vieles mehr“ (Der Standard, 08.02.2025).

Den Aussagen in dieser Kategorie liegt zugrunde, dass sie die Unfreiwilligkeit von Teilzeitarbeit bei Frauen erkennen. Gründe für Teilzeitarbeit werden nicht bei Frauen „gefunden“, sondern bei den strukturellen Bedingungen des Familien- und Arbeitslebens.

Teilzeit als individuelle Entscheidung

Im Gegensatz zur vorherigen Kategorie, fasst diese Kategorie alle codierten Elemente, die Teilzeitarbeitende für ihre Erwerbsarbeitssituation eigenverantwortlich machen, also sich auch aktiv für beispielsweise Teilzeitarbeit entscheiden. In zahlreichen Artikeln wird das als „neuer Trend“ (Der Standard, 16.01.2025) beschrieben, den „kollektiven ‚Arbeitsethos‘“ (Kurier, 04.04.2023) gebe es nicht mehr. „Immer mehr Menschen wollen schlicht und ergreifend nicht Vollzeit arbeiten – weil sie dem Diktum ‚Leben, um zu arbeiten‘ abgeschworen haben und ihnen die richtige Work-Life-Balance wichtiger ist“ (Der Standard, 15.02.2023b), so eine Unternehmerin. Angemerkt wird hier auch, dass es einen Wandel in der Rezeption der Entscheidung für Teilzeitarbeit gibt: „Manche Frauen entscheiden sich allerdings bewusst gegen eine Karriere und für die Familie. Was früher normal war, wird jetzt kritisch gesehen“ (Krone, 09.03.2025). Diese individuelle Entscheidung für Teilzeitarbeit stellt auch Arbeits- und Wirtschaftsminister Kocher in seinem viel diskutierten Interview in Frage:

„Aber wir brauchen weitere Schritte, um Vollzeitbeschäftigung attraktiver zu machen, wie eine geringere Abgabenbelastung und noch treffsicheren Einsatz von Sozialleistungen. In Österreich wird bei Sozial- und Familienleistungen wenig unterschieden, ob jemand 20 oder 38 Stunden arbeitet. Wenn Menschen freiwillig weniger arbeiten, dann gibt es weniger Grund, Sozialleistungen zu zahlen“ (Kurier, 14.02.2023).

Dieser Aussage nach ist diese freiwillige Entscheidung für Teilzeitarbeit gleichzeitig auch als eine strukturelle Entscheidung zu fassen – sind doch laut Kocher Steuern und Sozial- bzw. Familienleistungen dafür mitverantwortlich.

Teilzeit als Problem

Eingeleitet werden Aussagen, die in diese Kategorie fallen, meist mit einem Blick auf die Entwicklung des österreichischen Arbeitsmarktes und deren Auswirkungen auf die

Volkswirtschaft. Fachkräfte und Menschen, die das Pensionssystem finanzieren, würden fehlen. Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer fordert in einem Interview ein „Comeback“ von Leistung und Wettbewerbsfähigkeit, „Fleiß und Leistungsbereitschaft“ seien gefragt. Und ein Mehr an „Arbeitsstunden sieht er als einen Schlüsselfaktor für den Erhalt des Wohlstands“ (Der Standard, 21.07.2025). Im Umkehrschluss bedeuten diese Aussagen eine Kritik an Teilzeitarbeit, also Teilzeit als Problem – unabhängig davon, ob diese freiwillig oder unfreiwillig ist.

In diese Kategorie fallen aber auch Aussagen, die eine unfreiwillige Teilzeitarbeit betiteln:

„Etwa 100.000 Personen sind zudem unfreiwillig in Teilzeit. Vielfach Frauen, die bei den Arbeitsstunden insgesamt den Männern deutlich hinterherhinken. Laut OECD steckt kaum wo in der westlichen Welt mehr Potenzial drin, diese Lücke zu schließen“ (Der Standard, 12.07.2025).

Denn es sind vor allem Frauen, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen in einer unfreiwilligen Teilzeitstelle befinden. Für sie wird Teilzeit auch zum Problem – beispielsweise bringt sie einen „deutlichen finanziellen Nachteil“ (Der Standard, 15.02.2023a).

Teilzeit als Lösung

Während Teilzeit aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen für Individuen und auch für die Volkswirtschaft ein Problem darstellen kann, ist sie für andere gleichzeitig auch Lösung. Sie ermöglicht, „dass wir nicht nur für Erwerbsarbeit Zeit haben, sondern auch für Sorge, gesellschaftliches Engagement und uns selber“ (Der Standard, 26.05.2023), so die Soziologin Karin Jurczyk. Eine Stundenreduktion bietet die Möglichkeit, auf die „Bedürfnisse“ (Kurier, 04.02.2023) vieler Beschäftigte einzugehen, die „Zeit oft wichtiger als Geld“ (Kurier, 04.02.2023) sehen. Teilzeit ist laut Chefökonomin des Momentum-Instituts auch ein Lösungsansatz, Rollenbilder aufzubrechen: „Verkürzen wir die Arbeitszeit, dann bleibt Männern auch mehr Zeit für die wichtige unbezahlte Arbeit. Ihren Partnerinnen ermöglicht es wiederum, mehr Stunden einer bezahlten Arbeit nachzugehen“ (Der Standard, 08.03.2024). Es zeigt sich also, dass Teilzeit – je nach Akteur:in im Diskurs – eher als Lösung oder als Problem wahrgenommen bzw. ausgesprochen wird – beeinflusst ist das auch davon, ob diese Entscheidung etwa strukturell bedingt ist – z.B. durch fehlende Kinderbetreuungsangebote – oder aus einer persönlichen Entscheidung resultiert.

„Machtressourcen wie Geld, Wissen, symbolisches, ökonomisches, soziales oder kulturelles Kapital spielen eine wichtige Rolle, um die Verbreitung von Diskursen, das Zusammenspiel der daran beteiligten Akteure und ihre Außenwirkungen zu verstehen“ (vgl. Keller 2011: 74).

Diese Machtverhältnisse bzw. Hierarchien entstehen im Zusammenspiel von Diskursen, Sprecher:innen und dem adressierten Publikum. Diskurse sind an potenzielle Adressat:innen gerichtet und lenken in eine bestimmte Richtung. Hinter ihnen steht in der Regel also eine gewisse Absicht (vgl. Keller 2011: 73 f.). Darum ist auch nicht zu ignorieren, welche Akteur:innen in welchen Medien zu Wort kommen und wie häufig.

Im medialen Diskurs über Teilzeitarbeit in Österreich zeigt sich anhand der analysierten Texte eine auffällige Asymmetrie: Klar wird, Männer haben im Korpus zwar ohne Zweifel einen nicht unwesentlichen Part – sie treten in den 68 codierten Dokumenten 51-mal auf – nehmen im Diskurs aber keine Fokusrolle ein. Männer sind in der Teilzeitdebatte eine Art Vergleichspart, in dem Sinne, dass (meist) statistisch an die Thematik herangeführt wird: „Jede zweite erwerbstätige Frau war laut Statistik Austria zuletzt in Teilzeitbeschäftigung, bei den Männern stieg der Anteil auf 13,4 Prozent“ (Der Standard, 08.05.2024). Männer treten im Diskurs also häufig in Relation zu Frauen auf. Etwa dann, wenn die Lage am Arbeitsmarkt oder die Teilzeitquote von Männern mit der von Frauen verglichen wird.

Frauen sind zwar selbst nur selten Sprecherinnen im Diskurs, sie sind aber permanent Gegenstand der Rede. Allerdings sind es vor allem Männer – also Politiker bzw. Interessensvertreter – die im medialen Diskurs als aktive Akteure zu Wort kommen. Diese Konstellation bewirkt, dass Frauen zwar einerseits als Hauptobjekt der medialen Darstellung fungieren, andererseits allerdings wenig Deutungsmacht über den Diskurs an sich haben.

Das lässt sich auch damit erklären, dass es sich bei den Arbeits- und Wirtschaftsministern der letzten Jahre um Männer handelt. So stehen hier vor allem Martin Kocher (mit 91 Fundstellen im Korpus) und Wolfgang Hattmannsdorfer (18 Fundstellen im Korpus) im Fokus. Es zeigt sich zudem, dass Kocher den (politischen) Diskurs um Teilzeitarbeit dominiert. Auch über zwei Jahre nach seinem viel zitierten und diskutierten Interview im Kurier schlägt dieses im medialen Diskurs auf (beispielsweise: Der Standard, 22.07.2025).

Erstaunlich ist aber, dass – obwohl es sich hier um ein Frauenthema handelt – nicht vermehrt die Frauenministerinnen interviewt werden. Es gibt lediglich eine Nennung der

Frauenministerin – Susanne Raab (ÖVP) – im gesamten Korpus. Es handelt sich um ein Interview anlässlich des Weltfrauentags am 8. März 2024 in der Tageszeitung Die Presse. Die Ministerin nimmt hier auch zu Geschlechterrollen in der Arbeitsteilung Stellung: Rollenbilder würden sich sehr langsam, über Generationen verändern. Es komme hier aber zu einem Wandel, wonach auch Männer mehr Zeit mit der Familie verbringen wollen. „Wir müssen den Rahmen schaffen, dass Frauen früher in den Erwerb zurückkommen können. Das geht nur mit den 4,5 Milliarden, die wir in die Kinderbetreuung investieren“ (Die Presse, 08.03.2024), sieht sie ihre Rolle als Politikerin. Die Frauenministerin erkennt hier also, dass es sich bei der hohen Teilzeitquote von Frauen um eine strukturelle Folge handelt. Einerseits ordnet das gesellschaftliche Denken Frauen immer noch die Rolle in der Care-Arbeit zu, sie sieht andererseits allerdings schon einen gesellschaftlichen Wandel, wonach auch Männer zunehmend präsenter in der Kindererziehung sein wollen. Durch einen Umbau im System – welchen sie als Politikerin auch gestalten kann – könnten Frauen entlastet werden (vgl. Die Presse, 08.03.2024). Das heißt, das Bewusstsein über die Komplexität der Teilzeit-Thematik scheint vorhanden, nun gilt es dieses auch in der Praxis und in Zusammenarbeit mit anderen Ressorts umzusetzen. Inwiefern das gelingt, bleibt offen.

Die Tatsache, dass öfter Personen aus der Wirtschaft zur Thematik befragt werden, zeigt allerdings, dass Teilzeitarbeit weniger als gleichstellungspolitische Frage, sondern vielmehr als wirtschaftspolitisches Problem im medialen Diskurs behandelt wird. Teilzeitarbeit bzw. die hohe Teilzeitquote in Österreich wird in vielen Zeitungsartikeln für wirtschaftliche Probleme – sei es für Fachkräftemangel am Arbeitsmarkt oder für fehlende Einzahlungen in das sozialstaatliche Sicherungssystem – verantwortlich gemacht:

„Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP) wünscht sich möglichst viel Leistung von der arbeitenden Bevölkerung – und das betont er immer wieder gern. Teilzeit sei über die Jahre zu attraktiv geworden. (...) Für jene, die Kinder oder familiäre Pflegefälle betreuten, habe er Verständnis. Aber nicht für jene, die gesund seien und niemanden zu betreuen hätten. Es gehe um ‚Verantwortung gegenüber der gesamten Gesellschaft‘. Im kommenden Jahrzehnt würden 1,4 Millionen Babyboomer in Pension gehen (Der Standard, 22.07.2025).

Anhand der aktiven und passiven Akteur:innen im Diskurs zeigt sich, dass es zu einer ungleichen Zuschreibung von Verantwortung kommt. Es scheint ein unhinterfragter Fakt zu sein, dass Frauen mit Betreuungspflichten in Teilzeit arbeiten:

„Im Geschlechtervergleich zeigt sich jedoch, dass sich weibliche Befragte deutlich öfter gegen Vollzeit entscheiden, um Betreuungspflichten zu übernehmen. 36 Prozent der Frauen und nur sieben Prozent der Männer geben an, aus diesem Grund mit einer geringeren Stundenzahl zu arbeiten. Demgegenüber dominiert bei den Männern der Wunsch nach mehr Freizeit (32 Prozent) oder ein berufsbegleitendes Studium (25 Prozent)“ (Der Standard, 10.02.2024).

Spannend ist an dieser Stelle, dass zwar in sehr vielen Artikeln die Tatsache erwähnt wird, dass vor allem Frauen mit Kindern in Teilzeit arbeiten, Männer mit betreuungspflichtigen Kindern aus dieser Diskussion aber scheinbar selbstverständlich ausgeschlossen werden. In Österreich gibt es zu wenige Kinderbetreuungsplätze, überwiegend Frauen schließen eben diese Lücke, wie Statistiken zeigen: So gaben über 40 Prozent der von der Statistik Austria befragten Frauen an, aufgrund von Betreuungstätigkeiten in Teilzeitarbeit zu arbeiten, während es bei Männern lediglich ca. 7 Prozent waren (vgl. Statistik Austria 2025f).

Ein nicht unwesentlich höherer Anteil teilzeitbeschäftigter Männer (28,5 Prozent) gab an, freiwillig nicht in Vollzeit zu arbeiten. Der Anteil der Frauen liegt hier mit 27,3 Prozent ähnlich hoch (vgl. Statistik Austria 2025f). Im medialen Diskurs werden Personen, die keine Betreuungspflichten haben, sich aber dennoch in einem Teilzeit-Erwerbsarbeitsverhältnis befinden, eben dafür kritisiert: „Ein erheblicher Teil der Arbeitsfähigen in Österreich befinde sich im ‚Teilzeitmodus‘. Wer keine Betreuungspflichten habe, der solle mehr arbeiten, meint Hattmannsdorfer“ (Kurier, 31.05.2025). Diese Aussage des Wirtschaftsministers wird in weitere Folge des Artikels faktisch eingeordnet. Tatsächlich würden Studien zeigen, dass immer mehr Menschen auch ohne Betreuungspflichten eine Teilzeitstelle bevorzugen. Es gebe also einen Trend zur Teilzeit (Kurier, 31.05.2025).

Hier ergibt sich eine diskursive Leerstelle. Die Frage nach männlicher Teilzeit, um sich der Kindererziehung und -Betreuung zu widmen, wird im Gegensatz zur vermeintlich freiwilligen Teilzeitarbeit (von Frauen) selten thematisiert. Was hat das für Folgen? Teilzeitarbeit wird als Frauenproblem gesehen. Problem in dem Sinne, dass teilzeitarbeitende Frauen die unmittelbaren Auswirkungen der Teilzeitarbeit spüren – finanzielle Einbußen, weniger Pension, doppelte Belastung durch Rollenerwartungen:

„Kocher und Co verweisen auf den akuten Mangel in so vielen Branchen – und nicht nur in der Gastronomie. Es fehlt an Handwerkern, Industriefachkräften, Lehrerinnen und Pflegern. Softwareentwickler und Buchhalterinnen sind knapp. Zu viele Frauen arbeiten Teilzeit und

schmälern damit ihr Einkommen, ihre Aufstiegschancen und ihre zukünftige Pension“ (Der Standard, 04.03.2023).

Es handelt sich aber auch um ein Frauenproblem in jenem Sinne, dass Frauen dafür verantwortlich gezeichnet werden: Die Verantwortung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird Frauen zugeschrieben. Männer bleiben hier oftmals aus dem Diskurs ausgespart bzw. dienen als Vergleichsgruppe, ohne die Erwartungshaltung, Verantwortung zu übernehmen.

Das resultiert auch daraus, dass Teilzeitarbeit im analysierten medialen Diskurs überwiegend von Politiker:innen oder Interessensvertreter:innen als wirtschaftliches Problem gerahmt wird. Der breite Tenor: Teilzeitarbeit schadet der Wirtschaft. Die politische Debatte um Teilzeitarbeit ist also weniger eine Frage um den Abbau von geschlechterspezifischen Ungleichheiten, sondern in vielen Fällen eine wirtschaftliche. Das ist auch der Grund dafür, warum Männer nicht an Stelle von Frauen in ihrer Karriere zurückstecken sollen oder warum Rollenbilder nicht in Frage gestellt werden. Denn Anlass der Teilzeitdebatte ist in vielen Fällen die Wirtschaftslage: es gibt zu wenige Fachkräfte und zu viele Pensionierungen, Arbeitskräfte fehlen in vielen Bereichen. Als politischer Lösungsansatz wird daher häufig genannt, Menschen – und hier vor allem Frauen – aus der Teilzeit in die Vollerwerbstätigkeit zu bringen. Die Lösung wird in externer Betreuung gesehen. So auch im nachstehenden Zitat von Gewerkschafter Josef Muchitsch (SPÖ), der auch der Ausbau an Kinderbetreuung als Lösung in der Teilzeitdebatte sieht:

„Und wir brauchen Rahmenbedingungen, dass Teilzeitbeschäftigte öfter aufstocken können. Da geht es um Kinderbetreuung und Pflege: Vor allem Frauen müssen oft Arbeitszeiten reduzieren, weil es kein Angebot für Kinderbetreuung gibt“ (Die Presse, 21.05.2023).

Kinderbetreuung ist also sowohl Lösung als auch Grund für Teilzeitarbeit. Das wird im Diskurs zwar erkannt und kommuniziert, konkrete Lösungen für das Problem werden allerdings selten artikuliert. Im folgenden Kapitel wird aufgezeigt, wie sich das äußert und welche weiteren Gründe für Teilzeitarbeit im medialen Diskurs aufscheinen.

7.2 Narrative und Rahmungen der Gründe für Teilzeitarbeit

Im medialen Diskurs um Teilzeitarbeit ist die Frage nach den Gründen für diese Art der Erwerbstätigkeit sehr zentral. Ist Teilzeitarbeit Thema, so wird auch auf die Motive dafür

eingegangen. Auffällig ist, dass bestimmte Gründe vorherrschend sind und in weiterer Folge das Bild von Teilzeitarbeit maßgeblich prägen. In den folgenden Absätzen werden die im Diskurs genannten Motive für Teilzeitarbeit mit den jeweiligen Akteur:innen in Relation gesetzt. Ziel ist zu erläutern, wie diese Gründe diskursiv gerahmt werden und welche Rückschlüsse sich daraus auf gesellschaftliche Narrative und Machtverhältnisse ziehen lassen.

Das zeigt auch die Analyse der Code-Häufigkeiten in allen analysierten Zeitungsberichten. Gründe für Teilzeitarbeit wurden in 64 von 68 analysierten Medienberichten angegeben bzw. diskutiert. Folgende Auswertung (siehe Abbildung 14) zeigt die Anzahl der Dokumente mit den jeweiligen vergebenen Codes.

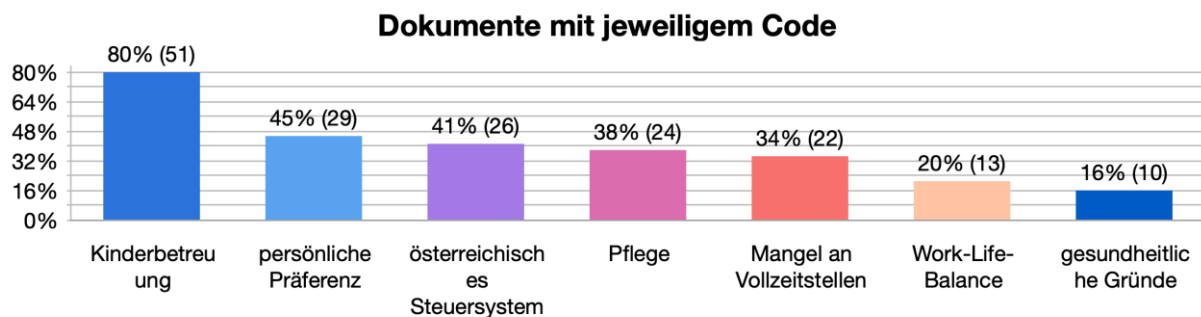


Abbildung 14: Code-Häufigkeit im Korpus - Gründe für Teilzeitarbeit.

Es zeigt sich, dass Kinderbetreuung in 80 Prozent der Dokumente (in 51 von 68 Dokumenten) als Grund für Teilzeitarbeit angegeben wurde. Dieser Kategorie kann auch das Motiv „Pflege“ zugeordnet werden, da beide Gründe, also Kinderbetreuung und Pflege, häufig in Kombination genannt werden:

„Diese Beobachtung deckt sich auch mit den Daten einer Karriere.at-Umfrage aus dem Vorjahr. Als Hauptgründe für weniger Wochenstunden wurden die Pflege und Betreuung von Kindern oder älteren Angehörigen (29 Prozent) – sogenannte Care-Arbeit –, gefolgt vom Wunsch nach mehr Freizeit (21 Prozent) angeführt.“ (Der Standard, 10.02.2024).

Gefolgt wird diese Kategorie vom Motiv „persönliche Präferenz“. Dieser Grund bleibt häufig unkonkret und meint beispielsweise den „Wunsch, nur eine Teilzeittätigkeit auszuüben“ (Die Presse, 19.05.2023). In Textstellen, die „Work-Life-Balance“ als Grund nennen, wird allerdings deutlich gemacht, dass es hier vorrangig um Vereinbarkeit zwischen Privatleben und Beruf geht. In 41 Prozent der analysierten Medienberichte wird auch das „österreichische Steuersystem“ als Grund für Teilzeitarbeit angegeben. Spannend ist hier, welche Akteur:innen

dieses Motiv in den Diskurs bringen – darauf wird im Laufe dieses Kapitels gesondert eingegangen. Auch der „Mangel an Vollzeitstellen“ prägt die Frage um die Gründe für Teilzeitarbeit in Österreich. Dieser Grund wird überwiegend als Kritik an der Politik und Arbeitgeber:innen-Seite geäußert – etwa von der Arbeiterkammer (vgl. Der Standard, 25.07.2023). „Gesundheitliche Gründe“ sind sehr selten Teil der Teilzeitdebatte und werden vor allem dann in den Dialog geführt, wenn es um Befragungen von Arbeitnehmer:innen geht, die angeben, aus psychischen oder physischen Gründen nicht Vollzeit arbeiten zu können (vgl. Der Standard, 21.07.2025).

Eine zentrale Rolle im medialen Diskurs um Teilzeitarbeit in Österreich nimmt – wie bereits angemerkt – das österreichische Steuersystem ein. Diese Kategorie wurde im Laufe der Auswertung des Datenkorpus hinzugefügt. Es handelt sich also um eine induktive Kategorie, die auf Grundlage des Datenmaterials gewonnen wurde. Das ist damit zu erklären, dass in statistischen Erhebungen der Gründe für Teilzeitarbeit in der Regel die hohe Steuerlast für Vollzeitarbeit nicht als Motiv für Teilzeitarbeit von Arbeitnehmer:innen angegeben wird. Auch in den Medienberichten des Datenkorpus werden statistische Erhebungen zu den Motiven für Teilzeit angeführt. Auch hier scheint dieser Grund nicht als wesentlich für Arbeitnehmer:innen auf. Kommen allerdings Expert:innen und Ökonom:innen – und hier vor allem auf Seiten der Arbeitgeber:innen-Interessensvertreter – und Politiker:innen zu Wort, so wird das österreichische Steuersystem als ausschlaggebender Grund für Teilzeitarbeit angesprochen. Mithilfe von MAXQDA kann diese Relation zwischen Akteur:innen im Diskurs und Gründen für Teilzeitarbeit genauer dargestellt bzw. diese Annahme gestützt werden, wie folgende Ansicht verdeutlicht:

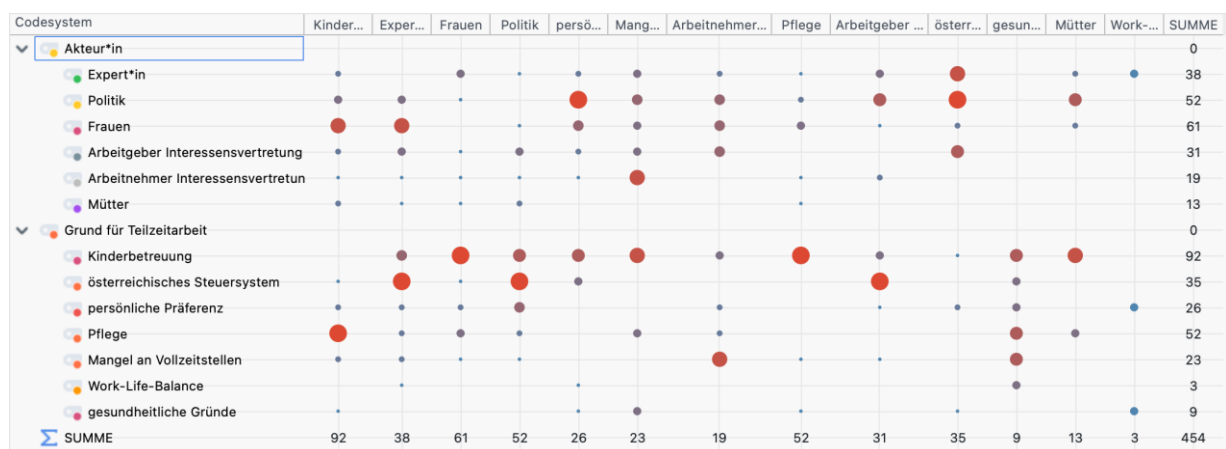


Abbildung 15: Code-Relations - Akteur:innen und Gründe für Teilzeitarbeit.

Anhand der Größe und Färbung der Punkte wird sichtbar, dass die Kategorie „Politik“ mit dem Grund „österreichisches Steuersystem“ am häufigsten korreliert. Ebenso bringen Expert:innen und Arbeitgeber:innen-Interessensvertreter:innen den Grund in den Diskurs. Weitere Motive für Teilezeitarbeit, die von der Politik ins Spiel gebracht werden, sind die Kinderbetreuungssituation und der Punkt „persönliche Präferenz“.

Die codierten Textpassagen zeigen also, die Politik kritisiert das österreichische Steuersystem, weil es Vollzeitarbeit unattraktiv mache. So sagt auch Wirtschaftsminister Kocher im Interview:

„Wir haben die Lohnnebenkosten um 0,4 Prozentpunkte gesenkt. Aber wir brauchen weitere Schritte, um Vollzeitbeschäftigung attraktiver zu machen, wie eine geringere Abgabenbelastung und noch treffsicheren Einsatz von Sozialleistungen“ (Kurier, 16.02.2023).

Auch in anderen Textpassagen wird die Steuersituation in Österreich eingeordnet: „Tatsächlich ist es für eine Teilzeitkraft nur bedingt rentabel, auf einen Vollzeitjob aufzustocken“ (Die Presse, 29.09.2023). Es zeigt sich also, dass der Grund der Steuerlast diskursiv als „unfreiwilliger Zwang“ für Teilzeitarbeit dargestellt wird. Gleichzeitig liegt es in politischer Hand, dieses System zu ändern. Allerdings wird in statistischen Erhebungen – wie bereits erwähnt – dieser Grund zumindest nicht als ausschlaggebend für die Wahl des Erwerbsarbeitsverhältnisses angegeben. Menschen sehen steuerliche Begünstigung nicht als Grund, weniger zu arbeiten. Vorstellbar ist zudem, dass Frauen, die sich aufgrund von Kinderbetreuungspflichten in Teilzeitarbeit befinden und auch nachdem die Kinder extern betreut werden – durch Schule oder Kindergarten – kein Vollzeitarbeitsverhältnis eingehen, Motive dafür haben. Mögliche Faktoren sind hier beispielsweise die Betreuung pflegebedürftiger Erwachsener oder Reproduktionsarbeit – und weniger die Steuerbelastung. Es handelt sich also um eine Behauptung, die an der Lebensrealität der Menschen in Österreich vorbeigeht bzw. wesentliche strukturelle Faktoren, die Teilzeitarbeit begünstigen, ignoriert.

Ähnliches gilt für die Kinderbetreuungs- und Pflegesituation in Österreich, die auch von Politiker:innen thematisiert wird. Es ist unbestritten, dass es sich dabei um entscheidende Gründe für Teilzeitarbeit handelt: „Selbstverständlich gehe es bei der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung auch um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch qualitative Kinderbetreuung und attraktive Arbeitsbedingungen“ (Der Standard, 15.02.2023a),

so Kocher. Lösungsvorschläge werden allerdings nicht bzw. nur selten (s. Die Presse, 08.03.2024) geboten.

Ist die mangelnde Kinderbetreuung ein Grund für die Teilzeitarbeit von Frauen, so kann diese diskursiv auch als Lösung eingeordnet werden. „Für viele Menschen ist Teilzeit eine Chance. Dadurch können sie Familie und Beruf unter einen Hut bringen oder haben mehr Freizeit“ (Der Standard, 16.02.2023). Denn neben strukturellen Gründen wird Teilzeitarbeit im medialen Diskurs also auch als Chance oder Lösung dargestellt. Zu beachten ist, dass diese „Lösung“ allerdings aufgrund struktureller Schieflagen entstanden ist. Von einer freiwilligen Teilzeitarbeit ist hier also oftmals nicht die Rede: „Häufig haben Frauen, die Teilzeit arbeiten, Betreuungsverpflichtungen. Wenn der Arbeitsplatz nicht flexibel genug ist oder Kinderbetreuung fehlt, kann man schwer von ‚freiwillig‘ sprechen“ (Der Standard, 15.02.2023b), so die Arbeitsmarktexpertin des WIFO, Christine Mayrhuber. Auch die Soziologin Karin Jurczyk argumentiert in einem Standard-Artikel:

„Es braucht immer eine Person, die dem vollzeiterwerbstätigen Menschen jegliche Arbeit abnimmt. Wir hätten keine Kinder, keine Versorgung der Alten, wenn alle selbstverständlich Vollzeit plus erwerbstätig wären. Das wird bei diesen Debatten einfach immer vergessen“ (Der Standard, 26.05.2023).

Teilzeit kann also sehr wohl eine Lösung sein, um Beruf und Familie zu vereinbaren. Hier zeigt sich ein ambivalentes Muster: Teilzeitarbeit überzeugt mit Flexibilität. Diese Flexibilität bringt Frauen in eine Doppelbelastung. Es handelt sich hierbei häufig um eine diskursiv scheinbar „freiwillig“ dargestellte Entscheidung. Tatsächlich liegt diese aber strukturellen Mängeln im System und patriarchalen Gesellschaftsstrukturen zugrunde. Teilzeitarbeit ist damit für viele Frauen eine „erkaufte Flexibilität“, die mit unmittelbaren – weniger Einkommen und Doppelbelastung – und langfristigen Nachteilen – weniger Pension und Verzicht auf Karriere – verbunden ist und auch zu Lasten der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen geht.

7.3 Teilzeitarbeit – Individualisierung eines strukturellen Problems

Es zeigt sich also, dass die Gründe für Teilzeitarbeit im medialen Diskurs sowohl auf individueller als auch auf struktureller bzw. gesamtgesellschaftlicher/ wirtschaftlicher Ebene diskutiert werden – sei es Fachkräftemangel, Pensionslücke oder fehlende Steuereinnahmen. Anlass für Debatten um Teilzeitarbeit in Österreich ist oftmals die wirtschaftliche Situation:

„Laut dem Produktivitätsrat, (...) bringe die zunehmende Teilzeit ‚gesamtwirtschaftliche Herausforderungen‘ mit sich – unter anderem, weil niedrigere Einkommen eine geringere Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zur Folge haben“ (Die Presse, 29.09.2023).

Mehr Vollzeitarbeit sei auch „eine Voraussetzung dafür, dass Österreich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiterhin diesen Wohlstand genießen und sein Sozialsystem finanzieren kann“, so Kocher (Kurier, 16.02.2023).

Dass die Brille, mit welcher auf die Teilzeitdebatte geblickt wird, vor allem eine wirtschaftliche ist, zeigt sich auch anhand der Codierungen in der Kategorie „Folgen und Herausforderungen“ von Teilzeitarbeit. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen der Teilzeitarbeit sind im Diskurs häufiger vertreten als die individuellen Folgen für Frauen – beispielsweise Altersarmut, finanzielle Einbußen oder weniger Chancen, was die Karriere betrifft. Politiker:innen bzw. Wirtschaftsvertreter:innen argumentieren hier verstärkt auf einer Meso- bzw. Makroebene, machen aber Individualentscheidungen dafür verantwortlich. Das heißt, die scheinbar freiwillige Entscheidung für Teilzeitarbeit von Frauen steht aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen in der Kritik. Die persönlichen Folgen für Frauen bleiben oftmals unthematisiert, werden im politischen Diskurs aber mittlerweile angesprochen: Eine Entwicklung in diese Richtung zeichnet sich vor allem dadurch ab, dass sich die zentralen Aussagen von Seiten des ÖVP besetzten Wirtschaftsministeriums verändert haben. Kocher kam mit seiner Idee, Teilzeitarbeitende mit Kürzungen in Sozialleistungen zu Vollzeit zu bewegen wiederholt in Kritik. Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer – seit März 2025 im Amt – formuliert seine Ambitionen anders: „Er will Teilzeitarbeitende darüber informieren, welche Einbußen es durch die verringerte Arbeitszeit in der Pension gibt (Die Presse, 23.07.2025). Die wirtschaftlichen Folgen einer hohen Teilzeitquote sind zwar Anlass politischer Debatten, die Verantwortung dafür wird aber verschoben. Der Diskurs verlagert sich also innerhalb einer Argumentationslinie von der gesellschaftlichen bzw. strukturellen auf eine individuelle Ebene. Es lässt sich hier eine Tendenz zur Individualisierung erkennen. Die Verantwortung für Teilzeitquoten tragen Frauen, die sich für Teilzeitarbeit entscheiden, sei es aus persönlicher Präferenz oder aufgrund struktureller Faktoren.

Völlig ausgespart aus dem politischen Diskurs bleibt beispielsweise die Frage der Mehrfachbelastung von Müttern, die erwerbstätig sind – sei es Teilzeit oder Vollzeit. Expert:innen ergänzen dem medialen Diskurs diese Sichtweise – sind medial aber weniger stark

vertreten als Politiker:innen. Die Soziologin Eva-Maria-Schmidt zeigt in einem Presse-Artikel auf: Strukturell wie auch aufgrund gesellschaftlicher Normen sind es vor allem Frauen, die Sorgearbeit übernehmen und das nicht ohne Konsequenzen:

„Die Normvorstellung einer Mutter beinhaltet demnach, dass diese stets präsent und dem Kind zugewandt ist und zwar so lang und so umfassend wie möglich. (...) Die ideale Mutter erkennt, was das Kind braucht und ob seine Bedürfnisse erfüllt sind. Und sie ist auch die beste Person dafür. Umso mehr plagt Mütter, die arbeiten oder kindfreien Beschäftigungen nachgehen, ein schlechtes Gewissen. Sie haben permanent Schuldgefühle, nicht gut genug zu sein“ (Die Presse, 18.03.2023).

Auch Wertestudien würden zeigen, dass die Ablehnung der Erwerbsarbeit von Müttern in Österreich hoch ist. Dieser Aspekt wurde auch in Kapitel 4.2 thematisiert: In Österreich ist man hinsichtlich Mütter-Erwerbstätigkeit eher „traditionell“ und konservativ eingestellt – so überwiegt auch das haushaltsökonomische Modell, wonach der Vater Hauptverdiener ist, während die Mutter in Teilzeit arbeitet. Dennoch ist aufgrund eines Wertewandels der jüngeren Generation von einem Trend hin zu mehr Gleichstellung zwischen den Geschlechtern auszugehen (vgl. Berghammer & Schmidt 2020).

Die Tatsache, dass Mütter arbeiten müssen, auch um ihre Pension abzusichern, ist gesellschaftlich mehr akzeptiert. Das zeigt zumindest die politische Argumentationslinie, aber auch nicht gänzlich unvoreingenommen (Die Presse, 18.03.2023). Auch der „freiwillige“ Wunsch vieler Frauen nach mehr Teilzeit, sei durch frühe Prägungen beeinflusst, so Alyssa Schneebaum, Ökonomin an der WU Wien. „Einflüsse der Sozialisation spiegelten sich auch in den im Laufe des Lebens getroffenen Entscheidungen wider“ (Die Presse, 01.04.2023). Auch Väter würden heute zunehmend unter Druck stehen, so die Soziologin Eva-Maria Schmidt in einem weiteren Artikel. Das würde auch der allgemeine Wunsch nach Stundenreduktion zeigen (Die Presse, 24.11.2024).

Könnten diese Normvorstellungen – die laut Erhebungen auch heute noch sehr präsent sind – der Grund sein, warum Männer im politischen medialen Diskurs nicht mehr in Verantwortung gezogen werden und warum die Kinderbetreuung als Grund für Teilzeitarbeit nicht mehr in Frage gestellt wird, sondern als selbstverständlich gilt?

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass Expert:innen im medialen Diskurs vor allem die individuellen Folgen von Teilzeitarbeit für Frauen in den Blick nehmen, während der politische

Diskurs vor allem auf gesellschaftlichen Normvorstellungen mit einer wirtschaftlichen Perspektive beruht. Für eine ganzheitliche Diskussion der Thematik braucht es also eine Mischung aus Blickwinkeln. In der Realität – und das zeigt auch diese Untersuchung – wird es immer einen Leitdiskurs geben. Die Ergebnisse zeigen, dass diese Normvorstellungen, also die überwiegend traditionellen Leitbilder von Familie und Erwerbsarbeit, das gesellschaftliche Verständnis prägen. Daraus ergibt sich: Erwerbsarbeit ist männlich, Sorgearbeit ist weiblich geprägt. Und diese Normen sind es auch, die die diskursive Logik größtenteils prägen, also wie Medien und die Politik sprechen.

8 Zusammenfassung

Diese Masterarbeit widmet sich dem Thema Frauen in Teilzeitarbeit in Österreich. Von besonderem Interesse ist dabei die Komponente der Unfreiwilligkeit bzw. Freiwilligkeit, sowie die Folgen und Herausforderungen dieser Erwerbsform. Ausgehend von einer theoretischen Heranführung an das Thema wurde im zweiten Teil dieser Masterarbeit eine qualitative Untersuchung des medialen Diskurses darüber durchgeführt. Auf Basis der Methode einer strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz und Rädiker (2022) wurden ausgewählte Medienberichte diskursanalytisch untersucht. Über den Zeitraum von Februar 2023 bis August 2025 wurde ein Korpus von 68 Texten ausgewertet.

Diese abschließende Zusammenfassung bündelt die zentralen theoretischen Grundlagen, verknüpft diese mit den zentralen Ergebnissen der Diskursanalyse und ordnet die gewonnenen Erkenntnisse in den bestehenden Forschungsstand ein.

Eingangs wurde Arbeit als solche und im Besonderen die sogenannte Normalarbeitszeit, deren zunehmende Flexibilisierung sowie die Herausbildung der Teilzeitarbeit und deren Ausprägung untersucht (Kapitel 2). Zudem wurde sich der Frage gewidmet, wie sich Arbeitszeit – sei es Erwerbsarbeitszeit oder unbezahlte Sorgearbeit – zwischen den Geschlechtern aufteilt. Zeitverwendungsstudien geben hier einen lohnenden Einblick auf männliche und weibliche Arbeitsalltage: So wurde in einer Zeitverwendungsstudie der Statistik Austria für 2021/2022 erhoben, dass Frauen öfter als Männer Arbeit im Haushalt und für die Familie übernehmen. 95,5 Prozent der Frauen und 87,5 Prozent der Männer verrichten unbezahlte Arbeit, wie Sorgearbeit, Haushaltstätigkeiten, Betreuungstätigkeit und Freiwilligentätigkeiten (vgl. Statistik Austria 2023a: 71 ff.). Vor allem der Zeitaufwand für diese Tätigkeiten unterscheidet sich: Frauen sind rund 4 Stunden am Tag mit unbezahlter Arbeit beschäftigt, während Männer nur ca. 2,5 Stunden dafür aufwenden (vgl. Statistik Austria 2024a). Männer wenden hingegen mehr Zeit als Frauen für Erwerbsarbeit auf. Der Anteil der Frauen, die erwerbstätig sind, liegt bei 42,2 Prozent, während er bei Männern bei 55 Prozent liegt (vgl. Statistik Austria 2023a: 39 ff.).

Die Tatsache, dass Frauen einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit übernehmen, führt auch dazu, dass sie sich häufig in einem Teilzeit-Erwerbsarbeitsverhältnis befinden. Darum fokussierte ein weiteres Kapitel dieser Masterarbeit auf Teilzeitarbeit. Von besonderem

Interesse ist hier, warum diese in Österreich als „typisch weiblich“ gilt und welche Gründe dahinterstehen. Statistiken zeigen, dass vor allem die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Erwachsenen Frauen vermehrt in Teilzeitarbeit drängt: Für rund 40 Prozent der befragten Frauen sind Betreuungstätigkeiten für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene ein Grund für ihr Teilzeitarbeitsverhältnis, wohingegen lediglich ca. 7 Prozent der Männer dieses Motiv angeben (vgl. Statistik Austria 2025f).

Unbestritten ist auch in der medialen Teilzeit-Debatte klar, dass die Kinderbetreuungssituation in Österreich Hauptgrund für Teilzeitarbeit ist. In Österreich gibt es zu wenige Kinderbetreuungsplätze, überwiegend Frauen schließen diese Lücke, wie auch Statistiken zeigen (vgl. Statistik Austria 2025f). Hierbei wird im medialen Diskurs aber häufig nicht klar, dass es sich bei der Entscheidung für eine Teilzeitstelle oftmals nicht um eine individuelle Entscheidung bzw. persönliche Präferenz handelt, sondern vielmehr strukturelle Gründe dieser Wahl zugrunde liegen. Politiker:innen kritisieren zwar die hohe Teilzeitquote (von Frauen) in Österreich, hinterfragen diese aber nicht, Lösungsansätze für fehlenden Kinderbetreuung bleiben aus. Unangetastet bleibt in dieser Situation also auch die Zuschreibung von Care-Arbeit für Frauen. Denn Männer mit betreuungspflichtigen Kindern werden aus dieser medialen Diskussion weitgehend ausgespart. Dass der mediale Diskurs kein gleichstellungspolitischer, sondern vielmehr ein wirtschaftspolitischer ist, zeigt sich auch daran, dass häufig das österreichische Steuersystem in Kritik steht: Es begünstigt Teilzeitarbeit. In statistischen Erhebungen der Gründe für Teilzeitarbeit wird die hohe Steuerlast für Vollzeitarbeit in der Regel allerdings nicht als Motiv für Teilzeitarbeit von Arbeitnehmer:innen angegeben. Es zeigt sich also, dass der Grund der Steuerlast von Politiker:innen diskursiv als „unfreiwilliger Zwang“ für Teilzeitarbeit dargestellt wird.

Auch die geschlechterspezifische Arbeitsmarktbeteiligung im Wandel der Zeit wurde in der Masterarbeit thematisiert (Kapitel 3). Ersichtlich wird hier, dass vor allem die Trennung zwischen privater Sphäre und Öffentlichkeit sowie deren Rollenverortung und -Zuschreibung nach Geschlecht sehr prägend für männliche und weibliche Lebensläufe und Alltage ist. Darauf beruht auch die Ausgestaltung von Familienmodellen. Ausgehend vom sogenannten Male-Breadwinner-Modell gab es in Österreich im letzten Jahrhundert eine Entwicklung hin zu einem Adult-Worker-Modell, das auch Frauen in Erwerbsarbeit sieht. Ökonomische Krisen und neoliberale Tendenzen stellten das männliche Ernährer-Modell zunehmend in Frage (vgl. Lutz 2010: 27 ff.). Sozial- und wohlfahrtsstaatliche Anreize bewirkten diese Aktivierung der Frauen

für den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig sind es auch Frauen, die in Österreich überwiegend die unbezahlte und unabdingbare Sorge- und Reproduktionsarbeit übernehmen (Binner & Décieux 2023: 37 ff.).

Frauen nehmen demnach einen zentralen Part am Arbeitsmarkt ein. Das hat erhebliche Auswirkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und nicht zuletzt auf Familien und persönliche Lebensentwürfe. Speziell für Frauen ergeben sich also Herausforderungen, die auf einem Wechselspiel zwischen Fremd- und Selbstbestimmung beruhen. Folgen davon sind etwa die „Doppelte Vergesellschaftung“ von Frauen. Dieses Konzept von Becker-Schmidt (2008) zeigt die Herausforderung weiblichen Alltags auf, welcher maßgeblich von Rollenerwartungen und dem Anspruch, diese zu erfüllen, geprägt ist. Das Eintreten von Frauen in den Arbeitsmarkt bringt demnach nicht nur Chancen und Selbstbestimmung, sondern auch eine doppelte Belastung, durch die Einbindung in die Tätigkeitsfelder Beruf und Familie. Als Folge zeigt sich, dass Frauen häufig in Teilzeit arbeiten, um beide Sphären zu vereinbaren (vgl. Becker-Schmidt 2008). Das wird auch im medialen Diskurs thematisiert: Teilzeit kann eine Lösung sein, um Beruf und Familie besser zu vereinbaren, denn Teilzeitarbeit überzeugt mit Flexibilität. Diese Flexibilität bringt Frauen allerdings in eine Doppelbelastung. In den analysierten Medienberichten zeigt sich die Wahl für Teilzeitarbeit häufig als eine diskursiv scheinbar „freiwillig“ dargestellte Entscheidung. Tatsächlich liegt diese aber strukturellen Mängeln im System und patriarchalen Gesellschaftsstrukturen zugrunde. Teilzeitarbeit ist damit für viele Frauen eine „erkaufte Flexibilität“, die mit unmittelbaren und langfristigen Nachteilen verbunden ist und auch zu Lasten der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen geht.

Sozialpolitische Entscheidungen, die diese geschlechterspezifischen Ungleichheiten erkennen, könnten dieser Zweipoligkeit der Arbeitswelten entgegenwirken. Laut Binner und Décieux (2023) ist die Basis bzw. der Nährboden für diese Ungleichheit allerdings ein „gesellschaftlich getragenes Normensystem“, das auf patriarchalen Mustern aufbaut und tief verankert ist (vgl. Binner & Décieux 2023: 31 ff.). Die Gesellschaft profitiere aber von der Reproduktion der weiblichen Rollenmuster, weil unbezahlte Sorgearbeit weiterhin unentgeltlich von Frauen übernommen wird (vgl. Becker-Schmidt 2008: 72 f.). Ein Auflösen bestehender Muster wird dadurch erschwert. Bourdieus Konzept der „Männlichen Herrschaft“ (1990) zeigt auf, dass es gesellschaftliche Norm- und Wertvorstellungen sind, die Individuen bereits mit ihrer Sozialisation bestimmte Tätigkeiten zuschreiben und ein Aufbrechen der Muster erschwert.

Zudem sind diese nicht unberührt von Hierarchie- und Machtverhältnissen, was sich entscheidend auf Lebensrealitäten auswirkt – Frauen sind hier besonders betroffen. Das zeigt sich unter anderem an der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung im Privaten und im Erwerbsleben. Der geschlechterungleichen Verteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit liegen also weniger individuelle Entscheidungen, sondern vielmehr gesellschaftliche Strukturen zu Grunde. Institutionen, Familie, Bildungssysteme oder Medien können diese Denkmuster verstärken, reproduzieren und damit unhinterfragt machen (vgl. Bourdieu 1980: 96 ff.). So beruht auch der mediale Diskurs um Teilzeitarbeit in Österreich vor allem auf gesellschaftlichen Normvorstellungen mit einer wirtschaftlichen Perspektive – dazu in den abschließenden Absätzen mehr.

Auch institutionelle Rahmenbedingungen bzw. das sozialstaatliche System wurden im Rahmen dieser Masterarbeit analysiert (Kapitel 4). Herausgearbeitet wurde zudem, inwiefern strukturelle Rahmenbedingungen auf Erwerbs- und Familienleben und damit vor allem auf den Alltag von Frauen einwirken. Von besonderem Interesse sind hier die Kinderbetreuungs- sowie die Pflegesituation in Österreich. Feministische Theorien, wie die von Schunter-Kleemann (1992), konstatieren, dass die mitteleuropäische Wohlfahrtsstaatstruktur die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern festschreibt und reproduziert. So werden in Österreich Familien bzw. Leistungen für Kinder überwiegend mit Geld- anstatt Sachleistungen gefördert (vgl. BM f. Soziales 2024: 20 ff.). Steuern und Sozialleistungen sind – wie das für den konservativen Wohlfahrtsstaat nach Esping-Andersen (1999) charakteristisch ist – familienbezogen und fördern das konservative Modell des männlichen Familienernährers (vgl. Esping-Andersen 1999: 65 f.; 81 ff.). Das zeigt sich an der Kinderbetreuungs- und Pflegesituation in Österreich: Wahlfreiheit hinsichtlich des Erwerbsarbeitsverhältnisses ist nur dann gegeben, wenn es genügend Betreuungsplätze gibt, die mit einer Vollzeittätigkeit vereinbar sind (vgl. Statistik Austria 2024). Tatsächlich gibt es in Österreich laut Studien einen erheblichen Aufholbedarf: Das zeigt sich vor allem in den fehlenden Betreuungsangeboten der unter Dreijährigen (vgl. Köppl-Turyna 2023). Auch bei der Altersversorgung zeigt sich dieses Bild für Österreich. So werden ca. 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen zuhause betreut, zu einem Großteil von Frauen (vgl. gesundheits.gv.at 2024).

In Österreich wird die Betreuung von Kindern traditionell im Privaten geleistet. Das ist einerseits dem fehlenden Betreuungsangebot zuzuschreiben, andererseits auch der konservativen Werthaltung: In Österreich lebt etwa die Hälfte der Paarbeziehungen nach dem

modernisierten Male-Breadwinner-Modell, vom Alter des Kindes unabhängig (vgl. Berghammer 2014: 625 ff.). Die Werthaltungen gegenüber der Ausgestaltung des Familienlebens und das Angebot an staatlicher Kinderbetreuung dürften sich wechselseitig beeinflussen. So ist man in Österreich laut einer Studie von Berghammer und Schmidt (2020) hinsichtlich der Erwerbsarbeit von Müttern wenig offen. 47 Prozent der Befragten stimmen zu, dass „Kinder darunter leiden, wenn die Mutter berufstätig ist“. Österreich liegt damit im europäischen Vergleich bei einem sehr hohen Wert (vgl. Berghammer & Schmidt 2020).

Dieses Zusammenspiel an gesellschaftlichen Normvorstellungen – sei es die Wertvorstellung von Erwerbsarbeit, die Unterscheidung von Privat und Öffentlich und die geschlechtliche Rollenzuschreibung zu beiden Sphären – wirken sich maßgeblich auf Institutionen und sozialstaatliche Sicherungssysteme und damit auf soziale Denkmuster und individuelle Lebensläufe aus. Inwiefern das auch im medialen Diskurs über Teilzeitarbeit in Österreich kommuniziert wird, ist auch Teil der empirischen Erhebung in dieser Masterarbeit.

Das Ergebnis zeigt folgendes Bild: Frauen sind im medialen Diskurs über Teilzeitarbeit in Österreich bedeutende Akteurinnen – dabei allerdings in den meisten Fällen nur passiv, sie kommen selten selbst zu Wort. Das heißt, Frauen sind zwar Hauptobjekt der medialen Darstellung, haben aber selbst wenig Deutungsmacht über den Diskurs. Der Diskurs ist vor allem ein politischer und fokussiert auf arbeitsmarktpolitische, wirtschaftliche und sozialstaatliche Themen bzw. Herausforderungen. Teilzeitarbeit ist im medialen Diskurs also kein Frauenthema, sondern ein wirtschaftspolitisches mit Frauen als Hauptakteurinnen. Die Tatsache, dass öfter Personen aus der Wirtschaft sowie Wirtschaftsminister zur Thematik befragt werden, zeigt, dass Teilzeitarbeit weniger als gleichstellungspolitische Frage, sondern vielmehr als wirtschaftspolitisches Problem im medialen Diskurs behandelt wird. Dass die Brille, mit welcher auf die Teilzeitdebatte geblickt wird, vor allem eine wirtschaftliche ist, zeigt sich auch daran, dass wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen der Teilzeitarbeit im Diskurs häufiger vertreten sind als die individuellen Folgen für Frauen. Politiker:innen bzw. Wirtschaftsvertreter:innen argumentieren verstärkt auf einer Meso- bzw. Makroebene, machen aber Individualentscheidungen für die hohe Teilzeitquote verantwortlich. Die persönlichen Folgen für Frauen bleiben hingegen oftmals unthematisiert.

So bleibt aus dem politischen Diskurs die Frage der Mehrfachbelastung von Müttern, die erwerbstätig sind, völlig ausgespart. Expert:innen ergänzen dem medialen Diskurs diese

Sichtweise – sind medial aber weniger stark vertreten als Politiker:innen. Es sind auch Expert:innen, die im medialen Diskurs auf diese geschlechterspezifischen Ungleichheiten aufmerksam machen. Die Rolle der (Un)Freiwilligkeit bleibt also auf politischer Ebene im weitesten Sinne eine unangetastete bzw. geschmälerte – wird sie nicht von Zeit zu Zeit durch seltene, aber doch vorhandene Perspektivenwechsel aufgemischt.

Zu sagen ist an dieser Stelle, dass sich der Textkorpus hauptsächlich aus drei Medien zusammensetzt – Der Standard, Kurier und Die Presse. Diese zählen zu den sogenannten Qualitätsmedien in Österreich. Die Tatsache, dass die Schlagwortsuche in Boulevardmedien wenige bis kaum Treffer ergab, zeigt bereits, dass es sich bei der Teilzeit-Debatte zwar um ein gesamtgesellschaftliches Thema – mit gelegentlichen Peaks in der Berichterstattung – handelt, es aber nicht breitenwirksam in der Berichterstattung ist. Zu beachten ist hier auch, dass Boulevard-Medien, wie beispielsweise die Kronen Zeitung, eine vielfach höhere Reichweite besitzen. Das verschärft die Unterrepräsentation der Teilzeitdebatte und erschwert eine notwendige, kontextreiche Auseinandersetzung einmal mehr. Hier würde sich darum eine breitere Beobachtung unter Einbezug weiterer Medien als lohnend erweisen. Analysieren könnte man an diesem Punkt zudem auch die Rhetorik bzw. Sprachverwendung je nach Medium und die thematische Schwerpunktsetzung.

Abschließend lässt sich festhalten, dass der mediale Diskurs von einer Vielfalt an Perspektiven, sprechender Akteur:innen und Blickwinkeln geprägt ist. Damit werden die Herausforderungen und Folgen von Teilzeitarbeit von Frauen in Österreich zwar aufgegriffen, jedoch nicht in einer umfassenden Weise dargestellt. Was sichtbar wird, ist einerseits das theoretische Wissen über geschlechterspezifische Ungleichheiten und deren Auswirkungen auf Lebensrealitäten sowie die Arbeitswelt, andererseits aber auch ein medialer Diskurs, der Probleme zwar benennt, deren strukturelle Ursachen jedoch nur unzureichend hinterfragt. Der mediale Diskurs über Teilzeitarbeit in Österreich ist insbesondere von traditionellen Leitbildern von Familie und Erwerbsarbeit und einer wirtschaftspolitischen Perspektive geprägt. Diese Normen sind es auch, die nicht nur die diskursive Logik, sondern das grundlegende Verständnis prägen, wie Erwerbsarbeit und Sorgearbeit gesellschaftlich bewertet, politisch verhandelt und schließlich verteilt werden.

Literatur

Print- und Online-Quellen

Altreiter, Carina; Astleithner, Franz; Flecker, Jörg (2016): Arbeitszeit(en) im Wandel. In: Fritz, Judith und Nino Tomaschek (Hrsg.): *Gesellschaft im Wandel: gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Perspektiven*. Waxmann Verlag, S. 15–28.

Altreiter, Carina; Atzmüller, Roland (2023): Arbeit und soziale Ungleichheit. In: Dlabaja, Cornelia; Hofmann, Julia; Fernandes, Karina (Hrsg.): *Aktuelle Ungleichheitsforschung. Befunde – Theorien – Praxis*. Belz Verlag, S. 15–29.

AMS Berufslexikon (2024): *Demografischer Wandel: Der Arbeitsmarkt steht Kopf – welche Berufe sind gefragt?*. URL: <https://www.berufslexikon.at/spezial/demografischer-wandel-der-arbeitsmarkt-steht-kopf-welche-berufe-sind-gefragt> (Zugriff: 13.04.2024).

Arbeiterkammer (2016): *Der Sozialstaat im 21. Jahrhundert. Gemeinsam durch das Leben*. URL: https://wien.arbeiterkammer.at/service/broschueren/Sozialstaat/Der_Sozialstaat_im_21_Jahrhundert.pdf (Zugriff: 23.08.2025).

Arbeiterkammer (2025): *Teilzeitarbeit*. URL: https://wien.arbeiterkammer.at/service/broschueren/Arbeitsrecht/Teilzeitarbeit_rg_bf.pdf (Zugriff: 23.08.2025).

Arbeiterkammer.at (2024): *Teilzeitarbeit*. URL: <https://www.arbeiterkammer.at/beratung/arbeitsrecht/Arbeitszeit/SonderformenderArbeitszeit/Teilzeitarbeit.html> (Zugriff: 09.09.2024).

Bauman, Zygmunt (2017): *Retrotopia*. Berlin: Suhrkamp.

Becker-Schmidt, Regina (2008): Doppelte Vergesellschaftung von Frauen: Divergenzen und Brückenschläge zwischen Privat- und Erwerbsleben. In: Becker, Ruth; Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Wiesbaden: Springer, S. 65–74.

Berghammer, Caroline (2013): Keine Zeit für Kinder? Veränderungen in der Kinderbetreuungszeit von Eltern in Deutschland und Österreich. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 42 (1), S. 52–73.

Berghammer, Caroline (2014): The return of the male breadwinner model? Educational effects on parents' work arrangements in Austria, 1980-2009. In: *Work, Employment and Society*, 28 (4), S. 611–632.

Berghammer, Caroline; Schmidt, Eva-Maria (2020): *Generationenkontraste in der Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Müttern*. URL: <https://www.werteforschung.at/projekte/werte-zoom/werte-zoom-5-erwerbstaetigkeit-von-muettern/> (Zugriff: 24.08.2025).

Bergmann, Nadja; Nikolatti, Ronja; Aufhauser, Katharina (2024): *Care for the Gap! Wo bleiben die Männer in der Elementar- und Grundschul(aus)bildung? Datenanalyse und Literaturreview*. URL: https://www.bmb.gv.at/dam/jcr:3dd6079f-436a-4a82-8b29-4a217cec06ba/20250218_careforthe-gap.pdf (Zugriff: 08.11.2025).

Binner, Kristina; Décieux, Fabienne (2023): (Sorge-)Arbeit, Geschlecht und soziale Ungleichheit. In: Dlabaja, Cornelia; Hofmann, Julia; Fernandes, Karina (Hrsg.): *Aktuelle Ungleichheitsforschung. Befunde – Theorien – Praxis*. Belz Verlag, S. 30–43.

BM f. Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (2018): *Sozialstaat Österreich. Leistungen, Ausgaben und Finanzierung 2018*. Wien.

BM f. Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2024): *Sozialschutz 1990-2023: Ergebnisse für Österreich und die EU. Sozialausgaben und ihre Finanzierung gemäß Europäischem System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)*. URL: [https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Allgemeine-Sozialpolitik/Sozialpolitische-Erhebungen.html#:~:text=ESSOSS%20\(Europäische%20System%20der%20Integrierten,Arm%20und%20sozialer%20Ausgrenzung%20widerspiegelt](https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Allgemeine-Sozialpolitik/Sozialpolitische-Erhebungen.html#:~:text=ESSOSS%20(Europäische%20System%20der%20Integrierten,Arm%20und%20sozialer%20Ausgrenzung%20widerspiegelt) (Zugriff: 17.08.2025).

Bourdieu, Pierre (1979): *La distinction. Critique sociale du jugement*. Paris: Les Éditions de Minuit.

Bourdieu, Pierre (1980): *Le sens pratique*. Paris: Les Éditions de Minuit.

Bourdieu, Pierre (1990): La domination masculine. In: *Actes de la recherche en sciences sociales*, 84, S. 2–31.

Brenke, Karl (2011): Anhaltender Strukturwandel zur Teilzeitbeschäftigung. In: Baake, Pio; Brück, Tilman; Dreger, Christian; Fichtner, Ferdinand; Frick, Joachim R.; Gornig, Martin; Haan, Peter; Kemfert, Claudia; Neuhoﬀ, Karsten; Schupp, Jürgen; Spieß, Katharina; Wagner, Gert G.; Weizsäcker, Georg (Hrsg.): *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Wochenbericht*, 42 (2011), S. 3–12.

Bundeskanzleramt (2022): *Frauen und Männer in Österreich. Zahlen, Daten, Fakten 2021*. URL: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:b99bab2b-28a9-4b7d-9e8e-89e87e17052d/gender_index_2021.pdf (Zugriff: 20.02.2024).

Butterwegge, Christoph (2018): *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. 6., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien Verlag.

Diaz-Bone, Rainer; Bührmann, Andrea D.; Gutiérrez Rodríguez, Encarnación; Schneider, Werner; Kendall, Gavin; Tirado, Francisco (2007): The Field of Foucaultian Discourse Analysis: Structures, Developments and Perspectives. In: *Historical Social Research*, 33 (123), S. 7–28.

Esping-Anderson, Gosta (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford: Oxford University Press.

Flecker, Jörg (2017): *Arbeit und Beschäftigung. Eine soziologische Einführung*. Wien: utb Verlag.

Frauenfuehren.at (2025): *Daten und Fakten*. URL: <https://www.frauenfuehren.at/daten-und-fakten.html> (Zugriff: 24.08.2025).

Gasior, Katrin (2025): Versteckte Armut? – Das Armutsrisiko von nicht-alleinlebenden Frauen in Österreich. URL: https://www.caritas.at/fileadmin/storage/global/caritas-at/Ueberuns/Publikationen/CARITAS_Endbericht-Studie-versteckte-Armut_Gasior_2025.pdf (Zugriff: 12.11.2025).

Geserick, Christine; Hornung, Helena; Hübel, Teresa; Kaindl, Markus; Wernhart, Georg (2023): *Arbeitsteilung in Partnerschaften*. Österreichisches Institut für Familienforschung. URL: https://www.oif.ac.at/fileadmin/user_upload/p_oif/Forschungsberichte/FB_50_-_Arbeitsteilung.pdf (Zugriff: 10.06.2024).

Gesundheit.gv.at (2024): *Pflegende Angehörige*. URL: <https://www.gesundheit.gv.at/leben/altern/wohnen-im-alter/pflegende-angehoerige-entlastungen-unterstuetzungen.html> (Zugriff: 17.08.2025).

Gottschall, Karin (2018): Arbeit, Beschäftigung und Arbeitsmarkt aus der Genderperspektive. In: Böhle, Fritz; Voß, G. Günter; Wachtler, Günther (Hrsg.): *Handbuch Arbeitssoziologie. Band 2: Akteure und Institutionen*. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer, S. 361–306.

Ig-pflege.at (o.A.): *Daten und Fakten*. URL: <https://www.ig-pflege.at/hintergrund/datenundfakten.php> (Zugriff: 17.08.2025).

Keller, Reiner (2007): Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung. In: *Historical Social Research*, 8 (2), Article 19.

Keller, Reiner (2011): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. 4. Auflage. Wiesbaden: Springer Verlag.

Knecht, Alban; Schenk, Martin (2023): Aktuelle Armutsforschung in Österreich und soziale Ungleichheit. In: Dlabaja, Cornelia; Fernandez, Karina; Hofmann, Julia (Hrsg.): *Aktuelle Ungleichheitsforschung*. Weinheim: Beltz Juventa, S. 101–117.

Köppl-Turyna, Monika; Graf, Nikolaus (2023): *Kinderbetreuung und Vereinbarkeit im internationalen Vergleich*. Eco Austria – Institut für Wirtschaftsforschung. URL: <https://ecoaustria.ac.at/wp-content/uploads/2023/07/Policy-Note-54.pdf> (Zugriff: 10.06.2024).

Krämer, Anna; Scherschel, Karin (2020): Prekarität, Gender und Flucht. In: Dackweiler, Regina-Maria; Rau, Alexandra; Schäfer, Reinhild (Hrsg.): *Frauen und Armut– Feministische Perspektiven*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 342–360.

Kuckartz, Udo; Rädiker, Stefan (2022): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Grundlagentexte Methoden*. 5. Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.

Lehndorff, Steffen (2010): Normalität jenseits von Normen. Deutsche Sonderwege in der Arbeitszeitentwicklung. In: Groß, Hermann; Seifert, Hartmut (Hrsg.): *Zeitkonflikte – Renaissance der Arbeitszeitpolitik*. Berlin: edition sigma, S. 71–99.

Lehndorff, Steffen; Hermann, Christoph (2022): Arbeitszeit. In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut; Pfeiffer, Sabine; Bohn, Rainer; Will-Zocholl, Mascha (Hrsg.): *Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie*. Germany: Nomos, S. 95–98.

Lewis, Jane (2001): The Decline of the Male Breadwinner Model: Implications for Work and Care. In: *Social politics*, 8 (2), Oxford: Oxford University Press, S. 152–169.

Lutz, Helma (2010): Unsichtbar und unproduktiv? Haushaltsarbeit und Care Work – die Rückseite der Arbeitsgesellschaft. In: *ÖZS*, 35 (2), S. 23–37.

Neuhauser, Johanna (2023): Intersektionalität und soziale Ungleichheit. In: Dlabaja, Cornelia; Hofmann, Julia; Fernandes, Karina (Hrsg.): *Aktuelle Ungleichheitsforschung. Befunde – Theorien – Praxis*. Belz Verlag, S. 175–187.

Oegb.at (o.A.): *VIF-Indikator*. URL: <https://www.oegb.at/themen/gleichstellung/kinderbetreuung/der-vif-indikator-in-oesterreich--vereinbarkeit-von-beruf-und-fa> (Zugriff: 23.08.2025).

Oesterreich.gv.at (2025): *Allgemeines zu pflegenden Angehörigen*. URL: <https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/pflege/5/Seite.360524> (Zugriff: 17.08.2025).

Oesterreich.gv.at (2025): *Arbeitslosengeld*. URL: https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/steuern_und_finanzen/unterstuetzungen_beihilfen_und_foerderungen/unterstuetzungen_bzw_beihilfen_fuer_arbeitsuchende_sowie_arbeitgeber/1/Seite.3610013 (Zugriff: 17.08.2025).

Ritter, Gerhard A. (2010): *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*. 3. erweiterte Auflage. München: R. Oldenbourg Verlag.

Schönauer, Annika; Astleithner, Franz; Nocker, Matthias; Mairhuber, Ingrid; Mittelberger, Thomas (2016): *Überstunden und Mehrarbeitsstunden in Österreich: Entstehung und Verbreitung in Österreich; Umgang im internationalen Vergleich. Endbericht*. FORBA-Forschungsbericht 5/2016. URL: https://www.forba.at/wp-content/uploads/2018/12/FB_05_2016_Ergebnisbericht_ÜMÖ.pdf (Zugriff: 04.02.2025).

Spitzmüller, Jürgen; Warnke, Ingo H. (2011): *Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse*. Berlin/ Boston: De Gruyter.

Staedtebund.gv.at (2025): *Equal Pension Day*. URL: <https://www.staedtebund.gv.at/themen/frauen/equal-pension-day/> (Zugriff: 17.08.2025).

Starke, Marie-Theres (1964): *Die Frau zwischen Familie und Beruf. Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften*. Bd. 5. S. 127–140.

Statistik Austria (2023a): *Zeitverwendungserhebung*. URL: https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/ZVE_2021-22_barrierefrei.pdf (Zugriff: 29.12.2024).

Statistik Austria (2023b): *Gender-Statistik – Vereinbarkeit von Familie und Beruf*. URL: https://www.statistik.at/fileadmin/pages/361/Infotext_Vereinbarkeit_von_Beruf_und_Familie.pdf (Zugriff: 20.02.2024).

Statistik Austria (2024a): *Zeitverwendung*. URL: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/zeitverwendung> (Zugriff: 01.10.2025).

Statistik Austria (2024b): *Pensionen*. URL: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/pensionen> (Zugriff: 17.08.2025).

Statistik Austria (2024c): *Sozialquote*. URL: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung> (Zugriff: 17.08.2025).

Statistik Austria (2024d): *60 % der Kinder sind in Betreuung, die auf Vollzeitjobs abgestimmt ist*. URL: https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2024/08/20240827KTHMonitorbericht2023_24.pdf (Zugriff: 17.08.2025).

Statistik Austria (2024e): *Vereinbarkeit von Beruf und Familie*. URL: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/vereinbarkeit-von-beruf-und-familie> (Zugriff: 24.08.2025).

Statistik Austria (2025a): *Arbeitsmarktstatistik 2024*. URL: https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Arbeitsmarkt-2024_barrierefrei.pdf (Zugriff: 10.08.2025).

Statistik Austria (2025b): *2024 erreichten 3,7 % in Österreich nicht den Mindestlebensstandard*. URL: <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/04/20250429Armut2024.pdf> (Zugriff: 10.08.2025).

Statistik Austria (2025c): *Kinderbetreuung*. URL: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bildung/kindertagesheime-kinderbetreuung> (Zugriff: 17.08.2025).

Statistik Austria (2025d): *Geleistete Arbeitszeit*. URL:
<https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitszeit/geleistete-arbeitszeit-arbeitsvolumen-ueberstunden> (Zugriff: 24.08.2025).

Statistik Austria (2025e): *Teilzeitquote*. URL:
<https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitszeit/teilzeitarbeit-teilzeitquote> (Zugriff: 01.10.2025).

Statistik Austria (2025f): *Erwerbstätigkeit*. URL:
<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/erwerbstaetigkeit> (Zugriff: 10.11.2025).

Statistik Austria (2025g): *Kultur 2023*. URL:
https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Kultur-2023_Web-barrierefrei.pdf (Zugriff: 12.11.2025).

Statistik Austria (2025h): *Familie und Erwerbstätigkeit*. URL:
<https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbstaetigkeit/familie-und-erwerbstaetigkeit> (Zugriff: 12.11.2025).

Stovell, Clare; Besamusca, Janna (2022): Full-time hours, part-time work: questioning the sufficiency of working hours as a measure of employment status. In: *Community, Work & Family*, 25 (1), S. 63–83, DOI: 10.1080/13668803.2021.1991888 (Zugriff: 09.09.2024).

Sturn, Jakob (2023): *Arbeitszeitreport 2023*. Momentum Institut. URL:
<https://www.momentum-institut.at/system/files/2023-03/arbeitszeitreport-2023-momentum-institut.pdf> (Zugriff: 10.06.2024).

Tálos, Emmerich (2016): Arbeitszeitpolitik in Österreich: 40-Stunden-Woche – ein Meilenstein. In: Bergmann, Nadja; Sorger, Claudia (Hrsg.): *40 Jahre 40-Stunden-Woche in Österreich. Und jetzt? Impulse für eine geschlechtergerechte Arbeitszeitpolitik*, Sozialpolitik in Diskussion – Band 18, Arbeiterkammer Wien, S. 7–18.

Wifo (2023): *Entwicklung von Arbeitszeit und Beschäftigung in Österreich*. URL: https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-6001/s_2023_arbeitszeit_beschaeftigung_71152_.pdf (Zugriff: 24.08.2025).

Winker, Gabriele (2010): Prekarisierung und Geschlecht. Eine intersektionale Analyse aus Reproduktionsperspektive. In: Manske, Alexandra (Hg.): *Prekarisierung zwischen Anomie und Normalisierung: geschlechtertheoretische Bestimmungen*. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot, S. 165–184.

Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld: transcript Verlag.

Abbildungen

Abbildung 1: Statistik Austria 2025h, Teilzeitquote nach Geschlecht mit und ohne Kinder, eigene Tabelle.	13
Abbildung 2: Statistik Austria 2024a, Durchschnittliche Zeitverwendung pro Tag aller Personen ab 10 Jahre nach zusammengefasster Hauptaktivität 2021/22.	15
Abbildung 3: Statistik Austria 2025f, Gründe für Teilzeitarbeit nach Geschlecht.	18
Abbildung 4: BM f. Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2024): 21, Prozentanteile der Ausgaben für Geld- und Sachleistungen nach Funktionen in Österreich 2023.	37
Abbildung 5: Statistik Austria 2025a, Unselbständig Erwerbstätige n. Beschäftigungsform.	39
Abbildung 6: Statistik Austria 2025c, Besuchsquote der null- bis zweijährigen Kinder in Österreich in Prozent.	41
Abbildung 7: Köppl-Turyna & Graf 2023: 13.	45
Abbildung 8: Zeitliche Verteilung der ersten Datenbankrecherche; AOM, August 2025.	53
Abbildung 9: Korpus-Quellen der ersten Datenbankrecherche; AOM, August 2025.	53
Abbildung 10: Zeitliche Verteilung der zweiten Datenbankrecherche; AOM, August 2025.	54
Abbildung 11: Themenfelder der zweiten Datenbankrecherche; AOM, August 2025.	54
Abbildung 12: Korpus-Quellen der zweiten Datenbankrecherche; AOM, August 2025.	55
Abbildung 13: Wortwolke - Welche Wörter prägen den Diskurs? Quelle: MAXQDA	71
Abbildung 14: Code-Häufigkeit im Korpus - Gründe für Teilzeitarbeit.	76
Abbildung 15: Code-Relations - Akteur:innen und Gründe für Teilzeitarbeit.	77

Abbildung 16: Kuckartz und Rädiker (2022): 106.....	104
Abbildung 17: Code-Häufigkeiten in den analysierten Dokumenten	106
Abbildung 18: Code-Relations - Akteur:innen und Gründe für Teilzeitarbeit	106

Zitierte Korpus-Medien

Der Standard (15.02.2023a): Weniger Sozialleistungen für Teilzeitjobs. Von: Verena Kainrath. S. 24.

Der Standard (15.02.2023b): Mit Druck zur Vollzeit. Von: Regina Bruckner, Joseph Gepp, Jakob Pflügl, András Szigetvari. S. 13.

Der Standard (16.02.2023): Streit um Teilzeit. Von: András Szigetvari und Natascha Ikert. S. 2-3.

Der Standard (04.03.2023): Eine Zukunft voller Widersprüche. Von: Eric Frey. S. 10-11.

Der Standard (08.03.2023): Teilzeit boomt auch bei den Kinderlosen. Von: Carmen Treml. S. 35.

Der Standard (26.04.2023): Ohne Geld ka Musi. Von: Bettina Pfluger. S. 12.

Der Standard (26.05.2023): „Neun Jahre Auszeit für alle“. Von: Lisa Breit. S. 14.

Der Standard (25.07.2023): Ein Drittel der Teilzeitbeschäftigten will mehr arbeiten. Von: Anika Dang. S. 15.

Der Standard (02.10.2023): „Zynisch zu behaupten, dass Menschen nicht mehr arbeiten wollen“. Von: András Szigetvari. S. 5.

Der Standard (10.02.2024): Teilzeit bleibt im Trend. Von: Anika Dang. S. 2.

Der Standard (08.05.2024): Zu viele Überstunden, zu viel Teilzeit. Von: Nicolas Dworak. S. 9.

Der Standard (27.09.2024): Mehr Arbeit soll sich mehr lohnen. Von: András Szigetvari. S. 9.

Der Standard (28.12.2024): „Frauen in Teilzeit arbeiten oft Vollzeit“. Von: Melanie Raidl. S. 1

Der Standard (16.01.2025): Handel schnürt Paket an Forderungen. Von: Verena Kainrath. S. 14.

Der Standard (08.02.2025): Angriff auf Arbeitnehmer. Von: Natascha Ickert. S. 1.

Der Standard (12.07.2025): Woher in Zukunft unsere Arbeitskräfte kommen könnten. Von: Nicolas Dworak. S. 17.

Der Standard (21.07.2025): Arbeit in Teilzeit voll weniger attraktiv werden. S. 1.

Der Standard (22.07.2025): Teilzeit-Ärger in der Koalition. Von: Nicolas Dworak, Joseph Gepp, Andreas Danzer. S. 7.

Die Presse (18.03.2023): Niemand kann eine „gute“ Mutter sein. Von: Cornelia Grobner. S. 35.

Die Presse (01.04.2023): Warum der Gender Pay Gap noch immer ein Thema ist. S. 18.

Die Presse (19.05.2023): Gesundheitssystem am Limit. Von: Köksal Baltaci. S. 1.

Die Presse (21.05.2023): „Dann schäme ich mich wirklich für meine Parteispitzen“. S. 4.

Die Presse (29.09.2023): Warum immer mehr Menschen Teilzeit arbeiten. S. 3.

Die Presse (26.11.2023): „Man kann alles erreichen aber wofür? Von: Gabriel Rath. S. 36.

Die Presse (07.12.2023): „Ohne Arbeit gehen Strukturen verloren“. Von: David Freudenthaler. S. 28-29.

Die Presse (08.03.2024): „Als ob das nichts mit Migration zu tun hätte“. Von: Julia Wenzel. S. 2.

Die Presse (16.06.2024): Wenn der Lohn pro Stunde zählt. Von: Jakob Zirm. S. 17.

Die Presse (24.11.2024): Wie viel Beruf trägt die Familie? Von: Sandra Lobnig. S. 34.

Die Presse (23.07.2025): Die Steuerlast ist die Ursache. Die Teilzeit das Symptom. Von: Jakob Zirm. S. 1.

Kurier (15.02.2023): Teilzeit-Sager. Kocher verärgert Grüne und rudert zurück. Von: J. Hager, M. Hammerl. S. 6.

Kurier (16.02.2023): Warum zu viel Teilzeit dem Sozialsystem schadet. Von: J. Hager, M. Hammerl. S. 4.

Kurier (04.02.2023): „Die Betriebe haben es in der Hand, für Zufriedenheit zu sorgen“. S. 14.

Kurier (04.04.2023): Zehn Gründe für Teilzeit in Österreich. Von: Anita Staudacher. S. 10.

Kurier (11.10.2023): Feierabend? Niemals. S. 24.

Kurier (31.05.2025): Wird in Österreich zu wenig gearbeitet? Von: Michael Hammerl. S. 4.

Kurier (25.07.2025): Gezwungen zur Teilzeit? „Die Freiwilligkeit ist hoch“. Von: Martina Salomon. S. 4.

Krone (09.03.2025): „Wir machen Frauen Mut, Gestalterin ihres eigenen Lebens zu werden“. Von: Kathi Mötzl. S. 20.

Anhang

Korpus-Medien

Der Standard (15.02.2023a): Weniger Sozialleistungen für Teilzeitjobs. Von: Verena Kainrath. S. 24.

Der Standard (15.02.2023b): Mit Druck zur Vollzeit. Von: Regina Bruckner, Joseph Gepp, Jakob Pflügl, András Szigetvari. S. 13.

Der Standard (16.02.2023): Streit um Teilzeit. Von: András Szigetvari und Natascha Ikert. S. 2-3.

Der Standard (25.02.2023): Nur die Faulen in Teilzeit? Falsch! Von: Barbara Prainsack. S. 39.

Der Standard (04.03.2023): Eine Zukunft voller Widersprüche. Von: Eric Frey. S. 10-11.

Der Standard (08.03.2023): Teilzeit boomt auch bei den Kinderlosen. Von: Carmen Treml. S. 35.

Der Standard (26.04.2023): Ohne Geld ka Musi. Von: Bettina Pfluger. S. 12.

Der Standard (26.05.2023): „Neun Jahre Auszeit für alle“. Von: Lisa Breit. S. 14.

Der Standard (08.07.2023): Job und Familie zu vereinen ist in Österreich besonders schwierig. S. 1.

Der Standard (25.07.2023): Ein Drittel der Teilzeitbeschäftigten will mehr arbeiten. Von: Anika Dang. S. 15.

Der Standard (02.10.2023): „Zynisch zu behaupten, dass Menschen nicht mehr arbeiten wollen“. Von: András Szigetvari. S. 5.

Der Standard (21.10.2023): Mehr geld und Freizeit fordern Handel heraus. Von: Verena Kanrath. S. 23.

Der Standard (10.02.2024): Teilzeit bleibt im Trend. Von: Anika Dang. S. 2.

Der Standard (08.03.2024): Das bisschen Haushalt? Von: Katharina Mader. S. 21.

Der Standard (08.05.2024): Zu viele Überstunden, zu viel Teilzeit. Von: Nicolas Dworak. S. 9.

Der Standard (27.09.2024): Mehr Arbeit soll sich mehr lohnen. Von: András Szigetvari. S. 9.

Der Standard (28.12.2024): „Frauen in Teilzeit arbeiten oft Vollzeit“. Von: Melanie Raidl. S. 1

Der Standard (16.01.2025): Handel schnürt Paket an Forderungen. Von: Verena Kainrath. S. 14.

Der Standard (08.02.2025): Angriff auf Arbeitnehmer. Von: Natascha Ickert. S. 1.

Der Standard (12.07.2025): Woher in Zukunft unsere Arbeitskräfte kommen könnten. Von: Nicolas Dworak. S. 17.

Der Standard (21.07.2025): Arbeit in Teilzeit voll weniger attraktiv werden. S. 1.

Der Standard (22.07.2025): Teilzeit-Ärger in der Koalition. Von: Nicolas Dworak, Joseph Gepp, Andreas Danzer. S. 7.

Der Standard (27.07.2025): Ein Hoch auf die Teilzeitbeschäftigten! Von: Jörg Flecker. S. 19.

Die Presse (15.02.2023): Kocher: Weniger Sozialhilfe für Teilzeitkräfte. S. 7.

Die Presse (16.02.2023): Sollte es unattraktiver werden, in Teilzeit zu arbeiten? Von: Jeannine Hierländer und Klaus Knittelfelder. S. 15.

Die Presse (04.03.2023): Die Lohnschere schließt sich deutlich. S. 17.

Die Presse (08.03.2023): Ich arbeite Teilzeit, weil ich will. Von: Sigrid Uray-Esterer. S. 26.

Die Presse (18.03.2023): Niemand kann eine „gute“ Mutter sein. Von: Cornelia Grobner. S. 35.

Die Presse (01.04.2023): Warum der Gender Pay Gap noch immer ein Thema ist. S. 18.

Die Presse (19.05.2023): Gesundheitssystem am Limit. Von: Köksal Baltaci. S. 1.

Die Presse (21.05.2023): „Dann schäme ich mich wirklich für meine Parteispitzen“. S. 4.

Die Presse (30.05.2023): Betreuung: flexiblere Angebote gefragt. S. 13.

Die Presse (03.08.2023): „Kein Fixpunkt mehr zu Hause da“. Von Julia Wenzel. S. 7.

Die Presse (29.09.2023): Warum immer mehr Menschen Teilzeit arbeiten. S. 3.

Die Presse (22.11.2023): Der Sozialstaat soll Sicherheit bieten, nicht den Frust fördern. Von: Rosemarie Schwaiger. S. 27.

Die Presse (26.11.2023): „Man kann alles erreichen aber wofür? Von: Gabriel Rath. S. 36.

Die Presse (07.12.2023): „Ohne Arbeit gehen Strukturen verloren“. Von: David Freudenthaler. S. 28-29.

Die Presse (11.12.2023): Wie wichtig ist Arbeit? Die Befunde einer neuen Studie. Von: Max Haller. S. 23.

Die Presse (08.03.2024): „Als ob das nichts mit Migration zu tun hätte“. Von: Julia Wenzel. S. 2.

Die Presse (16.06.2024): Wenn der Lohn pro Stunde zählt. Von: Jakob Zirm. S. 17.

Die Presse (24.11.2024): Wie viel Beruf verträgt die Familie? Von: Sandra Lobnig. S. 34.

Die Presse (28.11.2024): Bevölkerung wächst nur im Pensionsalter. Von: Paul Maier. S. 16.

Die Presse (19.03.2025): Es wird schon wieder weniger gearbeitet. Von: Jeannine Hierländer. S. 15.

Die Presse (23.07.2025): Die Steuerlast ist die Ursache. Die Teilzeit das Symptom. Von: Jakob Zirm. S. 1.

Heute (16.02.2023): Kocher rudert bei Teilzeit zurück: „Mütter und Frauen sind tabu“. S. 5.

Kurier (04.02.2023): „Die Betriebe haben es in der Hand, für Zufriedenheit zu sorgen“. S. 14.

Kurier (14.02.2023): „Dann gibt es weniger Grund für Sozialleistungen“. Von: J. Hager und M. Hammerl. S. 7.

Kurier (15.02.2023): Teilzeit-Sager. Kocher verärgert Grüne und rudert zurück. Von: J. Hager, M. Hammerl. S. 6.

Kurier (16.02.2023): Warum zu viel Teilzeit dem Sozialsystem schadet. Von: J. Hager, M. Hammerl. S. 4.

Kurier (16.02.2023): „Neuolibérale Eiskastenpolitik“ der „schwarz-grünen Sesselkleber.“ S. 4.

Kurier (17.02.2023): Wie sich längeres Arbeiten in der Pension bezahlt macht. Von: M. Hammerl und J. Hager. S. 8.

Kurier (28.02.2023): Mehr arbeiten muss sich auszahlen. S. 2.

Kurier (08.03.2023): Zeit für eine neue Teilzeit. S. 22.

Kurier (04.04.2023): Zehn Gründe für Teilzeit in Österreich. Von: Anita Staudacher. S. 10.

Kurier (07.07.2023): „Weniger arbeiten bei gleichem Lohn geht nicht“. Von: J. Hager und Michael Hammerl. S. 5.

Kurier: (11.08.2023): Heirat, zwei Kinder, Eigenheim. Von: Marlene Liebhart. S. 4.

Kurier (11.10.2023): Feierabend? Niemals. S. 24.

Kurier (15.11.2023): Familienfreundlichkeit als Chance für Unternehmen. Von: Helene Tuma. S. 34.

Kurier (13.06.2024): „Wir brauchen ein Anheben der Frauenbeschäftigung“. Von: Stephan Scoppetta. S. 10.

Kurier (31.12.2024): Müssen wir uns vor einem Geschlechterkampf fürchten? Von: Sarah Emminger. S. 7.

Kurier (31.05.2025): Wird in Österreich zu wenig gearbeitet? Von: Michael Hammerl. S. 4.

Kurier (13.07.2025): Der Arbeitseifer könnte größer sein. Von: Michael Hammerl. S. 4.

Kurier (25.07.2025): Gezwungen zur Teilzeit? „Die Freiwilligkeit ist hoch“. Von: Martina Salomon. S. 4.

Kurier (27.07.2025): Wer am kürzesten arbeitet – und warum. Von: Michael Hammerl. S. 4.

Krone (25.02.2023): Von Führungsstil bis Arbeitsort: Firmen brechen mit Gewohntem. S. 27.

Krone (01.11.2024): „Sprechen wir über Löhne statt über die Mindestsicherung“. Von: Viktoria Graf. S. 12.

Krone (09.03.2025): „Wir machen Frauen Mut, Gestalterin ihres eigenen Lebens zu werden“. Von: Kathi Mötzl. S. 20.

Krone (15.03.2025): Wann sollen die Österreicher in Pension gehen dürfen? Von: Michael Pommer. S. 22.

Suchstring-Aufbau

Teilzeit-Thematik und Freiwilligkeit bzw. Unfreiwilligkeit für die Entscheidung + Frauen bzw. Mütter + Herausforderungen oder Privilegien der Teilzeitarbeit in Kombination mit Gründen für Teilzeitarbeit (z.B. Care- oder Hausarbeit) + in Österreich

Suchstring

((Teilzeit* OR Halbtagsarbeit OR halbtags OR „reduzierte Stundenzahl“ OR „weniger arbeiten“ OR „weniger Stunden“ OR „Erwerbstätige in Teilzeit“ OR Arbeitszeitreduktion) AND (freiwillig* OR „freie Entscheidung“ OR „aus freiem Willen“ OR Wunsch OR Zwang OR gezwungen OR unfreiwillig* OR „nicht freiwillig“ OR „keine freie Entscheidung“)) AND (Frau* OR Mütter OR Mutter OR Frauenerwerbstätigkeit OR Frauenerwerbsquote OR Arbeitnehmerinnen OR geschlechterspezifisch) AND ((Doppelbelastung OR Mehrbelastung OR Belastung OR Herausforderung* OR Schlechterstellung OR Kürzung* OR Sozialleistung* OR „mehr Freizeit“ OR Work-Life-Balance OR Privileg OR Rollenerwartung) AND (Kinder OR Familie* OR Hausarbeit* OR Haushalt OR Sorgearbeit OR Kinderbetreuung* OR

Kindergarten* OR „fehlende Kinderbetreuung*“ OR Care* OR Fürsorgearbeit OR pflegebedürftig* OR Betreuung)) AND (Österreich)

Ablauf der qualitativen Inhaltsanalyse

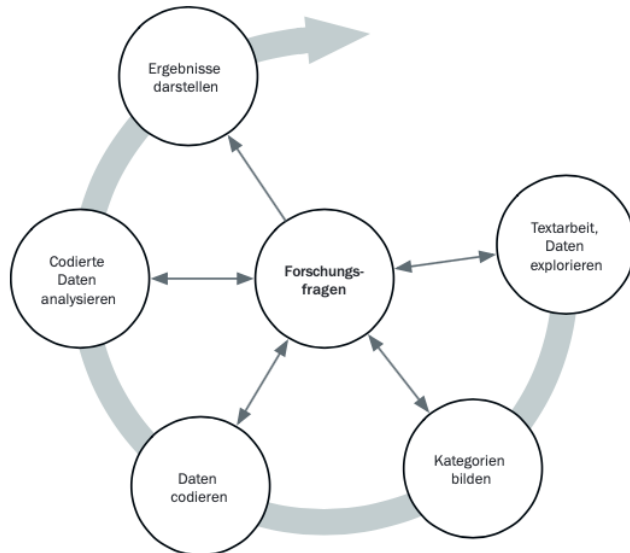


Abbildung 16: Kuckartz und Rädiker (2022): 106.

Kategoriensystem

Kategorie	Codes	Anzahl der Codierungen
Subkategorien		
Grund für Teilzeitarbeit		
Kinderbetreuung	Betreuungspflichten, Kinder, schulpflichtig, Karenz, Ausbau, ganztags, Land, Sorgearbeit	94
Pflege	Angehörige, Betreuungspflichten, Sorgearbeit	32
Persönliche Präferenz	Freizeit, Teilzeit, weniger arbeiten, Entscheidung	43
Mangel an Vollzeit	Arbeitgeber, Betriebe, Vollzeitstellen, Teilzeitstellen, aufstocken	30
Work-Life-Balance	Wunsch, junge Menschen, Freizeit, Trend, Teilzeit	15
österreichisches Steuersystem	Steuern, Abgaben, Agenda, Sozialleistungen, Überstunden, Anreiz	53

gesundheitliche Gründe	Psychische Gesundheit, physische Gesundheit, Arbeitslast	10
Akteur*innen		
Politik	<i>Nennung der Partei oder des Amtes, Nennung von Politiker:innen-Namen, Nennung von „die Politik“ allgemein</i>	109
Arbeitnehmer Interessensvertr.	<i>Nennung von Namen oder Position, Nennung von „Interessensvertretung der Arbeitnehmer“ allgemein, Arbeiterkammer</i>	23
Arbeitgeber Interessensvertr.	<i>Nennung von Namen oder Position, Nennung von „Interessensvertretung der Arbeitnehmer“ allgemein, Wirtschaftskammer, Momentum Institut, Agenda Austria</i>	37
Expert:in	<i>Nennung von Forschungsinstitution, „Expertin XY“, AMS, AK-Ökonom:in, WK-Ökonom:in</i>	66
Frauen	<i>Nennung von „Frauen“ allgemein</i>	91
Mütter	<i>Nennung von „Mütter“ allgemein</i>	14
Diskursive Rahmung		
Teilzeit als Lösung	Belastung, Alternative, Flexibilität, Bedürfnisse, Familie, Kinder, Karenz, Alltag	22
Teilzeit als Problem	hohe Teilzeitquote, Arbeitskräftemangel, Leistung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft, freiwillig	24
Teilzeit als strukturelle Folge	Kinderbetreuung, Betreuungspflichten, ohne Wahlfreiheit, unfreiwillig	23
Teilzeit als individuelle Entscheidung	freiwillig, Präferenz, Familienleistungen, Sozialleistungen, System, Gesellschaft	54

Vereinbarkeit gelingt/ gelingt nicht	Arbeitsbedingungen, unflexibel, Frauen, Kinder, Angehörige, Verpflichtungen, Bedürfnisse	47
Folgen & Herausforderungen		
Altersarmut	Pension, Auswirkungen, gering	16
Karriere	Führungsposition, Karenz, Wiedereinstieg	3
finanzielle Einbußen	Abhängigkeit, Mindestsicherung, Nachteil, Druck	15
wirtschaftliche/ gesellschaftliche Folgen	Arbeitsmarkt, Arbeitskräftemangel, System, Steuern, Sozialstaat, Arbeitslose, Babyboomer, Finanzierung	26

Code-Häufigkeiten in den analysierten Dokumenten

	Häufigkeit	Prozent	Prozent (gültig)
Kinderbetreuung	51	75,0	79,7
persönliche Präferenz	29	42,6	45,3
österreichisches Steuersystem	26	38,2	40,6
Pflege	24	35,3	37,5
Mangel an Vollzeitstellen	22	32,4	34,4
Work-Life-Balance	13	19,1	20,3
gesundheitliche Gründe	10	14,7	15,6
DOKUMENTE mit Code(s)	64	94,1	100,0
DOKUMENTE ohne Code(s)	4	5,9	
ANALYSIERTE DOKUMENTE	68	100,0	

Abbildung 17: Code-Häufigkeiten in den analysierten Dokumenten

Code-Relations: Akteur:innen und Gründe für Teilzeitarbeit

Codesystem	Kinder...	Exper...	Frauen	Politik	persö...	Mang...	Arbeitnehmer...	Pflege	Arbeitgeber ...	österr...	gesun...	Mütter	Work-...	SUMME
Akteur*in														0
Expert*in	5		8	3	2	2	1	2	4	9		1	1	38
Politik	8	3	3		7	3	3	4	6	11		4		52
Frauen	26	8		3	4	2	3	10	2	2		1		61
Arbeitgeber Interessensvertretung	4	4	2	6	2	2	3			8				31
Arbeitnehmer Interessensvertretung	2	1	3	3	1	5		1	3					19
Mütter	5	1	1	4				2						13
Grund für Teilzeitarbeit														0
Kinderbetreuung		5	26	8	5	5	2	29	4	1	2	5		92
österreichisches Steuersystem	1	9	2	11	3				8		1			35
persönliche Präferenz	5	2	4	7			1		2	3	1		1	26
Pflege	29	2	10	4		2	1				2	2		52
Mangel an Vollzeitstellen	5	2	2	3			5	2	2		2			23
Work-Life-Balance		1			1						1			3
gesundheitliche Gründe	2				1	2		2		1			1	9
SUMME	92	38	61	52	26	23	19	52	31	35	9	13	3	454

Abbildung 18: Code-Relations - Akteur:innen und Gründe für Teilzeitarbeit

Abstract

Diese Masterarbeit untersucht den medialen Diskurs über die Teilzeitarbeit von Frauen in Österreich. Von besonderem Interesse ist dabei die Komponente der Unfreiwilligkeit bzw. Freiwilligkeit, sowie die Folgen und Herausforderungen dieser Erwerbsform. Vor dem Hintergrund, dass Frauen nach wie vor den Großteil der Care-Arbeit leisten, werden die zugrunde liegenden strukturellen Bedingungen, die Gründe für Teilzeitarbeit sowie die daraus resultierenden Herausforderungen beleuchtet. Eine Kombination theoretischer Ansätze ermöglicht eine umfassende Betrachtung der komplexen Wechselwirkungen zwischen Geschlecht, Arbeit und sozialen Strukturen. Pierre Bourdieus Theorie der *Männlichen Herrschaft* (1990) liefert zentrale Impulse, um institutionalisierte Normen und symbolische Ordnungen zu verstehen, die Frauen in bestimmte Rollen drängen. Regina Becker-Schmidts Konzept der *Doppelten Vergesellschaftung* (2008) verdeutlicht die Spannungen zwischen unbezahlter Sorgearbeit und Erwerbsarbeit. Methodisch stützt sich die Arbeit auf die strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Udo Kuckartz und Stefan Rädiker (2022) sowie die qualitative Diskursanalyse nach Reiner Keller (2011). Anhand ausgewählter Zeitungsberichte wird der mediale Diskurs über die Erwerbsarbeitssituation von Frauen in Österreich untersucht und Ungleichheitsstrukturen beleuchtet.

This master's thesis sheds a light on the media discourse on part-time work among women in Austria. Of particular interest is the component of involuntary or voluntary character, as well as the consequences and challenges of this form of employment. Against the fact that women still do most of the care work, underlying structural conditions, reasons for part-time work, and resulting challenges are examined. A combination of theoretical approaches has been adopted as to ensure a comprehensive examination of the complex interactions between gender, work, and social structures. Pierre Bourdieu's theory of male domination (1990) provides central ideas for understanding institutionalized norms and symbolic orders that push women into certain roles. Regina Becker-Schmidt's concept of double socialization (2008) illustrates the tensions between unpaid care work and paid work. Methodologically, the master's thesis is based on the structuring qualitative content analysis according to Udo Kuckartz and Stefan Rädiker (2022) and the qualitative discourse analysis according to Reiner Keller (2011). Selected newspaper reports are used to examine the media discourse about the employment situation of women in Austria and to examine structures of inequality.